

### 3. Sitzung

Mittwoch, 16. Dezember 2015

#### Inhalt

1. Entschuldigungen von der Haussitzung
- 1a. Anzeige über Änderungen in Landtagsklubs
2. Genehmigung des stenographischen Protokolls der 1. und 2. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode
3. Einlauf
- 3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung
- 3.1.1 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Umweltschutz- und Umweltinformationsgesetz geändert wird (Nr. 130 der Beilagen)
- 3.1.2 Vorlage der Landesregierung betreffend die Übernahme des Krankenhauses Tamsweg durch die SALK (Nr. 131 der Beilagen)
- 3.1.3 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Ehrenzeichengesetz, das Salzburger Stadtrecht 1966 und die Salzburger Gemeindeordnung 1994 geändert werden (Nr. 132 der Beilagen)
- 3.1.4 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über den Salzburger Gesundheitsfonds (Salzburger Gesundheitsfondsgesetz - SAGES-Gesetz 2016) (Nr. 133 der Beilagen)
- 3.1.5 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Katastrophenhilfegesetz und das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 geändert werden (Seveso-III-Anpassungsgesetz) (Nr. 134 der Beilagen)
- 3.1.6 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz und das Magistrats-Personalvertretungsgesetz geändert werden (Nr. 154 der Beilagen)
- 3.1.7 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz 2007 geändert wird (Nr. 155 der Beilagen)
- 3.1.8 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (Nr. 156 der Beilagen)

- 3.1.9 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert wird  
(Nr. 157 der Beilagen)
- 3.1.10 Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals  
(Nr. 158 der Beilagen)
- 3.1.11 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird  
(Nr. 159 der Beilagen)
- 3.1.12 Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezugesetz 1998 geändert wird  
(Nr. 160 der Beilagen)
- 3.2 Anträge
- 3.2.1 Dringlicher Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Hirschbichler MBA und Ing. Mag. Meisl betreffend Wirtschaft, Arbeit und Raumordnung  
(Nr. 161 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)
- 3.2.2 Dringlicher Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Umsetzung von EU-Richtlinien bzw. Verordnungen in innerstaatliches Recht unter größtmöglicher Ausnutzung von vorgegebenen Ermessensspielräumen  
(Nr. 162 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)
- 3.2.3 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landesbediensteten-Gehaltsgesetzes  
(Nr. 163 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 3.2.4 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Bartel und Obermoser betreffend die finanziellen Auswirkungen der Registrierkassenpflicht für Unternehmer  
(Nr. 164 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 3.2.5 Antrag der Abg. Bartel, Ing. Sampl und Obermoser betreffend eine Änderung des Ärztegesetzes hinsichtlich des Tätigkeitsprofils der Ausbildungsärzte  
(Nr. 165 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
- 3.2.6 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl, Bartel und Obermoser betreffend ORF-Gebühren  
(Nr. 166 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschl)
- 3.2.7 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf und Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl betreffend die Zweckwidmung von Geldern des European Development Fund für die humanitäre Betreuung von Flüchtlingen in Ländern des Nahen Ostens  
(Nr. 167 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf)
- 3.2.8 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl und Mag. Mayer betreffend die gemeinsame Sicherung der Schengen-Außengrenzen in Slowenien  
(Nr. 168 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

- 3.2.9 Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.<sup>in</sup> Solarz betreffend Impfungen (Nr. 169 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 3.2.10 Antrag der Abg. Scheinast und Hofbauer betreffend eine Erhebung der touristischen Wertschöpfung im Land Salzburg (Nr. 170 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 3.2.11 Antrag der Abg. Scheinast und DI<sup>in</sup> Lindner betreffend den Einfluss der geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA auf die Landesgesetzgebung (Nr. 171 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 3.2.12 Antrag der Abg. Fuchs und Mag.<sup>a</sup> Sieberth betreffend Plastikverpackungen (Nr. 172 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 3.2.13 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung einer 80 km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung ausschließlich für Lastkraftfahrzeuge auf der Westautobahn zwischen Salzburg Nord und dem Knoten Salzburg (Nr. 173 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)
- 3.2.14 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Erhöhung des Schonvermögens (Nr. 174 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)
- 3.2.15 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser betreffend die Vereinbarkeit von Sport, Beruf und Wirtschaft (Nr. 175 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)
- 3.2.16 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser betreffend den verpflichtenden Einbau von Freisprechanlagen in mehrspurige KFZ bei Neuzulassung ab 1. Jänner 2018 (Nr. 176 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Naderer)
- 3.2.17 Antrag der Abg. Klubobmann Naderer und Fürhapter betreffend eine sofortige Rücknahme der Ausnahme von den Lenk- und Ruhezeiten für Flüchtlingstransporte (Nr. 177 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Naderer)
- 3.3 schriftliche Anfragen
  - 3.3.1 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Gitzentunnel (Nr. 74-ANF der Beilagen)
  - 3.3.2 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landesrat Mayr betreffend Gitzentunnel (Nr. 75-ANF der Beilagen)
  - 3.3.3 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den Notfallplan für die Unterbringung von Asylwerbern und Flüchtlingen (Nr. 76-ANF der Beilagen)

- 3.3.4 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Neuerrichtung eines Landesdienstleistungszentrums (LDZ)  
(Nr. 77-ANF der Beilagen)
- 3.3.5 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Vergabe von Freikarten durch das Land  
(Nr. 78-ANF der Beilagen)
- 3.3.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Kosten für Rechts- und Steuerberatung  
(Nr. 79-ANF der Beilagen)
- 3.3.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend die Sanierungsmaßnahmen bei der Firma Reststofftechnik Ges.m.b.H in Henndorf  
(Nr. 80-ANF der Beilagen)
- 3.3.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend die Schaffung einer Museumskarte  
(Nr. 81-ANF der Beilagen)
- 3.3.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner, BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Auftragsvergabe bei der Errichtung von Wohnungen mit dem Titel „Wohnen auf Zeit“  
(Nr. 82-ANF der Beilagen)
- 3.3.10 Anfrage der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend der Neuerrichtung und Sanierung von Schulsporthallen bzw. Normturnhallen im Bundesland Salzburg  
(Nr. 83-ANF der Beilagen)
- 3.3.11 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Anzahl der ambulanten Frequenzen  
(Nr. 84-ANF der Beilagen)
- 3.3.12 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Tauernkliniken  
(Nr. 85-ANF der Beilagen)
- 3.3.13 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Fürhapter an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend islamische Kinderbetreuungseinrichtungen im Bundesland Salzburg  
(Nr. 86-ANF der Beilagen)
- 3.3.14 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. November 2015  
(Nr. 87-ANF der Beilagen)

- 3.3.15 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Salzburger Landesregierung betreffend Gehaltserhöhungen der ÄrztInnen in den SALK - Landeshaushalt 2016  
(Nr. 88-ANF der Beilagen)
- 3.3.16 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend das Glücksspiel und seine Folgen  
(Nr. 89-ANF der Beilagen)
- 3.3.17 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer und Fürhapter an die Landesregierung betreffend Pensionskürzungen von ehemaligen hohen Beamten und Politikern  
(Nr. 90-ANF der Beilagen)
- 3.3.18 Anfrage der Abg. Scheinast und Fuchs an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Salzburger Bergrettung  
(Nr. 91-ANF der Beilagen)
- 3.3.19 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Haslauer betreffend islamische Schulen im Bundesland Salzburg  
(Nr. 92-ANF der Beilagen)
- 3.3.20 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend eine Nicht-Aufhebung des Bebauungsplanes des Dr. Franz Rehrl-Platzes  
(Nr. 93-ANF der Beilagen)
- 3.3.21 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Mayer und Bartel an Landesrat Mayr betreffend den aktuellen Stand des Projekts Euregio-Bahn  
(Nr. 94-ANF der Beilagen)
- 3.3.22 Anfrage der Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl und DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Mobilität älterer Menschen  
(Nr. 95-ANF der Beilagen)
- 3.3.23 Anfrage der Abg. Hofbauer und DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Werbung auf Bussen im Land Salzburg  
(Nr. 96-ANF der Beilagen)
- 3.3.24 Anfrage der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf, Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Jöbstl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend unbegleitete Minderjährige in Salzburg  
(Nr. 97-ANF der Beilagen)
- 3.3.25 Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzender Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Folgen der Suspendierungen im Landesdienst  
(Nr. 98-ANF der Beilagen)
- 3.3.26 Anfrage der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Photovoltaik-Speicher-Förderung  
(Nr. 99-ANF der Beilagen)
- 3.4 Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft

- 3.4.1 Bericht des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen und Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft m.b.H.
- 3.4.2 Bericht des Rechnungshofes betreffend Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg; Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder
- 4. Aktuelle Stunde  
"70 Jahre Salzburger Landtag - sind Subsidiarität und Föderalismus nur Schlagwörter?" (FPÖ)
- 5. Mündliche Anfragen (Fragestunde)
  - 5.1 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Kosten und Rahmenbedingungen der „Museumskarte“
  - 5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend der Parteienförderung der FPÖ
  - 5.3 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend den Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur
  - 5.4 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Auszahlung bedarfsorientierte Mindestsicherung
  - 5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Finanzierung des Gesundheitswesens in Salzburg
  - 5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Hausdurchsuchung beim Salzburger Verkehrsverbund
  - 5.7 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Mayer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Vergabe von landeseigenen Wohnungen
  - 5.8 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Schellhorn betreffend Auszahlung bedarfsorientierte Mindestsicherung
  - 5.9 Mündliche Anfrage der Abg. DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend Mobilitätsberatungen für Betriebe im Bundesland Salzburg
  - 5.10 Mündliche Anfrage des Abg. Essl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend den Besuch einer Salzburger Delegation im Iran
- 6. ~~Dringliche Anfragen~~
- 7. Berichte und Anträge der Ausschüsse
  - 7.1 Bericht des Finanzausschusses und Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2016 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2016, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2017 bis 2020 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2016 -

LHG 2016) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz geändert wird  
(Nr. 135 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

- 7.2 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Vergabekontrollgesetz 2007 geändert wird  
(Nr. 136 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 7.3 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Ortstaxengesetz 2012, das Kurtaxengesetz 1993 und das Salzburger Tourismusgesetz 2003 geändert werden  
(Nr. 137 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.4 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Rogatsch, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer, Klubobmann Dr. Schnell und Klubobmann Naderer betreffend die Novelle des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes 2007  
(Nr. 138 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz)
- 7.5 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Mag. Mayer, Ing. Schnitzhofer und Ing. Sampl betreffend die Bewilligung von Garten- und Gerätehäuschen  
(Nr. 139 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)
- 7.6 Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger betreffend Begrenzung der Bauten in Kleingartengebieten  
(Nr. 140 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 7.7 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Landeslehrerpensionen  
(Nr. 141 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)
- 7.8 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Schwaighofer und Hofbauer betreffend die Bestellung von SchulleiterInnen an Klein- und Kleinstschulen  
(Nr. 142 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)
- 7.9 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Verwendung von tierschutzgerechten Signalpistolen bei Segelregatten auf Salzburgs Seen  
(Nr. 143 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)
- 7.10 Bericht des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger betreffend das Projekt „Papageno“ Palliative Care und Hospizbegleitung für Kinder und Jugendliche  
(Nr. 144 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)
- 7.11 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Möglichkeit des Sponsorings für Militärmusik  
(Nr. 145 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Essl)

- 7.12 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Scheinast und Klubobmann Schwaighofer betreffend die Unterstützung von wirtschaftlichen Aktivitäten mit starkem Wertschöpfungsanteil in Salzburg (Nr. 146 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)
- 7.13 Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner betreffend Salzburg als Musterregion für politische Bildung (Nr. 147 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)
- 7.14 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Obermoser, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer betreffend die finanzielle Behandlung von Räumungsaufgaben bei Wildbachsperrern (Nr. 148 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Obermoser)
- 7.15 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2012 (Nr. 149 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.16 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013 (Nr. 150 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.17 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Kunstförderung 2012-2014 (Nr. 151 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)
- 7.18 Bericht des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landrechnungshofes betreffend Übernahme und Betrieb der Pinzgauer Lokalbahn (Nr. 152 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Fürhapter)
- 7.19 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals (Nr. 178 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)
- 7.20 Bericht des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Übernahme des Krankenhauses Tamsweg durch die SALK (Nr. 179 der Beilagen- Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)
- 7.21 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über den Salzburger Gesundheitsfonds (Salzburger Gesundheitsfondsgesetz - SAGES-Gesetz 2016) (Nr. 180 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)
- 7.22 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Katastrophenhilfegesetz und das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 geändert werden (Seveso-III-Anpassungsgesetz) (Nr. 181 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)
- 7.23 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz und das Magistrats-Personalvertretungsgesetz geändert werden (Nr. 182 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchli)

- 7.24 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz 2007 geändert wird  
(Nr. 183 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth)
- 7.25 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird  
(Nr. 184 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.26 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert wird  
(Nr. 185 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.27 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 geändert wird  
(Nr. 186 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi)
- 7.28 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landesbediensteten-Gehaltsgesetzes  
(Nr. 187 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. HR Dr. Schöchli)
- 7.29 Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Hirschbichler MBA und Ing. Mag. Meisl betreffend Wirtschaft, Arbeit und Raumordnung  
(Nr. 188 der Beilagen- Berichterstatte(r)in: Abg. Hirschbichler MBA)
- 7.30 Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Umsetzung von EU-Richtlinien bzw. Verordnungen in innerstaatliches Recht unter größtmöglicher Ausnutzung von vorgegebenen Ermessensspielräumen  
(Nr. 189 der Beilagen - Berichterstatte(r)in: Abg. Steiner BA MA)
8. Beantwortung schriftlicher Anfragen
- 8.1 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 34-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2015  
(Nr. 34-BEA der Beilagen)
- 8.2 Anfrage der Abg. Brand und Mag. Schmidlechner an Landesrat Mayr (Nr. 35-ANF der Beilagen) betreffend GROHAG  
(Nr. 35-BEA der Beilagen)
- 8.3 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung (Nr. 38-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Schwimmunterricht an Schulen  
(Nr. 38-BEA der Beilagen)

- 8.4 Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 39-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Nachbesetzung der Position des Landesamtsdirektors  
(Nr. 39-BEA der Beilagen)
- 8.5 Anfrage der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 40-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA - betreffend Wettbewerb zu familienfreundlichen Unternehmen  
(Nr. 40-BEA der Beilagen)
- 8.6 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 41-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2015  
(Nr. 41-BEA der Beilagen)
- 8.7 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 42-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Verteilung der Broschüre „Die wilden Vier - Wolf, Bär, Luchs und Wildnis in Europa“ in Schulen  
(Nr. 42-BEA der Beilagen)
- 8.8 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 43-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler - betreffend die Mülldeponie auf dem Firmenareal Leube in Golling  
(Nr. 43-BEA der Beilagen)
- 8.9 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 44-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Förderung aus Mitteln des Landes Salzburg für ein niemals errichtetes Bad am Wallersee  
(Nr. 44-BEA der Beilagen)
- 8.10 Anfrage der Abg. HR Dr. SchöchI, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler (Nr. 45-ANF der Beilagen) betreffend die Biotopkartierung im Bundesland Salzburg  
(Nr. 45-BEA der Beilagen)
- 8.11 Anfrage der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 46-ANF der Beilagen) betreffend die Geburtshilfe im Land Salzburg  
(Nr. 46-BEA der Beilagen)
- 8.12 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und HR Dr. SchöchI an Landesrat Mayr (Nr. 47-ANF der Beilagen) betreffend den Ausbau der Autobahnabfahrt Wallersee  
(Nr. 47-BEA der Beilagen)

- 8.13 Anfrage der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl, HR Dr. Schöchel und Jöbstl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 48-ANF der Beilagen) betreffend die Finanzierung der Organisation RAINBOWS Salzburg (Nr. 48-BEA der Beilagen)
- 8.14 Anfrage der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 49-ANF der Beilagen) betreffend Online-MitarbeiterInnenbefragung (Nr. 49-BEA der Beilagen)
- 8.15 Anfrage der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 50-ANF der Beilagen) betreffend Ferienbetreuung 2015 (Nr. 50-BEA der Beilagen)
- 8.16 Anfrage der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 51-ANF der Beilagen) betreffend Vertröstungen zum Energiemasterplan (Nr. 51-BEA der Beilagen)
- 8.17 Anfrage der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 52-ANF der Beilagen) betreffend Depot des Salzburg Museums (Nr. 52-BEA der Beilagen)
- 8.18 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 53-ANF der Beilagen) betreffend eine Entlassungsstraße im Bereich der B 168 (Nr. 53-BEA der Beilagen)
- 8.19 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr. 54-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler, Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrat Mayr, Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA, Landesrat DI Dr. Schwaiger und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend „Impulspaket 2015“ (Nr. 54-BEA der Beilagen)
- 8.20 Dringliche Anfrage der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 55-ANF der Beilagen) betreffend besondere Vorfälle und Regelungen im Personalressort (Nr. 55-BEA der Beilagen)
- 8.21 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 60-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler - betreffend die Standortverordnung für die Möbelfirma XXX-Lutz in St. Johann im Pongau (Nr. 60-BEA der Beilagen)
- 8.22 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 63-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Lehrlingsausbildung durch das Land Salzburg (Nr. 63-BEA der Beilagen)

- 8.23 Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 66-ANF der Beilagen) betreffend das angestrebte Nulldefizit (Nr. 66-BEA der Beilagen)
- 8.24 Anfrage der Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 67-ANF der Beilagen) betreffend Übernahmen von Derivativen der Stadt Salzburg mit negativen Barwerten (Nr. 67-BEA der Beilagen)
- 8.25 Anfrage der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 68-ANF der Beilagen) betreffend die Kosten der aktuellen Werbekampagne der Salzburg AG und den daraus erwarteten Nutzen für das Unternehmen bzw. das Land Salzburg als Mehrheitseigentümer (Nr. 68-BEA der Beilagen)
- 8.26 Dringliche Anfrage der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landesrat Mayr (Nr. 75-ANF der Beilagen) betreffend Gitzentunnel (Nr. 75-BEA der Beilagen)
9. Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat
- 9.1 Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 26. März 2014 (Nr. 429 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Erhebung von Datenbeständen in Zusammenhang mit der Erfüllung von Bildungsstandards durch Salzburger Kinder und Jugendliche (Nr. 153 der Beilagen)

.....

(Beginn der Sitzung: 09:05 Uhr)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einen schönen guten Morgen. Ich heiße Sie alle recht herzlich willkommen. Es freut mich, dass heute Schülerinnen und Schüler des Ausbildungszentrums St. Josef mit Frau Dr. Taxacher und der Landesberufsschule 6 mit Frau Leymüller zu uns gekommen sind. Ein herzliches Willkommen und ich wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag hier bei uns. (Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich auch, dass die neu aufgenommenen Ausbildungsjuristen des Amtes der Landesregierung heute hier bei uns sind. Ein herzliches Willkommen auch Ihnen. (Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne hiermit die 3. Sitzung und rufe auf

## **Punkt 1: Entschuldigungen von der Haussitzung**

Für heute entschuldigt sind alle Bundesräte, da sie Sitzungen in Wien haben. Abgeordnete Dr.<sup>in</sup> Solarz ganztags aufgrund Krankheit, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl von 9:30 bis 10:30 Uhr, Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer von 14:00 bis 17:00 Uhr und Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA ab 17:00 Uhr.

Damit rufe ich auf

## **Punkt 1a: Anzeige über Änderungen in Landtagsklubs**

Klubobmann Naderer hat mit Schreiben vom 20. November 2015 mitgeteilt, dass Abgeordneter Otto Konrad nicht mehr dem Landtagsklub Team Stronach Salzburg angehört. Der Klub besteht nunmehr aus Klubobmann Abgeordneten Naderer und Klubobmann Stellvertreterin Abgeordnete Fürhapter.

Ich rufe auf

## **Punkt 2: Genehmigung des stenographischen Protokolls der 1. und 2. Sitzung der 4. Session der 15. Gesetzgebungsperiode**

Die Protokolle sind allen Parteien rechtzeitig übermittelt worden. Einwände gegen die Protokollierung sind in der Landtagsdirektion nicht eingelangt.

Wer mit der Genehmigung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand als Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die einstimmige Genehmigung festgestellt. Danke.

Als nächstes rufe ich auf

## **Punkt 3: Einlauf**

### **3.1 Zuweisung von Vorlagen und Berichten der Landesregierung**

Im Einlauf befinden sich zwölf Vorlagen der Landesregierung. Wer mit der Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind die Geschäftsstücke zugewiesen.

**3.1.1 Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Umweltschutz- und Umweltinformationsgesetz geändert wird  
(Nr. 130 der Beilagen)

3.1.2 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Übernahme des Krankenhauses Tamsweg durch die SALK  
(Nr. 131 der Beilagen)

3.1.3 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Ehrenzeichengesetz, das Salzburger Stadtrecht 1966 und die Salzburger Gemeindeordnung 1994 geändert werden  
(Nr. 132 der Beilagen)

3.1.4 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz über den Salzburger Gesundheitsfonds (Salzburger Gesundheitsfondsgesetz - SAGES-Gesetz 2016)  
(Nr. 133 der Beilagen)

3.1.5 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Katastrophenhilfegesetz und das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 geändert werden (Seveso-III-Anpassungsgesetz)  
(Nr. 134 der Beilagen)

3.1.6 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz und das Magistrats-Personalvertretungsgesetz geändert werden  
(Nr. 154 der Beilagen)

3.1.7 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz 2007 geändert wird  
(Nr. 155 der Beilagen)

3.1.8 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird  
(Nr. 156 der Beilagen)

3.1.9 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert wird  
(Nr. 157 der Beilagen)

3.1.10 **Vorlage** der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals  
(Nr. 158 der Beilagen)

3.1.11 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Krankenanstaltengesetz 2000 geändert wird  
(Nr. 159 der Beilagen)

3.1.12 **Vorlage** der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezugesetz 1998 geändert wird  
(Nr. 160 der Beilagen)

### 3.2 Anträge

Im Einlauf befindet sich ein

3.2.1 **Dringlicher Antrag** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Hirschbichler MBA und Ing. Mag. Meisl betreffend Wirtschaft, Arbeit und Raumordnung  
(Nr. 161 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Hirschbichler MBA)

Ich ersuche den Schriftführer Abgeordneten Steiner um Verlesung des dringlichen Antrages.  
Bitte!

**Abg. Steiner BA MA** (verliest den dringlichen Antrag):

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke vielmals. Wir steigen in die Debatte zur Dringlichkeit dieses Antrages ein. Der Antragsteller hat die Möglichkeit, die Dringlichkeit zu begründen. Fünf Minuten und dann jede Landtagspartei auch jeweils fünf Minuten. Bitte Kollegin Hirschbichler von der SPÖ zur Dringlichkeit des Antrages. Fünf Minuten.

**Abg. Hirschbichler MBA:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Während sich die Regierung nun wochenlang Streitereien geliefert hat, hat sich die Wirtschaftslage in Salzburg nicht gebessert und sind auch die Arbeitslosenzahlen in Salzburg unaufhaltsam weiter gestiegen. Während die Regierung überlegt hat, ob Wirtschaft ohne Wachstum möglich ist, hat die Wirtschaft ohnehin nicht die Möglichkeit, groß zu wachsen. Auch die Konjunkturprognosen für 2016 halten sich in Grenzen und schauen alles andere als rosig aus. Während die Regierung mit ihrer Raumordnungspolitik viele Wirtschaftstreibende und Gemeinden vor den Kopf stößt, wandern Betriebe aus Salzburg ab, weil sie keine Entwicklungschancen sehen.

Während Sie Betriebserweiterungen und damit Millioneninvestitionen mit dubiosen Argumenten verhindern und dadurch neue und gute Arbeitsplätze verhindern, steigt die Arbeitslosigkeit gerade und besonders im Handel. Während Sie austüfteln, wie Sie Ihren Wohnbaulandesrat in der Regierung behalten können ohne die Partei, für die er angetreten ist, steigen die Wohnpreise unaufhörlich und wird der Grund und Boden wieder zum Luxusgut. Hätten Sie doch nur den Beipackzettel gelesen, der beim Team Stronach draufsteht: **Achtung!** Politiksoldner können Ihre Mehrheit gefährden.

Statt Regierungstreit und Gughupfpolitik brauchen wir dringend Lösungen für dieses Land. Sie haben genug Zeit verschwendet. Die 21.000 Menschen in Salzburg, die ohne Arbeit dastehen, haben kein Verständnis für Ihren Familienzwist, sondern die vertrauen da-

rauf, dass die Politik Lösungen entwickelt für sie. Und ja, selbstverständlich weiß ich, dass wir uns nicht abkoppeln können von der gesamtwirtschaftlichen Lage, aber selbstverständlich wissen wir auch alle, dass das Land steuern kann, regional steuern kann. Sie müssen es nur tun, und zwar in die richtige Richtung. Statt dem Gießkannenprinzip in der Wirtschaftsförderung ist längst ein Mehr an strategischer Koordination notwendig. Schließlich ist es das Geld der Steuerzahler, das wir hier großzügig verteilen.

Schaffen Sie Arbeitsplätze in beschäftigungsintensiven Bereichen, wie z.B. in dem von uns geforderten Sonderwohnbauprogramm, anstatt das Geld im Gitzentunnel zu versenken. Jetzt mit dem Wohnbaupaket des Bundes haben Sie die beste Gelegenheit dazu. Sie müssen das Geld nur abholen. ...

**(Zwischenruf Landesrat Mayr: Welches Wohnbauprogramm? Welches Wohnbaupaket?)**

... Das können wir gerne am Nachmittag im Ausschuss machen, Herr Landesrat, oder fangen Sie endlich an, die Projekte in der thermischen Sanierung umzusetzen und legen Sie hier eine detaillierte Planung vor, so wie wir das in unserem Antrag fordern. Jahrelang haben die Grünen das gefordert. Wo bleiben jetzt diese Absichtserklärungen? Erhöhen Sie die Mittel in der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wenn Sie die Arbeitslosenzahlen haben, so wie wir sie jetzt haben mit 21.000 Menschen, wenn die Arbeitslosenzahlen explodieren so wie jetzt.

Es gibt zahlreiche Projekte, wo wir vielen Menschen eine Chance bieten können, wenn sich das Land an der Finanzierung beteiligt. Außerdem wenn der Markt versagt, dann hat die öffentliche Hand ihre Verantwortung wahrzunehmen. Wo bleibt die Vorbildwirkung? Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Aktion 8.000, wo wir vielen Menschen die Möglichkeit gegeben haben, vorübergehend bei Land oder Gemeinde einen Arbeitsplatz zu finden. Erleichtern Sie Betriebsansiedlungen, Sie sprechen immer davon, indem Sie unnötige Bürokratie abbauen und indem Sie Verfahren beschleunigen. Salzburg muss endlich wieder ein attraktiver Standort sein, so wie Sie sich das auch wünschen.

Das sind die Themen, die wir in unserem dringlichen Antrag fordern und ich ersuche um Zustimmung zur Dringlichkeit, denn unsere Fraktion wünscht sich nicht nur jetzt in Anbetracht des Weihnachtsfestes, nein, wir fordern Sie auf, endlich an die Sorgen und Nöte der Menschen zu denken und sich darum zu kümmern. Fangen Sie endlich an, die Arbeitslosigkeit und die Konjunkturflaute effektiv zu bekämpfen. Fangen Sie an, denn Sie sagen ja immer jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. Dankeschön. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet Kollege Scharfetter von der ÖVP. Bitte!

**Abg. Mag. Scharfetter:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Liebe Frau Kollegin Hirschbichler!

Der Reihe nach. Zum Ersten: Wir stimmen der Dringlichkeit dieses Antrages zu. Kommt uns nicht ungelegen, weil wir einmal mehr die Möglichkeit haben aufzuzeigen, wie entschlossen diese Landesregierung handelt, wenn es darum geht, die Konjunktur zu beleben. Wir werden das dann im Ausschuss beraten, wohl zu später Stunde, aber ich nehme nur zwei Beispiele heraus.

Erster Punkt Investitionszuwachsprämie. Wir haben die Investitionen belebt mit dieser Maßnahme. Zweiter Punkt: Kraftwerk Gries. Ich nehme das heraus, weil das Thema haben wir öfter schon hier im Haus diskutiert. Der Landeshauptmann hat entschlossen gehandelt, die Partner an einen Tisch geholt, wir unterstützen dieses Projekt mit öffentlichen Mitteln, Auftragsvolumen € 60 Mio. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist entschlossene Politik, wie sie in Salzburg gemacht wird und diese Entschlossenheit würden wir uns mitunter auch von der Bundesregierung wünschen.

Weil die Wohnbauförderung, die Mieten hier im Land angesprochen sind. ...

**(Zwischenruf Klubvorsitzender Abg. Steidl: Das musst dem Mitterlehner sagen!)**

... Herr Kollege Steidl, kann man natürlich die Frage stellen, wer denn bis 2013 bestimmend war in der Wohnbaupolitik dieses Landes und in der Wohnbauförderung. Stichwort Einstiegsmietten. Niedrig, aber dann galoppierende Mieten über die Jahre. Oder Stichwort Konversion.

Aber mein eigentlicher Punkt ist ein anderer. Ich würde den Bogen gerne ein bisschen weiter spannen. Es ist ein ernstes Thema die Frage der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit. Es ist richtig. Die Arbeitslosigkeit steigt, Frau Kollegin Hirschbichler, aber als Salzburger soll man auch mitunter ein bisschen stolz sein, wenn wir besser sind als andere. In den Arbeitsmarktdaten, in den Fundamentaldaten sind wir besser. Österreichweit die Arbeitslosenrate 9 %, wir werden in Salzburg bei 5,8 % liegen. Auch viel, ja, aber wir sind deutlich besser. ...

**(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: War immer schon so!)**

... Im Übrigen, Sie wissen es auch, die Beschäftigung steigt auch um 1 %. Aber jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt. Wir haben heuer wenig Wachstum, 0,7 % ist zu wenig, um den Arbeitsmarkt entsprechen zu stimulieren und wir haben für nächstes Jahr eine Wachstumsprognose von 1,4 %, sagt das IHS, glaube ich, oder WIFO, 1,6 % und in Summe auch zu wenig, um den Arbeitsmarkt zu beleben.

Da muss ich Ihnen jetzt eines schon einmal in aller Klarheit sagen, Frau Kollegin Hirschbichler. Es sind schon Eure Parteikollegen, und da nenne ich explizit auch den Bundeskanzler und den Sozialminister, die auf Bundesebene wichtige Reformvorhaben bremsen. Wo wir in der Flexibilisierung der Arbeitszeit beispielsweise nicht wirklich weiterkommen. Weil es ein sehr aktueller Anlass ist. Der Internationale Währungsfonds hat dieser Tage wieder

einen Bericht erstellt, Situationseinschätzung Österreich nicht so schlecht, nicht so schlecht im internationalen Vergleich, aber wir haben im Bereich Standortqualität deutlich an Boden verloren.

In Wirklichkeit, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, brauchen wir wieder mehr Wachstum, Frau Kollegin, und da muss ich Ihnen schon sagen, einige Schritte wurden gesetzt, soll man nicht kleinreden, Steuerreform bringt Entlastung, bringt und Kaufkraft. ...

**(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Das erste Mal, dass man das jetzt hört!)**

... Was wir jetzt brauchen, sind standortpolitische Maßnahmen und da müssen wir nur schauen, wie die Expertenempfehlungen seit Jahren lauten. Die Analyse ist klar, Wir haben keine schlechten Voraussetzungen. Wir haben einige Problemzonen, die wir angehen müssen. Wenn Sie von Zaudern sprechen, Frau Kollegin, dann ist nicht diese Landesregierung gemeint. Wenn Sie von Zaudern sprechen, dann ist wohl die Bundesregierung gemeint, ich habe Ihre Kollegen da schon entsprechend benannt.

Wenn wir über die Stimmungslage in der Wirtschaft reden, Frau Kollegin, ...

**(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Die ÖVP ist da nicht in der Regierung!)**

... wenn wir über die Stimmungslage in der Wirtschaft reden, die ist nicht so rosig, da gebe ich Ihnen schon Recht, nur wenn ich maßgeblich daran beteiligt bin, ständig neue Belastungen für Unternehmer und die Wirtschaft in Diskussion zu bringen, wenn man maßgeblich daran beteiligt ist, dass wir hier nicht entsprechend entlasten können und wenn man maßgeblich daran beteiligt ist, dass wichtige Reformen in diesem Land nicht gemacht werden, darf man sich nicht darüber wundern, wenn die Stimmung schlecht ist, Frau Kollegin.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine angeregte Debatte am Nachmittag. Vielen Dank.  
(Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten und des Abgeordneten Konrad)

**(Zwischenruf Abg. Mag. Schmidlechner: 30 Jahre Wirtschaftsminister von der ÖVP!)**

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Als Nächster Kollege Scheinast von den Grünen. Bitte!

**Abg. Scheinast:** Geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer hier herinnen und auch im Internet!

Wir beschäftigen uns in sehr schönem Abstand immer wieder mit Anträgen der SPÖ und der FPÖ, die uns Gelegenheit geben, darüber nachzudenken, wie denn Wirtschaften auf regionaler Ebene mit größtmöglicher Effizienz und mit größtmöglichem Nutzen für die Salzburgerinnen und Salzburger gelingen kann.

Die Dringlichkeit des Antrages ergibt sich aus meiner Sicht natürlich aus der Tatsache, dass wir tatsächlich 21.000 Arbeitslose haben und jeder Arbeitslose ist ein Arbeitsloser zu viel. Die Sorge darum treibt auch uns, treibt die Landesregierung, treibt die Grünen, treibt alle, weil wir das Gefühl haben, Vollbeschäftigung ist ein ganz wesentlicher Faktor und wir müssen unbedingt dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen Arbeit finden, und zwar gute Arbeit, sinnvolle Arbeit und Arbeit, von der sie auch gut leben können.

Im dringlichen Antrag der SPÖ wird davon gesprochen, dass die Wirtschafts- und Raumordnungspolitik die Salzburger Wirtschaftstreibenden schwer enttäuscht hat und da wird Markus Wild zitiert, wo wir wieder einmal in der Europarkerweiterung drinnen sind. Ich habe an dieser Stelle und auch im Ausschuss schon mehrfach darauf hinweisen dürfen, dass die Arbeitsplätze im Handel, je größer die Großfläche ist, desto mehr andere Arbeitsplätze in der Kleinfläche kannibalisieren. Das heißt viel Umsatz auf viel Quadratmeter ist sehr wenig beschäftigungswirksam und ich darf noch einmal darauf hinweisen, es ist sehr wichtig, dass die Leute eine sinnvolle Arbeit finden, aber nicht indem man etwas verkauft, was irgendwo auf diesem Globus erzeugt wurde, möglichst billig, damit möglichst viel Ware möglichst schnell wieder weggeworfen wird, sondern das Wesentliche ist ja wohl werterhaltende sinnvolle Produkte zu erzeugen, diese Produkte möglichst regional, sodass der Nutzen möglichst groß ist.

In diesem Zusammenhang steht unsere Initiative, die Ortskerne wieder zu beleben, die geht genau in diese Richtung, weil wir wollen ja schauen, dass die Menschen durch die Regionalwirtschaft, dort, wo sie wohnen, gut arbeiten können, dort, wo sie arbeiten, gut wohnen können, dass man dazwischen nicht allzu weite Wege hat und dass man in der Lage ist, sinnvolle Arbeit mit einem schönen Leben zu kombinieren. Da ist die Idee der Ortskernbelebung nicht etwas was eine sogenannte "Geschichte" ist, sondern das ist etwas absolut Notwendiges. Wir brauchen das, weil unsere Ortskerne wirklich teilweise in einem furchtbaren Zustand sind, leider unter anderem auch dadurch, dass an den Ortsrändern die Großflächen die Ortskerne kannibalisieren. Das ist nicht eine sogenannte Belebung, sondern wir wollen tatsächlich den Menschen wieder ihre Orte zurückgeben, sodass man dort auch gut wohnen und arbeiten kann.

Dieser Hinweis, dass das Raumordnungsgesetz aufgrund der Flüchtlingssituation nicht weitergeht, das hat mich eigentlich maßlos geärgert, weil diesen Hinweis hat niemand gemacht, und das stimmt überhaupt nicht. ...

(Zwischenruf Abg. Ing. Mag. Meisl: Das ist falsch, Herr Kollege. Zur tatsächlichen Berichterung!)

... Habe ich jetzt die Klingel gehört?

Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf (unterbricht): Eine Minute hast Du noch!

**Abg. Scheinast** (setzt fort): Ah so. Wichtig ist es, dass wir schauen, dass bei neuen Betriebsansiedlungen der Fokus drinnen liegen muss, sind die Betriebe ökologisch in Ordnung, sind sie arbeitsplatzrelevant und bringen sie tatsächlich etwas für die Beschäftigung in der Region und darüber werden wir uns heute im Ausschuss hoffentlich ausführlich unterhalten. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen-Abgeordneten und des Abg. Konrad)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf**: Kollege Meisl zur tatsächlichen Berichtigung.

**Abg. Ing. Mag. Meisl**: Frau Präsidentin! Herr Kollege Scheinast!

Das ist ein Zitat aus einer Anfragebeantwortung aus einer schriftlichen von der Landeshauptfrau-Stellvertreterin, dass das Raumordnungsgesetz aufgrund der Flüchtlingssituation und der zeitgedeckten Einteilung der Abteilung verschoben hat werden müssen und nicht wie ursprünglich vorgesehen den Landtag erreicht.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf**: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet Kollege Wiedermann.

**Abg. Wiedermann**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Dieses Thema beschäftigt uns nunmehr innerhalb kürzester Zeit das dritte Mal. Zweimal waren es Anträge, die im Landtag bereits behandelt wurden, von den Regierungsparteien jeweils abgeschmettert, brauchen wir nicht.

Vorab der dringliche Antrag der Sozialdemokraten, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und in weitesten Teilen auch inhaltlich zustimmen, zumal es sich ja beispielsweise bei der Schaffung für Arbeitsplätze um das Thema DOC oder Europark auch handelt, wo alleine 700 bis 1.000 Arbeitsplätze sofort hätten geschaffen werden können. Aber diese Arbeitsplätze, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsparteien, diese Arbeitsplätze hat Salzburg offensichtlich nicht notwendig. Es ist auch notwendig darüber nachzudenken, wie viele Betriebe in den letzten zwei Jahren vom Bundesland Salzburg abgewandert sind, wie viele Betriebe Abwanderungsgedanken haben, wie viele Arbeitsplätze das für das Bundesland Salzburg sind und vor allem was sind die Gründe dafür.

Die Gründe dafür sind insbesondere deshalb da, weil diese Regierung ihre Hausaufgaben nicht macht, Ihre Hausaufgaben, die man einfach nicht auf den Bund abschieben kann, sondern man soll einmal vor der eigenen Türe kehren. Herr Kollege Scharfetter, Ihr tut's Euch leicht, Ihr redet's Euch immer auf den Bund hinaus. Wir haben in Salzburg viele Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze zu ermöglichen, aber das wird einfach so weggetan, weil es halt einfach nach dem Wunsch eines Eurer Regierungspartner so ist, das braucht man nicht.

Für die Ortskernbelebung, steht im Antrag der Sozialdemokraten drinnen, ganze 80.000 Euro vorgesehen im Budget. Wenn das der Plan und das Ziel dieser Regierung ist, dann sage ich gute Nacht. Aber liebe Kollegen von der ÖVP und von den Grünen, wer trägt letztlich die Verantwortung dafür, wie der Zustand in den Gemeinden aussieht, wie es beschrieben wurde vom Kollegen Scheinast. Nicht das Land, insbesondere und in erster Linie sind es meistens die Bürgermeister, die Gemeinden, die dafür verantwortlich zeichnen, dass diese Entwicklung in diesen Orten so stattgefunden hat. Ich nehme meine eigene Heimatgemeinde her Wals-Siezenheim. Ok, wir haben riesige Betriebe, die Gemeinde profitiert davon wirtschaftlich. Aber schaut Euch einmal die Flächenwidmung an. Wie schaut Wals-Siezenheim aus? Nicht nur Wals-Siezenheim, ob das Eugendorf ist, sämtliche Umlandgemeinden oder dann in den Pinzgau hinein, Mittersill, der große Bürgermeister, wie schaut es da drinnen aus?

**(Zwischenruf Abg. Mag. Scharfetter: Dafür oder dagegen, Herr Kollege?)**

... Diese Dinge, die habt Ihr offensichtlich alle vergessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Zu dieser Diskussion es gehen Arbeitsplätze verloren. Wir haben jetzt zweimal sehr eingehend im Ausschuss diskutiert über DOC und Europark wegen dem Erweiterungsbestreben dieser beiden Unternehmen. Ihr seid uns bis heute den Beweis schuldig geblieben, dass auch nur ein einziger Arbeitsplatz, ein einziger Arbeitsplatz durch diese beiden Betriebe verloren gegangen ist. Im Gegenteil. Es ist so, dass, und ich spreche jetzt als Walser Bürger, dass in unserer Gemeinde durch das DOC eine Menge von zusätzlichen Arbeitsplätzen nicht nur im DOC, sondern in den umliegenden Betrieben geschaffen wurden. Das ist es und nicht eine politische Willkür, weil es mir halt einfach politisch nicht ins Konzept passt, dann lehne ich das ab, weil es der Koalitionspartner so will, jetzt müsst Ihr das Ganze mittragen. Das ist keine Politik im Sinne einer guten und sicheren Arbeitsplatzgestaltung im Bundesland Salzburg. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hat sich zur tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Bitte!

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich möchte die Zahl 80.000 berichtigen. Es sind zusätzliche 80.000 Euro, die im Budget vorgesehen sind, weil es eine Mittelverschiebung ist aus dem Ressort Berthold und das sagt nichts aus über den Gesamtbetrag der verfügbaren Mittel für das wichtige Thema Ortskernstärkung.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke für die tatsächliche Berichtigung. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Naderer, Team Stronach Salzburg. Bitte!

**Klubobmann Abg. Naderer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Vorab natürlich unterstützen wir die Dringlichkeit des Antrages, wie wohl wir nicht in allen Punkten die gleiche Meinung haben werden, aber es ist sehr wichtig, jetzt insbesondere in der Weihnachtszeit und vielleicht auch über den Jahreswechsel darüber zu diskutieren, was wir in Zukunft besser machen können und wo wir Handlungsbedarf haben.

Es ist völlig richtig konstatiert, dass die Mieten in Salzburg viel zu hoch sind. Wer hat das verursacht? Das sind eine Vielzahl an Regierungen der vergangenen zehn, 15 Jahre, die dafür gesorgt haben, dass die Mieten, insbesondere auch im geförderten Bereich, so hoch sind wie sie sind. Es ist schon erwähnt worden. Am Anfang hat man, um Werbung machen zu können, eine günstige Einstiegsrente gehabt und dann sind die exorbitant gestiegen, sodass jeder, der in einer Wohnung gelebt hat, nach zehn Jahren versucht hat, eine neue Wohnung zu bekommen, weil er dann nur mehr die Hälfte von dem zahlen hat müssen was er in der alten Wohnung gebraucht hätte. Dass die 343 Mio. Euro von der Konversion nicht unbedingt eine hohe Wirkung gehabt haben bzw. fast gar keine, dass das Steuergeld einfach verbrannt worden ist, haben wir zuletzt schon im Ausschuss mit dem Rechnungshofdirektor diskutieren können. Ich glaube da ist nicht viel übriggeblieben.

Beispiel ROG, Raumordnungsgesetz. Da muss ich sagen wer die Ortskerne kennt im Flachgau oder vielleicht auch Innergebirg, da kenne ich sie nicht so gut, aber im Flachgau sicher, die sind alle, alle ist jetzt übertrieben, aber zum Großteil entvölkert. Man hat dort keine Kommunikationsfläche mehr, weil es gibt keinen Kramer mehr, es gibt kein Geschäft mehr, es gibt keinen Elektriker mehr, es ist alles weg, weil natürlich die Leute zu den zentralen Einkaufsplätzen, sprich Europark oder andere Einkaufstempel fahren und dort alles auf einmal erledigen. Das ist jetzt nicht nur eine wirtschaftspolitische und Raumordnungsangelegenheit, sondern das ist für mich auch eine sozialpolitische Angelegenheit, wo die Leute sich am Dorfplatz, am Marktplatz treffen, miteinander kommunizieren. Schaut's einmal in den Europark. Da rennen alle kreuz und quer, keiner redet mit dem anderen, am Marktplatz triffst du irgendeinen Gemeindebürger, redest mit ihm, das ist ein ganz anderes Lebensgefühl und Lebensqualität, als wie wenn ich in so einem Einkaufstempel umherlaufen muss.

Raumordnungsgesetz: Handlungsbedarf hätten wir auf jeden Fall im Bereich der Möglichkeit für junge Salzburgerinnen und Salzburger, für die Jungfamilien Wohnraum zu schaffen, denn es kann einfach nicht sein, dass dieser Trend, dass die Kinder von Bauern auch nicht im eigenen Bereich irgendwo etwas finden, wo sie sich ansiedeln können, sondern dass die in Perwang, im angrenzenden Oberösterreich, wo immer, günstige Gründe kaufen müssen und nachher aus- und einpendeln, was dann wieder zu einem Verkehrsproblem führt am Morgen. Siehe Elixhausen, siehe Eugendorf, usw. diese ganzen Einfahrtsstraßen aus Richtung Oberndorf, wo die Gründe einfach günstig sind im angrenzenden Oberösterreich, aber nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Betriebe. Betriebe siedeln auch sehr viele

in den oberösterreichischen Raum, das heißt da hätte man schon sehr, sehr großen Nachholbedarf, dass wir da bitte schnell etwas auf die Füße bringen.

Arbeitsplätze: Prinzipiell ist Arbeitsmarktpolitik eine Bundesangelegenheit, wie wohl wir im kleinen schon nachjustieren können, aber den großen Wurf wird das Bundesland Salzburg aufgrund unserer doch beschränkten Größe nicht unbedingt erreichen. Soviel werden wir wahrscheinlich gar nicht investieren können in Bauprojekte, dass man da riesige Arbeitsplätze in Mengen schaffen, sondern da ist wirklich auch der Bund gefragt und da frage ich mich schon, warum hat der Bund seine Investitionstätigkeit im Bundesland Salzburg de facto eingestellt. ...

(Zwischenruf Abg. Hirschbichler MBA: Hast Du das Budget gelesen?)

... Ab 2017 steht im Rahmenplan der ÖBB nichts mehr drinnen. Nichts mehr von der Hochleistungsstrecke, die notwendig wäre mit der Hallwanger Tunnelkette durch den Flachgau. Nichts mehr von der Sicherheit der Strecke aus Innergebirg im Bereich Pass Lueg, wo die Tunnelsicherheit hergestellt werden muss, die Lawinensicherheit, die Hochwassersicherheit, alles Projekte, die unheimlich wichtig sind, die aber nicht mehr vorkommen.

Da glaube ich, wäre es am Nachmittag schon wichtig, dass wir uns darüber unterhalten, wie wir beim Bund vorstellig werden, wie wir entsprechenden Lobbyismus dort betreiben können, dass auch der Bund seine Bautätigkeit im Bundesland Salzburg wieder aufnimmt und damit auch Arbeitsplätze und natürlich nicht nur Arbeitsplätze unmittelbar, sondern auch mittelbare Arbeitsplätze, weil die Leute, die dann dort arbeiten, müssen auch versorgt werden, geschaffen werden. Ich glaube das wäre eine Vielzahl an Arbeitsplätzen, wenn wir uns da einig werden, dass wir mit dem Bund Hand in Hand gehen und Arbeitsplätze in Salzburg schaffen. (Beifall der ÖVP- und TSS-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine mehr. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Inhaltlich für unsere Zuhörerinnen und Zuhörer und Gäste, inhaltlich wird am Nachmittag dieser Antrag noch ausführlich diskutiert werden im Ausschuss. Wer diesen Diskussionen beiwohnen möchte, via Livestream ist das möglich. [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)

Wir kommen zum nächsten Antrag, der im Einlauf sich befindet.

**3.2.2 Dringlicher Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Umsetzung von EU-Richtlinien bzw. Verordnungen in innerstaatliches Recht unter größtmöglicher Ausnutzung von vorgegebenen Ermessensspielräumen

(Nr. 162 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Ich ersuche die Schriftführerin Abgeordnete Jöbstl um die Verlesung.

**Abg. Jöbstl** (verliest den dringlichen Antrag):

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke vielmals. Für die Antragsteller Herr Klubobmann Karl Schnell. Bitte!

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Hohes Haus! Frau Präsidentin! Hohe Landesregierung! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren in den Zuhörerrängen!

In immer kürzeren Abständen belästigt die Europäische Union und befruchtet die Europäische Union uns mit irgendwelchen Verordnungen, uns Bürger, unsere Betriebe, und zwar so, dass der Frust immer größer wird und das Vertrauen in diese Europäische Union immer geringer wird. Ständig werden unsere Betriebe, die schon unter dieser Bürokratie ächzen, belästigt. Dinge, die teilweise gar nicht durchführbar sind, die unsinnig sind, die so etwas von dumm sind, dass es einem fast die Zehennägel aufrollt. Und was machen wir Politiker? Wir stimmen dem zu. Wir spielen die Helfershelfer. Wir schöpfen nicht einmal die rechtlichen Möglichkeiten aus, die auch das Land, die der Bund hätte. Ein paar Beispiele. Kerzenverordnung zu Weihnachten, Weihnachtskerzenverordnung. Pauschalreiserichtlinie. Man muss sich vorstellen, wenn unsere Betriebe, unsere Hotels den Gästen anbieten, auch Massagen durchzuführen oder für sie die Liftkarte zu besorgen, dass sie nicht direkt an die Liftstation gehen müssen, dann müssen jetzt die Betriebe eine Reisekonzession erwerben, sonst geht das nicht mehr, sonst wird das bestraft.

Die Allergeninformationsverordnung war so, dass niemand mehr weiß, wie das durchführbar ist und selbst die Fachleute sagen, dass das der größte Schwachsinn ist, den sie jemals gehört haben. Also die Fachleute bestätigen, dass hier offensichtlich Bürokraten in Brüssel sitzen, die nichts anderes zu tun haben, als tagelang, wochenlang, darüber nachzudenken, wie man hier den Menschen die Arbeit im Lande erschweren kann.

Liebe Freunde! Redet einmal mit den Menschen. Es ist ganz egal, ob Sie einen Dachdecker, einen Schlosser treffen, einen Arzt oder einen Wirt oder sonst irgendjemand, jeder ist frustriert. Die Lust ist enden wollend. Jeder sagt sie haben es geschafft, uns Lust und Freude an der Arbeit, an unserem Betrieb zu nehmen.

Nur das eine Beispiel. Vorgelesen worden die Verordnung 1169/211 des Europäischen Parlaments mit der Allergenverordnung, wo klar drinnen steht, ist nur umzusetzen, wenn es der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und der Nachhaltigkeit entspricht. Keines dieser drei Dinge wird nur irgendwo hier auch wirklich eingehalten. Aber wir stimmen zu. Alles, was von Brüssel und von Wien kommt, müssen wir hinnehmen, gnädigst. Da ist es kein Wunder, wenn wir dann gefragt werden von den Journalisten, ob wir den Landtag überhaupt noch brauchen, ob wir überhaupt noch Politiker brauchen, die das Ohr an der Bevölkerung haben. Genau um das geht es, liebe Freunde.

Aber es gibt auch Länder, die sich wirklich damit befassen. In Oberösterreich, zum Beispiel, befasst sich der Landtag damit und hat hier schon Initiativen gesetzt, um diese Subsidiaritätsprüfung hier auch wirklich zu hinterfragen. Ich erinnere mich noch genau vor dem Beitritt zur Europäischen Union, meine sehr geehrten Damen und Herren, als die Politiker der Regierungsparteien durch das Land gepilgert sind: Wir müssen in die Europäische Union, um dort gehört zu werden, um dort mitreden zu können. Dann haben wir lauter Kapazunder dort oben, die überall zustimmen und herunter im Bund und im Land auch alles abnicken. Alleine das Ausbringen von gentechnisch verändertem Saatgut. Jetzt wird man uns dann irgendwann mit dem transatlantischen Abkommen befruchten und beglücken. Das transatlantische Abkommen, das unsere Klein- und Mittelbetriebe und unsere Landwirtschaft wieder massiv benachteiligen wird. Die Globalisierung schreitet fort, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wir nicken alles ab.

Wir brauchen endlich eine Politik im Land, und, Herr Landeshauptmann, Ihr Vater hat es vorgezeigt, die also die Stirn bieten den Wienern und den Herrschaften aus Brüssel, um nicht jeden Blödsinn hier ungeprüft zu übernehmen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Zweite Präsidentin Gudrun Mosler-Törnström für die SPÖ.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Besucherinnen und Besucher!

Dieser Antrag wirft extrem viele Fragen auf. Er verwirrt, weil Verordnungen und Richtlinien in einen Topf geworfen werden. Verordnungen sind unmittelbar wirksam und müssen von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Umsetzung der Richtlinien wird den Mitgliedsstaaten überlassen. Das muss einmal klargestellt werden, ansonsten kommt man auf keinen grünen Zweig.

Wir werden der Dringlichkeit auch zustimmen, denn es notwendig, dass wir darüber am Nachmittag ausführlich im Ausschuss diskutieren. Ich möchte noch etwas sagen. Sicher gibt es Fälle, wo eine schlechte Umsetzung auf der Hand liegt. Aber das gilt nicht nur für Gesetze, die in den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden, Richtlinien, die umgesetzt werden, sondern das gilt auch für viele Gesetze, die wir in diesem Haus beschließen. Also wir müssen uns schon an der eigenen Nase nehmen. Natürlich wollen wir, dass Gesetze so gemacht sind, dass sie praxistauglich und anwendbar sind und dass sie verstanden werden. Das ist völlig klar, aber hier wird alles pauschal in einen Topf geworfen und es ergibt ein völlig falsches Bild. Es ist wieder ein EU-Panschen. Ich bin nicht kritiklos, das weißt Du, aber zu sagen, wir werden von der EU belästigt, das kann ich hier in diesem Raum nicht so stehenlassen.

Was heißt hier Belästigung? Die EU, das sind nicht irgendwelche Beamte, die in Brüssel sitzen, das sind auch wir. Das sind auch unsere Mitglieder, das sind unsere Beamten, das sind

unsere Politiker, die hier mitbestimmen, was im Endeffekt herauskommt. Ob es dann eine Verordnung oder eine Richtlinie ist, und da ersuche ich Dich wirklich, Charly, dass wir das auseinanderhalten, weil sonst kriegen wir einen völligen Durcheinander zusammen. Wenn ich jetzt zu Punkt zwei gehe, also dass man alles daran setzt, diese in die Praxis umzusetzen, das heißt ja auch Richtlinien umzusetzen, heißt ja auch Ziele, die vorgegeben sind, zu erreichen. Das Wie in den Richtlinien, das bestimmen wir selbst.

Was heißt im Interesse der Bevölkerung? Ja natürlich, das ist der Auftrag hier im Landtag, das ist der Auftrag im Nationalrat und das ist der Auftrag im EU-Parlament und aller derjenigen, die am Gesetzwerdungsprozess beteiligt sind, dass wir sie so umsetzen, dass sie auch von der Bevölkerung angenommen werden können.

Was heißt jetzt im Interesse der Bevölkerung? Das möchte ich mit Euch diskutieren. Das kommt immer darauf an, welches Interesse, welche Gruppe ist betroffen. Wer sieht das Problem aus welcher Sicht? Das ist ein sehr generalisierter Antrag, bei dem viele, viele Sachen noch zu klären sind.

Es geht also um den größtmöglichen Ermessensspielraum, was ist da richtig, was ist falsch. Hier kommt es wieder darauf an wer will was. Ich glaube wir haben heute Nachmittag enorm viel zu diskutieren. Es sind leider so wenige Minuten Zeit, dass wir in diese Materie genauer hineinschaut, aber das werden wir heute Nachmittag tun und ich bin schon gespannt was herauskommt.

Wir stimmen der Dringlichkeit zu. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann-Stellvertreter Dr. Schöchl für die ÖVP. Klubobfrau-Stellvertreter.

**Abg. HR Dr. Schöchl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Ich kann der Intention dieses Antrages durchaus einiges abgewinnen, weil er zusammenfassend das darstellt, was wir in diesem Hohen Haus, in den Ausschüssen, auch in den einzelnen Klubs, nehme ich an, und natürlich viele Kolleginnen und Kollegen, auch mit Bürgerinnen und Bürger bereits oft diskutiert haben, nämlich überschießende Bestimmungen, Gesetzesbeschlüsse als Reaktion auf einzelne Anlassfälle und Regulierungswut.

Es gibt dafür auch einige klassische Beispiele. Du, lieber Karl, hast auch einige genannt davon, wie z.B. die Allergenverordnung, die sicher nur sehr wenige Befürworterinnen und Befürworter hat und bei uns leider national in Österreich noch zusätzlich umgesetzt worden ist und über das Ziel hinausschießend umgesetzt worden ist. So gibt es auch die Allergenverordnung für die Schuljause, die eine reine Erfindung des Österreichischen Bundesministeriums für Gesundheit ist. Eine derartige Bestimmung findet sich mit keinem Wort in der EU-Richtlinie. Aber das Gesundheitsministerium ist überhaupt ein bisschen anfällig für

120%ige Umsetzungen, wie ich auch aus meiner eigenen, sowie der Karl aus seiner Berufserfahrung weiß. Daher sind solche Mahnungen an die Bundesregierung und Einfordern an die Bundesregierung, sich hier noch mehr einzusetzen, durchaus sinnvoll.

Wesentlich ist aber etwas, was im Antrag fehlt, aber eigentlich in keinem Antrag, sei er von welcher Fraktion auch immer, Platz haben kann, nämlich die Selbstverpflichtung und die Selbstbeschränkung. Selbstverpflichtung einfach deswegen, dass wir uns Abgeordnete, der gesamte Landtag einfach viel, viel früher mit dem Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union auseinandersetzen bzw. auch uns national hier einmischen sollten.

Ich zitiere jetzt nur den Abgeordneten Kollegen Fritz Wiedermann, der gesagt hat, wir müssen auch vor der eigenen Türe kehren, und hier ist es auch eine Möglichkeit, dies zu tun. Es gibt einen vielstufigen Vorlaufprozess bei europäischen Rechtssetzungen und er dauert viele, viele Jahre. Leider sind Konsultationen zur Rechtsvorhaben bzw. Stellungnahmen zu Grünbüchern oder Weißbüchern zur einzelnen Rechtssetzung in diesem Hohen Haus noch mit Seltenheitswert versehen. Aber gerade in diesem frühen Stadium kann man wirklich etwas ändern. Ein kleiner Stoß in die gewünschte Richtung bewirkt am Ende doch ein ganz anderes Ergebnis. Je später man sich einmischt, desto kleiner ist dieses Stellrädchen, wo man noch etwas drehen kann.

Salzburg hat ein ausgezeichnetes Verbindungsbüro, es ist auch ausgezeichnet vernetzt und es gibt auch durchaus sehr aner kennenswerte Aktivitäten, die auch wirklich etwas bewirkt haben. Ich sage nur Gigaliner-Richtlinie, wo wir mitwirken konnten, dass das nicht so kommt, wie es ursprünglich geplant war. Wir Abgeordnete sollten es nur noch besser ausnützen, besser die Möglichkeiten nutzen und vor allem auch nachhaltiger ausnützen.

Der zweite Punkt: Wir sollten uns auch selbst beschränken in diesem Hohen Haus. So wie in vielen anderen Landtagen und natürlich noch viel mehr im Nationalrat gibt es immer auch Anträge, die aufgrund einzelner Anlassfälle entstehen und auch zu diesem Zeitpunkt vielleicht unbedingt als notwendig erscheinen. Ich streite auch gar nicht ab, dass für spezielle Situationen natürlich spezielle Regelungen notwendig sind, aber jedes Risiko auszuschließen, jede Vorsorge treffen zu wollen bzw. aufgrund der eigenen vermeintlichen Kenntnis alle bevormunden zu wollen, davor sollten wir uns hüten und oft wird Freizügigkeit im allgemeinen, aber doch Regelungsbedarf im Besonderen gefordert.

Ich glaube Ziel von uns allen muss es sein, dass wir nur die großen Dinge regeln, aber auch den Mut zur Lücke beweisen und auch Kritik einstecken können, die von einzelnen Betroffenen kommt bzw. von der veröffentlichten Meinung. Ich glaube, dass diese grundsätzliche Denke über Eigenverantwortung und Selbstbestimmung und frei diese Dinge auszunützen, brauchen nicht nur wir Politiker auf Gemeinde-, auf Landes- bzw. Bundes- und europäischer Ebene, sondern auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter der Landesregierung und ich schaue jetzt zu den Ausbildungsjuristen, die uns heute besuchen, zurück. Sie brauchen aber auch vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bundesministerien, die natürlich Gesetzestexte, wie wir alle wissen, vorbereiten und hier ganz

wesentlich auch Einfluss haben und genau hier braucht es auch diese Denke, dass man eben auch Freiräume, Selbstbestimmung lässt. Damit sind wir in guter Gesellschaft.

Ich darf daran erinnern, dass Präsident Juncker mit seiner EU-Kommission zwei zentrale Punkte in seiner Tätigkeit vor hat, nämlich Subsidiaritätsprinzip. Hier so gemeint, dass man eben große Dinge regelt und kleine möglichst nicht mehr regelt und eine bessere Rechtssetzung, das heißt, eine Reduktion der Vorschläge. Auch hier liegen wir deckungsgleich mit der Arbeit des Landtages bzw. mit der Arbeit der Landesregierung. Es ist gut, dass wir uns mit diesem Thema heute sehr zeitnah, nämlich am Nachmittag beschäftigen und ich darf für unsere Fraktion ankündigen, dass wir der Dringlichkeit zustimmen. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten und des Abgeordneten Konrad)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Für die Grünen Frau Kollegin Sieberth. Bitte!

**Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer, Zuhörerinnen auf den Bänken und auch im Internet!

Ich habe bei dem Antrag ein bisschen ein Ja-eh-Gefühl. Einerseits teilen wir die Haltung. Subsidiarität und Nachhaltigkeit sind wichtige Werte und alles, was Verbesserungen in diesen Abläufen schafft, ist willkommen und das vor unserer eigenen Tür kehren, ist eh schon gefallen.

Wo ich aber mit der Kollegin viel teile ist auch der Punkt die EU und Brüssel schaffen die Gesetze und wir armen Bürger müssen es dann irgendwie ausbaden. Das sehe ich nicht so. Ich denke in den Verfahren, die es in der EU gibt, haben wir sozusagen ganz viel Beteiligung aus den Regionen, aus den Nationalstaaten drinnen. Wenn ich mir z.B. den Werdegang dieser Allergenkezeichnungspflicht anschau, dann ist der Mechanismus der, dass die Kommission das Vorschlagsrecht hat. In der Kommission sitzen Menschen aus ganz Europa, die auch mit Experten aus Nationalstaaten in Verbindung sind. Ich habe das selbst mitbekommen, wie ein neues Jugendprogramm erarbeitet worden ist. Da wurde bis hin zur Bundesjugendvertretung in Österreich mit Mitgliedern aus Salzburg diskutiert, wie das ausschauen kann. Also die sind durchaus in enger Verbindung und da gibt es auch die Möglichkeit mitzusprechen.

Der Vorschlag geht dann ins Europäische Parlament. Im Europäischen Parlament sitzen direkt von uns Vertreter, auch aus Österreich, auch von der FPÖ, und dann muss der Vorschlag auch noch vom Rat, also der Rat muss dem zustimmen, der Europäische Rat, und dort sitzen die zuständigen Fachminister, da ist wieder eine österreichische Beteiligung an einer Beschlusswerdung dabei.

Das spannende an dieser Allergenkezeichnungspflicht ist, nur als Beispiel, dass man es ein bisschen durchläuft, die hat ja Vorgänger, sozusagen eine Historie, die eigentlich zurückgeht in eine - das hört sich jetzt skurril an - Entbürokratisierung im Bereich der Le-

Lebensmittelsicherheit, sozusagen für wen entbürokratisiert sich in dem Bereich etwas. Es ging ganz stark um wirtschaftliche Interessen. Es ging darum, dass Lebensmittelbetriebe grenzüberschreitend Handel treiben wollten und konfrontiert waren mit vielen nationalstaatlichen Einzelregelungen im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Für die war es ein großes Interesse, sozusagen einheitliche Regelungen zu haben, um grenzüberschreitend tätig zu sein. Im Bereich des Subsidiaritätsprinzips steht genau bei dieser Allergenverordnung, dass da steht 2003 machte der Lebensmittelhandel einen Umsatz von ca. € 120 Mrd., über 75 % des gesamten Handels aus, die Befragung der Lebensmittelunternehmen ergab, dass 65 % der Unternehmen ihre Produkte in andere Mitgliedsstaaten ausführen, 60 % der Befragten sprachen sich für eine europarechtliche Harmonisierung des allgemeinen Lebensmittelkennzeichnungsrechtes aus.

Also sozusagen da gab es durchaus starke Interessen, das europaweit auch unter dem Titel Subsidiarität zu vereinheitlichen. Da muss man sich dann eben anschauen, für welche Interessen werden diese Richtlinien dann gestaltet, ...

**(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Das Geld!)**

... aber sozusagen mitreden tun alle, auch wir aus Österreich. Das heißt wenn wir einen Paradigmenwechsel brauchen, brauchen wir in allgemein und da geht es genau um das Thema Ortskernbelebung genauso rein, welche Art von Wirtschaft wollen wir. Für die Wirtschaft, die wir jetzt gerade umsetzen, die folgt diesen Dingen, die auch in dieser Kennzeichnungsrichtlinie sich niederschlägt.

Zustimmung gab es in diesem konkreten Fall bei der Allergenkennzeichnungspflicht auch im Europäischen Parlament und ich habe mir dann auch das Abstimmungsverhalten vom FPÖ-Mandatar Mölzer angeschaut damals 2011 und er hat auch zugestimmt. Also sozusagen alle Beteiligten spielen mit, da müssen wir das auch ...

**(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Darum haben sie ihn hinausgeschmissen!)**

... Ich lese vor, wie das Abstimmungsverhalten war, ich glaube nicht, dass er wegen dem rausgeschmissen wurde.

Wir stimmen der Dringlichkeit zu und im Ausschuss würde ich gern analog zur Wortmeldung vom Kollegen Schöchel diskutieren, wie wir auch in Salzburg tiefer in dieser Subsidiaritätskontrolle aktiv sein können. Danke. (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke vielmals. Sonst noch Wortmeldungen? Team Stronach? Nein. Bitte Herr Klubobmann!

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist genau das. Er hat ja Recht, aber, das ist genau das. Es ist alles so schwierig in Österreich. Die Politik ist so etwas Schwieriges. Frau Präsidentin, Du hast Dich mit Deiner Rede sicher abgesichert für die Zukunft nach der Politik, dass Du einen guten Posten kriegst in der EU. Das wird sicher gut sein, aber genau das ist es.

Ich kann mich erinnern. Ich glaube mindestens 50 Brandreden habe ich gehalten hier in diesem Landtag gegen das Ausbringen von gentechnisch verändertem Saatgut. Alle Regierungsparteien haben mir ständig erklärt, lieber Charly Schnell, das geht gar nicht, weil EU-Recht steht da drüber, da haben wir nichts zu sagen. Was ist nach ein paar Jahren herausgekommen? Dass das nicht stimmt, dass das nicht stimmt und dass sehr wohl die Länder das Recht haben, hier selbständig zu entscheiden. Genau das Gleiche, mit einer riesen Gefahr, die auf uns zukommt, das transatlantische Abkommen. Ja, Du willst mich würgen, ich weiß es eh, das kannst Du gerne nachher machen. ...

**(Zwischenruf Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Du vermischt alles!)**

... Das transatlantische Abkommen.

Es hat hier im Landtag einen einstimmigen Beschluss aller Parteien gegeben, aller Parteien, was ja selten ist, aber Gott sei Dank manchmal passiert. Alle Fraktionen haben sich gewehrt gegen das transatlantische Abkommen. Man wird zwar hören, dass hier Leute über etwas verhandeln, wir wissen gar nicht über was sie verhandeln, wo sie verhandeln, wer verhandelt, aber wir wissen um die Gefahr. Nicht eine Zeile. Nicht eine Berichterstattung irgendwo in einem Medium. Nicht einmal. Aber Du musst Theaterspielen in dem Haus, dann kommst vor. Aber wenn Du eine sinnvolle Entscheidung triffst, alle Fraktionen zusammen, dann kommt das nicht vor.

Wo werden wir gehört? Hat es irgendeine Reaktion gegeben aus Brüssel, aus Wien? Dass ein ganzes Land aufsteht, politisch geeint und sagt das wollen wir nicht hinnehmen, weil wir wissen, was hier auf uns zukommt, weil wir wissen, welche Gefahr hier für unsere Betriebe, für unsere Landwirtschaft, für unsere Konsumenten in diesem Bereich herrscht. Nichts. Gar nichts.

Das ist genau das, was die Leute draußen auch sagen. Frau Präsidentin, das interessiert die Menschen draußen nicht, ob das eine Richtlinie oder eine Verordnung ist oder ein Gesetz ist. Sie sagen, das, was hier geschieht, ist einfach Nonsense, ist verrückt, beschäftigt uns, bindet Arbeitskräfte, bindet hier auch wirklich Ressourcen, die wir nicht zur Verfügung haben. Wissen Sie, was wir für ein Problem momentan haben in unseren Betrieben drinnen. Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit in diesem Land seit dem Zweiten Weltkrieg, wir kriegen aber keine Mitarbeiter. Ständig, jede Woche kommt irgendein Zettel herein, wo wir irgendetwas ausfüllen müssen. Jedes Monat kommt irgendjemand, der irgendetwas im Betrieb prüft.

Ich sage nur ein Beispiel. Prüfung Ordination Dr. Schnell. Ich musste bestätigen, ob ich meine Reinigungsfrau darüber informiert habe, was sie tun darf und was sie nicht mehr tun darf, wenn sie schwanger ist. Ich habe dem Prüfer mitgeteilt, das geht leider aus medizinischen Gründen nicht mehr. Meine Reinigungsfrau kann nicht mehr schwanger werden. Das muss ich trotzdem machen, weil es im Gesetz so drinnen steht. Genau das ist diese Einstellung der Politik. Es ist noch so unsinnig, wenn es aus Brüssel kommt. Ja, aber dort haben wir Vertreter sitzen, dort können wir mitreden, um das geht es nicht. Wir müssen Entscheidungen treffen was ist für unsere Betriebe, wie wirkt sich das für unsere Menschen im Land aus und diesen Mut müssen wir haben, weil sonst die Menschen hier sagen wozu haben wir den Landtag noch. Dann schaffen wir ihn ab. Wenn wir nichts mehr mitzureden haben, wenn diese Schlagwörter Subsidiarität und Föderalismus, die wir vor dem Beitritt zur Europäischen Union ständig vor uns hergetragen haben, in Wirklichkeit gar nicht existieren, werden die Menschen in Salzburg fragen und sagen dann schließen wir den Landtag zu, dazu kostet er zu viel Geld. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Danke. Damit sind alle Wortmeldungen erledigt. Ich komme wieder zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrages. Wer mit der Zuerkennung der Dringlichkeit einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Keine Gegenstimme. Damit ist die Dringlichkeit zuerkannt.

Im Einlauf befinden sich 15 Anträge. Der ÖVP-Grüne-Antrag betreffend eine Änderung des Landesbedienstetengehaltsgesetzes enthält einen Gesetzestext. Ich gehe davon aus, dass auf eine Verlesung verzichtet wird. Ich sehe keine Forderung, dass der Antrag verlesen wird. Damit frage ich wer mit der Zuerkennung und Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse einverstanden ist, wiederum ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Keine. Damit sind die Anträge zugewiesen.

**3.2.3 Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landesbediensteten-Gehaltsgesetzes  
(Nr. 163 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. HR Dr. Schöchl)

**3.2.4 Antrag** der Abg. Mag. Scharfetter, Bartel und Obermoser betreffend die finanziellen Auswirkungen der Registrierkassenpflicht für Unternehmer  
(Nr. 164 der Beilagen – Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

**3.2.5 Antrag** der Abg. Bartel, Ing. Sampl und Obermoser betreffend eine Änderung des Ärztegesetzes hinsichtlich des Tätigkeitsprofils der Ausbildungsärzte  
(Nr. 165 der Beilagen – Berichterstatterin: Abg. Bartel)

**3.2.6 Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl, Bartel und Obermoser betreffend ORF-Gebühren  
(Nr. 166 der Beilagen – Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschl)

3.2.7 **Antrag** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf und Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl betreffend die Zweckwidmung von Geldern des European Development Fund für die humanitäre Betreuung von Flüchtlingen in Ländern des Nahen Ostens  
(Nr. 167 der Beilagen - Berichterstatterin: Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf)

3.2.8 **Antrag** der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschl und Mag. Mayer betreffend die gemeinsame Sicherung der Schengen-Außengrenzen in Slowenien  
(Nr. 168 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Mayer)

3.2.9 **Antrag** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Dr.<sup>in</sup> Solarz betreffend Impfungen  
(Nr. 169 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

3.2.10 **Antrag** der Abg. Scheinast und Hofbauer betreffend eine Erhebung der touristischen Wertschöpfung im Land Salzburg  
(Nr. 170 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

3.2.11 **Antrag** der Abg. Scheinast und DI<sup>in</sup> Lindner betreffend den Einfluss der geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA auf die Landesgesetzgebung  
(Nr. 171 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

3.2.12 **Antrag** der Abg. Fuchs und Mag.<sup>a</sup> Sieberth betreffend Plastikverpackungen  
(Nr. 172 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

3.2.13 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Einführung einer 80 km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung ausschließlich für Lastkraftfahrzeuge auf der Westautobahn zwischen Salzburg Nord und dem Knoten Salzburg  
(Nr. 173 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Wiedermann)

3.2.14 **Antrag** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Erhöhung des Schonvermögens  
(Nr. 174 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Rothenwänder)

3.2.15 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser betreffend die Vereinbarkeit von Sport, Beruf und Wirtschaft  
(Nr. 175 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Steiner-Wieser)

3.2.16 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser betreffend den verpflichtenden Einbau von Freisprechanlagen in mehrspurige KFZ bei Neuzulassung ab 1. Jänner 2018  
(Nr. 176 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Naderer)

3.2.17 **Antrag** der Abg. Klubobmann Naderer und Fürhapter betreffend eine sofortige Rücknahme der Ausnahme von den Lenk- und Ruhezeiten für Flüchtlingstransporte (Nr. 177 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Naderer)

### 3.3 **schriftliche Anfragen**

Außerdem sind insgesamt **26 schriftliche Anfragen** eingegangen.

3.3.1 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend Gitzentunnel  
(Nr. 74-ANF der Beilagen)

3.3.2 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landesrat Mayr betreffend Gitzentunnel  
(Nr. 75-ANF der Beilagen)

3.3.3 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend den Notfallplan für die Unterbringung von Asylwerbern und Flüchtlingen  
(Nr. 76-ANF der Beilagen)

3.3.4 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Neuerrichtung eines Landesdienstleistungszentrums (LDZ)  
(Nr. 77-ANF der Beilagen)

3.3.5 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Vergabe von Freikarten durch das Land  
(Nr. 78-ANF der Beilagen)

3.3.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Kosten für Rechts- und Steuerberatung  
(Nr. 79-ANF der Beilagen)

3.3.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend die Sanierungsmaßnahmen bei der Firma Reststofftechnik Ges.m.b.H in Henndorf  
(Nr. 80-ANF der Beilagen)

3.3.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Dr. Scheilhorn betreffend die Schaffung einer Museumskarte  
(Nr. 81-ANF der Beilagen)

3.3.9 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner, BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Auftragsvergabe bei der Errichtung von Wohnungen mit dem Titel „Wohnen auf Zeit“  
(Nr. 82-ANF der Beilagen)

3.3.10 **Anfrage** der Abg. Brand und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung betreffend der Neuerrichtung und Sanierung von Schulsporthallen bzw. Normturnhallen im Bundesland Salzburg  
(Nr. 83-ANF der Beilagen)

3.3.11 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Anzahl der ambulanten Frequenzen  
(Nr. 84-ANF der Beilagen)

3.3.12 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Tauernkliniken  
(Nr. 85-ANF der Beilagen)

3.3.13 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Fürhapter an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend islamische Kinderbetreuungseinrichtungen im Bundesland Salzburg  
(Nr. 86-ANF der Beilagen)

3.3.14 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. November 2015  
(Nr. 87-ANF der Beilagen)

3.3.15 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Salzburger Landesregierung betreffend Gehaltserhöhungen der ÄrztInnen in den SALK - Landeshaushalt 2016  
(Nr. 88-ANF der Beilagen)

3.3.16 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung betreffend das Glücksspiel und seine Folgen  
(Nr. 89-ANF der Beilagen)

3.3.17 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer und Fürhapter an die Landesregierung betreffend Pensionskürzungen von ehemaligen hohen Beamten und Politikern  
(Nr. 90-ANF der Beilagen)

3.3.18 **Anfrage** der Abg. Scheinast und Fuchs an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend die Salzburger Bergrettung  
(Nr. 91-ANF der Beilagen)

3.3.19 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser an Landeshauptmann Haslauer betreffend islamische Schulen im Bundesland Salzburg  
(Nr. 92-ANF der Beilagen)

3.3.20 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend eine Nicht-Aufhebung des Bebauungsplanes des Dr. Franz Rehrl-Platzes  
(Nr. 93-ANF der Beilagen)

3.3.21 **Anfrage** der Abg. HR Dr. SchöchI, Mag. Mayer und Bartel an Landesrat Mayr betreffend den aktuellen Stand des Projekts Euregio-Bahn  
(Nr. 94-ANF der Beilagen)

3.3.22 **Anfrage** der Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl und DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Mobilität älterer Menschen  
(Nr. 95-ANF der Beilagen)

3.3.23 **Anfrage** der Abg. Hofbauer und DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend die Werbung auf Bussen im Land Salzburg  
(Nr. 96-ANF der Beilagen)

3.3.24 **Anfrage** der Abg. Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf, Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Jöbstl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA betreffend unbegleitete Minderjährige in Salzburg  
(Nr. 97-ANF der Beilagen)

3.3.25 **Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzender Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend Folgen der Suspendierungen im Landesdienst  
(Nr. 98-ANF der Beilagen)

3.3.26 **Anfrage** der Abg. Fuchs und Scheinast an Landesrat DI Dr. Schwaiger betreffend die Photovoltaik-Speicher-Förderung  
(Nr. 99-ANF der Beilagen)

#### 3.4 **Berichte des Rechnungshofes, des Landesrechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

Der Rechnungshof hat zwei Berichte übermittelt. Die **Petition** betreffend einem Lärm-schutz-tunnel in Radstadt wurde dem Petitionsausschuss zugewiesen.

3.4.1 **Bericht** des Rechnungshofes betreffend Alpine Ski WM 2013, Investitionen und Stiftung Österreichisches Institut für Schul- und Sportstättenbau einschließlich „ÖISS“-Datensysteme Gesellschaft m.b.H.

### 3.4.2 Bericht des Rechnungshofes betreffend Schutz- und Bannwälder in Salzburg, Tirol und Vorarlberg; Betriebliche Umweltförderungen des Bundes und der Länder

Damit haben ist der Einlauf erledigt und ich rufe nunmehr auf

#### **Punkt 4: Aktuelle Stunde**

In der Präsidialkonferenz wurde der Themenvorschlag des Freiheitlichen Klubs „70 Jahre Salzburger Landtag - sind Subsidiarität und Föderalismus nur Schlagwörter?“ als heutiges Thema festgelegt. Es wurde vereinbart, dass nach dem Redner des Freiheitlichen Klubs in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ - Grüne und Team Stronach mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten aufgerufen wird. Eine zweite Runde wird in der Reihenfolge ÖVP - SPÖ - Grüne - FPÖ - Team Stronach aufgerufen. Wir werden es wie üblich handhaben, dass nach rund vier Minuten angeläutet und nach fünf Minuten abgeläutet wird.

Damit erteile ich jetzt das Wort Herrn Klubobmann Schnell für den Freiheitlichen Klub und kündige gleich an, dass wir nachdem die Zweite Präsidentin für die SPÖ das Wort ergriffen hat, wir einen Vorsitzwechsel vornehmen werden. Danke.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Danke Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Aktuelle Stunde ist ja nur eine Diskussionsstunde. Das für die Zuhörer. Deswegen haben wir auch in dieser Frage einen dringlichen Antrag gestellt, dass also nicht nur wir über Probleme reden, sondern diese Dinge auch umsetzen.

Eigentlich 70 Jahre Konstitution des Salzburger Landtages müssten wir uns wirklich sehr freuen. Wir haben Monarchie, Diktatur hinter uns gebracht. Das ist etwas zu feiern. Wir haben auch - um Winston Churchill zu zitieren - die Demokratie, die schlechteste aller Regierungsformen ist, weil es keine bessere gibt, mit all seinen Nachteilen. Wie wir jetzt auch in der Diskussion gesehen haben, ist es doch ein Tag zum Feiern. Warum ist aber niemandem zum Feiern zumute? Es war keine schlechte Idee, diese Feier oder diesen Gedenktag in das Landestheater zu verlegen, auch wenn dann ein Abgeordneter geglaubt hat, er muss das Theater in der Regierungssitzung fortsetzen und dort Theater spielen.

Das Problem ist, liebe Freunde, welchen Selbstwert geben wir uns, dem Landtag, den Landtagsabgeordneten. Haben wir etwas zu sagen, haben wir etwas zu bestimmen? Können wir für die Menschen auch etwas regeln, etwas in Gang bringen? Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Deswegen auch heute dieser dringliche Antrag. Das Problem ist, dass wir mit dem Beitritt zur Europäischen Union sehr viel an Gesetzesbestimmungen und an Politik abgegeben haben. Das ist das große Problem.

Wenn wir uns zurückerinnern, hat man uns versprochen wir dürfen mitreden, wir müssen da hinein, um unserer Stimme Geltung zu verschaffen. Der Ederer-Tausender, wenn ich nur erinnern darf. Lungau wird aufleben, Ziel-1-Gebiet, Förderungen. Wir werden keine Arbeitslosen mehr haben. Der Arbeitsmarkt wird belebt. Die Europäische Union und die Globalisierung wird Segen und Glück über dieses Land bringen.

Wenn wir uns jetzt anschauen, liebe Freunde, dann muss ich ehrlich sagen als ein Politiker, der immer diese Europäische Union mit Skepsis betrachtet hat, ein Gegner war, war der einzige Punkt für mich, dass ich mir gesagt habe wenn diese Europäische Union kommt, dann ist das wenigstens ein Friedensprojekt. Nie wieder Krieg in Europa nach zwei schrecklichen Weltkriegen. Was haben wir jetzt? Jetzt buhlt man in der ganzen Welt, dass die europäischen Länder an einem Krieg teilnehmen.

Wir haben heute gelesen, dass auch in Salzburg zwei Personen festgenommen wurden, die mit den Terroristen in Paris in Verbindung standen. Was ist geworden aus den Versprechungen dieser Europäischen Union? Und es liegt an uns, nicht alles, was in Brüssel und Wien diktiert wird, zu übernehmen. Durchgriffsrecht. Die Frage ist das wirklich auch gesetzlich erlaubt, dass der Bund über die Gemeinden bestimmt, über die Länder bestimmt was wir zu machen haben. Ist das wirklich so, dass wir alles hinnehmen müssen, ungeprüft von Brüssel, von Wien zu übernehmen haben? Das müssen wir uns wirklich anschauen. Wir haben jetzt die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auf der anderen Seite erfahren wir von den Betrieben, erfahren wir von Leuten, die einen Betrieb ja führen sollen, dass sie keine Mitarbeiter bekommen. Was stimmt hier nicht? Auf der einen Seite haben wir die EU-Erweiterung um die ehemaligen Ostblockländer getätigt, haben dort viel, viel Geld investiert, damit diese Länder im sozialen Standard angeglichen werden und was finden wir wieder. Die Bettler, die hier auf unseren Straßen sitzen. Die EU hat es nicht geschafft, den sozialen Standard zu erhöhen. Nein, man hat die Armut in unser Land gebracht.

Dieses Thema in wenigen Minuten abzuhandeln, haben Sie gesehen, wird sehr schwierig, aber ich werde mich weiter zu Wort melden, um hier auch noch diese Problematik fortzuführen. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Bitte für die ÖVP Frau Klubobfrau Daniela Gutschi. Bitte!

**Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf den Bänken! Hohes Haus!

Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde heißt „70 Jahre Salzburger Landtag - sind Subsidiarität und Föderalismus nur Schlagwörter?“ Der Salzburger Landtag steht bei dieser Aktuellen Stunde im Vordergrund und wir haben am 8. Dezember eben in der bereits erwähnten Festsitzung im Salzburger Landestheater - und ich darf mich für diese sehr gelungene Ver-

anstellung noch bedanken – des Tages gedacht, an dem vor 70 Jahren der Salzburger Landtag zum ersten Mal in der Zweiten Republik, nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der schrecklichen Diktatur wieder zusammengetreten ist. Ein denkwürdiger Tag, an dem das Volk wieder als Souverän des Landes anerkannt worden ist und an dem die Demokratie in unserem Land wieder Einzug gehalten hat.

Der Blick in die Vergangenheit mit großer Demut ist wichtig. Für uns gilt aber in erster Linie aus der Vergangenheit zu lernen. Daher ist für mich der Blick in die Zukunft besonders wichtig.

Viele Bürgerinnen und Bürger – und da gebe ich Dir Recht, Karl – haben das Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer globalisierten Welt. Du erwähnst immer die EU sehr stark. Ich sehe das eigentlich weltweit gesehen, dass wir diese Thematik haben und umso wichtiger aus meiner Sicht ist ein starkes Parlament im Land Salzburg. Wir sind es, die das Ohr bei der Bevölkerung haben müssen. Wir sind diejenigen, die mit den Menschen sprechen. Es ist auch Dein viel verwendetes Wort spricht mit den Leuten. Genau das sollten wir tun.

Ich bin überzeugte Europäerin, ich bin aber auch überzeugte Föderalistin. Salzburg gehört zu den kleinen Bundesländern mit den knapp 540.000 Einwohnern und den rund 7.150 km<sup>2</sup>, das unser Land umfasst, doch allein die Topographie zeigt uns, wie notwendig es ist, dass wir das Ohr bei den Bürgern haben und Bürgerinnen haben, denn die Themen im Lungau sind ganz andere, als die im Zentralraum. Allein wenn wir an die Themen der Mobilität denken, der Arbeitslosigkeit denken, der Wohnungen denken, all das sind Dinge, wo es besonders wichtig ist, föderal zu denken. Wir sind die Vertreter dieser Bevölkerung. Wir haben eine große Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, in Salzburg ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen und nicht mit unnötigen Regulierungen die Menschen zu ärgern.

Föderalismus und Subsidiarität, das sind für mich nicht nur Schlagwörter. Nur dann allerdings, wenn wir sie auch ernst nehmen. Und Hand aufs Herz. Nehmen wir diese Wörter auch als Salzburger Landtag immer ernst. Subsidiarität heißt im wesentlichen Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Entfaltung der Fähigkeiten des Individuums zu stärken. Ich finde wir können in sehr vielen Bereichen auf die Eigenverantwortung der Menschen, die in Salzburg leben, zurückgreifen. Ich bin nicht eine der Personen, die den Menschen vorschreiben will, wie sie zu leben haben. Ich finde wir sollten eher den Weg gehen, indem wir uns das Leben nicht unnötig gegenseitig schwer machen und unsere Gesetze im Sinne einer Entrümpelung auch sehr kritisch durchleuchten. Deregulierung ist ein Thema, das ich schon des Öfteren an dieser Stelle genannt habe und da müssen wir sehr wohl auch vor unserer eigenen Haustüre kehren und da haben wir sehr viel zu tun.

Noch eines. Lassen wir die Menschen doch mitreden. Die Demokratiereform in Richtung direkte Demokratie muss aus meiner Sicht weitergehen. Wir haben in der jüngsten Vergangenheit sehr viele positive Beispiele in diesem Bereich erleben dürfen. Ich erinnere nur an den Bürgerrat zum Thema Integration. Ich glaube das ist ein Weg, wo wir auch beweisen können, dass wir das Ohr beim Bürger haben.

Wir haben wie gesagt eine hohe Verantwortung. Unsere Aufgabe ist es, uns nach den besten Lösungen zu orientieren und uns nicht auf ein ideologisches Hickhack einzulassen oder zurückzuziehen. Das Hohe Haus ist für mich zu wichtig, um es als Bühne für Selbstdarstellung, Aktionismus oder bunte Hüte zu missbrauchen.

Die Welt hat sich verändert. 2015 hat es gezeigt wie kein anderes Jahr und Macht braucht Kontrolle. Dabei geht es nicht nur um die Kontrolle der weltweiten Dinge, der Ereignisse auf EU-Ebene. Wir müssen diese Aufgabe der Kontrolle sehr ernst nehmen. Ich nehme diese Aufgabe der Kontrolle gegenüber der Regierung auch als nicht Oppositionspartei sehr ernst. Daher ein Wunsch auch an die Regierung. Lasst uns als Landtag auch unsere Arbeit gut tun, indem wir auch rechtzeitig entsprechende Regierungsvorlagen uns durchschauen können.

In diesem Sinne ein starkes Parlament. Abgeordnete, die nicht nur im virtuellen Netz und auf Facebook oder auf anderen sozialen Netzen zu finden, sondern direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist es, was das Land Salzburg braucht. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Entschuldigung lieber Cyriak, Du bist noch nicht dran. Bitte Frau Zweite Präsidentin für die SPÖ!

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wieder fahren wir mit diesem Thema fort. Subsidiarität und Föderalismus, die wir schon beim dringlichen Antrag besprochen haben. Charly, Du hast in Deiner Rede, in Deiner ersten Rede angekündigt, Du wirst Dich noch einmal melden, wieder einmal die EU schuldig werden lassen für alles. Du hast dabei ganz vergessen, dass im EU-Vertrag, im Art. 5 die Subsidiarität festgeschrieben ist. Wie gesagt, meine Vorrednerin hat es bereits erwähnt, Subsidiarität heißt Eigenverantwortung. Also nehmen wir diese Eigenverantwortung wahr. Sind Subsidiarität und Föderalismus Schlagwörter? Ist das heute überholt? Das hört sich so an. Nein, überhaupt nicht.

70 Jahre Landtag. In den 70 Jahren hat sich die Welt verändert. Total verändert. Vor 70 Jahren ist es darum gegangen, den Staat aufzubauen, zu schauen dass Strukturen aufgebaut werden, dass man wieder einen Alltag hat, der funktioniert. Heute sind wir mit völlig neuen Voraussetzungen konfrontiert. Ein wachsender Teil staatlicher Aufgaben wird im Zusammenspiel, und das ist auch die Herausforderung, von neuen Ebenen durchgeführt. Also in fast jeder Gesetzgebungsmaterie besteht nun die Kompetenz des Bundes, des Landes und solche auch der EU und sehr oft sogar der EU. Genau das ist es, wo wir unsere Rolle als Landtag finden müssen. Was heißt das jetzt für unseren Landtag? Dass wir uns jene europäischen Kompetenzen aneignen müssen, die erforderlich sind, um im europäischen Wettbewerb auch der Regionen bestehen zu können. Wir müssen sie auch nutzen diese Möglichkeiten.

Es ist heute schon die Subsidiaritätskontrolle gefallen. Wir im Salzburger Landtag sind erst am Beginn, aber werden uns verstärkt darum kümmern. Wir haben damit bereits begonnen. Wir sind, ja ich gebe es zu, auch in einer Lernphase, aber es passiert vermehrt. Aber nicht nur auf europäischer Ebene verlangt es einen neuen Ansatz, auch innerstaatlich bedarf es eines neuen Selbstverständnisses. Was heißt Subsidiarität? Wie gesagt, Eigenverantwortung. Wir müssen Eigenverantwortung innerstaatlich und auch hier im Landtag wahrnehmen, kreativer sein. Wie heute mein Kollege gesagt hat, auch Mut zur Lücke zu haben und Solidarität im Interesse der Weiterentwicklung unseres Landes zeigen. In unserer globalisierten Welt kommen wir auch im Landtag nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, dass unter veränderten Verhältnissen manche Aufgaben, die früher leicht in kleineren Einheiten bewerkstelligt werden konnten und geleistet werden konnten, nur mehr in größeren zu bewältigen sind. Nichtsdestotrotz wird es aber immer Situationen geben, in der die kleineren Einheiten stärker, effizienter und schneller sind. Dabei geht es nicht nur um das Verständnis von Eigenverantwortung auf politischer Ebene, sondern auch um die Selbstverantwortung der Einzelnen im Rahmen der Zivilgesellschaft, die hier zum Tragen kommen.

Ein gutes Beispiel haben wir hier in Salzburg, aber nicht nur in Salzburg, in ganz Österreich, der großartige Einsatz der vielen Helferinnen und Helfer im Zuge der Flüchtlingswelle. Sie haben in Eigenverantwortung Aufgaben übernommen, die den Staat überfordert haben. Ich möchte sagen 70 Jahre Landtag, 70 Jahre Veränderungen in allen Bereichen, neue Ebenen, neue Zuständigkeiten, die Europäisierung bringt zweifellos die Gefahr mit sich, dass Föderalismus und Subsidiarität zurückgedrängt werden. Ja, das ist uns bewusst. Aber sie hat auch für die regionalen Parlamente neue Chancen eröffnet, auf der Bühne jenseits des Nationalstaates mitzuspielen.

Wir müssen diese Chancen nur erst richtig nutzen und hier komme ich dann zum Ende, zu einem Zitat eines amerikanischen Soziologen, der eigentlich in seinem Zitat die ganzen Schwierigkeiten umfasst. Er sagt, "der Nationalstaat wird zunehmend zu klein für die großen Probleme des Lebens und zu groß für die kleinen Probleme des Lebens". So ist es und das ist unsere Herausforderung. Wir müssen unsere Rolle im Landtag finden. Wir müssen es wagen und nicht alles abschieben, wie wir es letzte Woche mit dem Antrag zur politischen Bildung in Schulen gemacht haben, wo wir gesagt haben wir machen nichts, es macht ja sowieso der Bund etwas. Also hier können wir unsere Aufgabe sehr wohl wahrnehmen. Wir müssen es nur tun. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (hat den Vorsitz übernommen): Als Nächster am Wort Kollege Schwaighofer. Bitte!

**Klubobmann Abg. Schwaighofer:** Dankeschön Frau Präsidentin.

Ich möchte, weil es so wunderbar geschlossen hat von der Frau Präsidentin, mit einem Zitat, das ich eigentlich am Ende sagen wollte, beginnen. Der ehemalige Rektor der Universität Innsbruck und kurzzeitige Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle hat einen Beitrag geschrieben über Föderalismus versus Zentralismus einst und heute. Er hat bei den Grie-

chen begonnen, aber er kommt am Ende, ganz am Schluss zu zwei Sätzen, die ich einfach ganz spannend halte, weil sie dort unmittelbar anschließen, wo Du aufgehört hast, er sagt nämlich: Mit der Europäischen Union haben wir einen idealen Rahmen, der sich um die großen Dinge kümmert und die anderen seinen historisch gewachsenen Regionen überlassen sollte. Der dazwischenliegende Nationalstaat ist vor allem wegen seiner durchaus problematischen Genese und Geschichte zugunsten der Regionen auf ein unbedingt nötiges Ausmaß zurückzubauen. Den Bund meint er damit. Finde ich eine interessante Aussage. Man muss sie nicht zu 100 % teilen, aber sie hat etwas.

70 Jahre Salzburger Landtag, ich möchte zwei Anmerkungen nur zum Landtag und zu dem Jubiläum machen. Ich glaube als begeisterter Parlamentarier, dass es uns schon gelungen ist, in den letzten Jahren, letzten 15 Jahren, den Wert des Salzburger Landtages und seine Möglichkeiten in dieser neuen Form einer Mehrheitsregierung trotzdem zu stärken, seine Kompetenzen zu erweitern. Das ist teilweise vor dieser Periode noch passiert, aber vor allem auch ganz stark gerade die Berichtspflichten der Regierung an den Salzburger Landtag wirklich auszuweiten. Ich glaube das ist gelungen, das ist eine Stärkung des Salzburger Landtages und ich glaube auch, und da kann ich ruhig ein Lob, ein immer wiederkehrendes Lob von Meinhard Lukas, dem neuen Rektor der Universität Linz heranziehen, dass der Salzburger Landtag sich den Problemen, die er ortet, sehr engagiert stellt und sehr häufig nach gemeinsamen Lösungen sucht, nach Möglichkeit nach gemeinsamen Lösungen sucht und sehr oft gelingt es uns auch, dass wir spüren, wo kann ein gemeinsamer Weg liegen. Ich verweise auf den Mittwoch vor zwei Wochen, wo wir sieben Tagesordnungspunkte hatten von unterschiedlichsten Parteien und wo wir alle Tagesordnungspunkte einstimmig beschlossen haben.

Jetzt zum Thema, wie es in diesem Aktuellen Stunde Titel drinnen ist: Die Frage der Subsidiarität und des Föderalismus. Auch eine grundsätzliche Bemerkung vorne weg. Ich ärgere mich immer massiv, wenn wir von Wien hören und von den Zentralisten, "es ist ein Wahnsinn, wir nehmen die Steuern ein, wir Wiener, das Finanzministerium, wir nehmen die Steuern ein und dann müssen wir so viel an die Länder abgeben". Da ärgere ich mich immer wieder, wenn das so dargestellt wird als wäre das eine Spende an die Länder oder ein Weitergeben an die Länder, weil Faktum ist ja doch, das wissen ja alle, dass die Wertschöpfung, dass die Steuern nicht im Finanzministerium erarbeitet werden, sondern dass sie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Dörfern, in den Gemeinden, in den Städten und in den Regionen erarbeitet werden und wir sozusagen nur etwas zur Aufteilung nach Wien geben und es dann hoffentlich zurückbekommen.

Da bin ich schon bei einem weiteren Punkt. Ich sage ganz ehrlich, ich wünsche mir mehr Möglichkeiten, mehr Gestaltungsmöglichkeiten in den Regionen, weil ich glaube es ist ein absoluter Trend der Zeit, als Gegenbewegung zu dieser Globalisierung, die wir haben, dass wir in menschnäheren Räumen mehr Möglichkeiten zur Gestaltung haben. Da ist es nicht uninteressant sich einmal anzuschauen, was sagt denn Subsidiarität. Heißt natürlich möglichst selbstverantwortlich handeln, aber in diesem Art. 5 ist es ja so beschrieben, die nächsthöhere Instanz, und da brauche ich jetzt gar nicht die EU nehmen, da nehme ich

einfach den Bundesstaat, sollte nur dann tätig werden, wenn er eine Maßnahme effizienter umsetzen kann oder wenn sie einen Mehrwert bringt.

Ich frage mich bei vielen Dingen, ich nehme nur den Bildungsbereich her, ob wirklich österreichweite zentrale Regelungen effizienter sind und ob sie uns einen Mehrwert bringen. Ich glaube das nicht. Ich kann mich auch fragen bei der Gesundheitspolitik. Ist es effizienter, bringt es einen Mehrwert, wenn die Spitalskonstruktionen zentral entschieden werden und nicht in den Ländern entschieden werden? Ich bin mir auch nicht sicher, ob die Frage des Wohnbaus, des Wohnens wirklich eine ist, die zentral effizienter geregelt werden kann und mit einem Mehrwert geregelt werden kann im Verhältnis zu einer subsidiären Regelung, wo wir selber wissen, was brauchen wir in Salzburg, was ist für uns günstig. Ob es nicht viel klüger wäre, die Mittel anders zu verteilen und dort entscheiden zu lassen, wo man wesentlich näher bei den Menschen ist.

Ich nehme auch den Bereich der Arbeit noch herein und auch da bin ich mir nicht sicher, ob es nicht besser wäre, die regionalen Gestaltungsmöglichkeiten auszubauen, zulasten der zentralen, des Bundes. Das war ein Plädoyer jetzt für die Region, für den Salzburger Landtag und für Regionalität und Föderalismus. Dankeschön. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten sowie des Abgeordneten Konrad)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Als nächstes am Wort Team Stronach Klubobmann Naderer.

**Klubobmann Abg. Naderer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätztes Hohes Haus!

Vielleicht zum Prozedere wie kommt man zu einer Aktuellen Stunde hier. Das ist so, dass die Landtagsparteien bis Montag 12:00 Uhr bei der Landtagsdirektion abgeben müssen, welches Thema für heute vorgeschlagen wird. Natürlich hätten wir schon gewusst, dass die 380-kV-Leitung nachmittags in einer Pressekonferenz bekanntgegeben wird, dieses Thema gewählt, denn dieses Thema wäre im Land Salzburg für die Bürger, für die betroffenen, für die Gemeinden wesentlich aktueller als wie das jetzt gewählte, wozu ja schon ein Festakt im Landestheater abgehalten wurde. Aber wie immer. Ich will das nur zur Erklärung sagen, warum die wichtigsten Sachen oder das momentan wichtigste Thema nicht auf der Tagesordnung steht, es ist eine Geschäftsordnungsproblematik und keine Absicht von unserer Seite. Das Thema wäre selbstverständlich vorgeschlagen worden, schauen wir, wie es beim nächsten Mal ausschaut, ob wir es dann vielleicht diskutieren können, weil ich glaube, da gibt es sehr viel Gesprächsbedarf, wenn es über 100 Kilometer Monstermasten gibt, die nicht nur das Landschaftsbild beeinträchtigen, aber auch für den Tourismus keinen Vorteil bringen.

Föderalismus und Subsidiarität sind eigentlich zwei Schlagworte, die sich gegenseitig ausschließen. Im Föderalismus geht man davon aus, es wird nur so viel Macht und Selbstbestimmung an untergeordnete Einheiten abgegeben, wie es denn dem großen Gemeinsamen

nicht schadet. Gegensätzlich wieder die Subsidiarität. Nur das, was von der nächstgrößeren übergeordneten Einheit übernommen werden darf, was die kleine Einheit nicht schafft.

Dann sind wir bei den Kompetenzen. Was schaffen die kleinen Einheiten und was nicht? Es wird immer wieder davon gesprochen, dass der Landtag hier zu wenig Kompetenzen hat. Das ist natürlich eine Gefahr, wenn wir sagen wir brauchen noch viel mehr Kompetenzen. Es gibt jetzt neun verschiedene Bauordnungen. Es heißt jeder Bauunternehmer braucht für seine Ziegel oder was immer er produziert neun verschiedene Zulassungsverfahren in Österreich, nur um seine Ziegel allein in der Republik Österreich verkaufen zu können. Es gibt neun verschiedene Jugendschutzgesetze, neun verschiedene Forstgesetze, usw. usf. Eine ganze Menge.

Es zieht eine hohe Bürokratisierung und Fachspezialisierung für die Leute, die damit arbeiten müssen, natürlich nach sich. Wenn wir weniger Kompetenzen hätten oder sagen der Landtag bräuchte weniger, dann ist die Frage was entscheidet der Landtag dann noch. Also es ist wirklich wichtig hier ein ausgewogenes System zu haben und ich denke schon, dass es sehr wichtig wäre, für die Landtage und für die Landesregierung, dass wir auch eine gewisse Steuerhoheit haben. Jede kleinste Gemeinde hat die Möglichkeit, eigene Gebühren und Abgaben einzuhoben, sie jährlich bei den Budgetberatungen festzulegen nur die Länder, die neun Bundesländer, die neun Gebietskörperschaften der Länder haben diese Möglichkeit nicht. Ich denke man würde auch dann ein ganz anderes Bild in der Bevölkerung vermitteln als jetzt, dass wir - der Cyriak Schwaighofer hat das richtig angeschnitten - den Eindruck erwecken, wir würden hier Geld verteilen, das wir nicht selber einnehmen.

Wenn wir beim Geld verteilen sind: Salzburg liefert pro Einwohner im Jahr in etwa € 10.000,-- an Steuererträgen ab. Vom Baby bis zum Greis. Das heißt pro Person werden € 10.000,-- nach Wien abgeführt an Steuermitteln. Was kommt zurück aus Wien? Sage und schreibe 26 %, sprich € 2.600,--. Der Rest versinkt in Wien in U-Bahnbauten, in den Straßenbauten, sonstigen Protzbauten der Republik, nur hier in Salzburg, wo man höchste Zeit hätte, die Verkehrsproblematik, die Stadtregionalbahn usw. finanziell umsetzen zu können, wäre es wichtig, die Gelder auch von Wien wieder zurückzubekommen und da sind wir schon wieder bei dem, was ich vorher gesagt habe, wir brauchen jemanden, der auch in Wien auch entsprechendes Gewicht hat, um diese Gelder für Salzburg zu lukrieren.

Aber wir müssen auch ein bisschen vor der eigenen Tür kehren. Ich glaube es ist nicht alles nach Brüssel zu schieben was schlecht ist, es ist nicht alles nach Wien zu schieben was schlecht ist, wir haben auch selber eine sehr hohe Überreglementierung in unseren Landesgesetzen. Ich bin froh, dass es die Kommission jetzt gegeben hat, die 200 Vorschläge erarbeitet hat, um die Gesetze im Land Salzburg zu deregulieren und ein Beispiel z.B., was unsere Gesetze ausmachen, die Überreglementierung.

Da gibt es einen Leitbetrieb im Land Salzburg, der baut einen Parkplatz oder will einen Parkplatz bauen für 1.000 Fahrzeuge, hat Planungskosten von € 48.000,-- dafür. Was glaubt Ihr hat das UVP-Verfahren, das Umweltverträglichkeitsverfahren gekostet? Knapp

€ 500.000,--. Das muss man sich vorstellen. Das Zehnfache der Planungskosten kostet so ein UVP-Verfahren. Da frage ich mich jetzt, ob die Verhältnismäßigkeit in diesem Sinne gegeben ist, da frage ich mich, ob man in der Form mit dieser strengen Naturschutzgesetzgebung, die wir jetzt haben, auch noch den Luxus eines Umweltanwaltes brauchen, ob sich nicht die Zeiten geändert haben seit damals, seit Eberhard Stüber als Landesumweltanwalt eingeführt worden ist, ob wir in Zukunft nicht einfach diese Hürde herausnehmen und für die Bürger und für die Betriebe einfachere und leichtere Möglichkeiten schafft, ihre Projekte umzusetzen. Wie gesagt das Zehnfache der Planungskosten kostet die UVP. Das bitte mit drei Rufzeichen. (Beifall der TSS-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Als Nächste am Wort ist die Präsidentin Pallauf. Wir gehen in die zweite Runde.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum und auch diejenigen, die über Live-Stream unsere Sitzung verfolgen!

Die Aktuelle Stunde „70 Jahre Landtag“, wie wohl wir wissen, dass wir schon seit 154 Jahren Landtagssitzungen haben, nämlich seit 1861. Warum nun 70 Jahre Landtag? Weil es dieser Tag war, der 12. Dezember 1945, nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Am 25. November erstmals wieder freie Wahlen auch im Land Salzburg waren und ein Landtag sich gefunden hat und sich hier zusammengefunden hat. Das ist nicht nur ein Schauen auf sich selbst. Dieses 70-Jahr-Gedenken, sondern es ist ein Erinnern an 70 Jahre Frieden. Das ist eigentlich der Grund und der Anlass dieses Festaktes und warum auch wir hier in der Aktuellen Stunde noch einmal darüber diskutieren. Das Verhältnis des Landtages, die Positionierung, die Wichtigkeit, warum braucht es denn uns als Landtag, welche Möglichkeiten und Räume haben wir, um direkt in den Regionen zu arbeiten?

Wir sind jenes Gremium und wurden gewählt dazu, Politik zu gestalten, auch in Zukunft zu gestalten. Wir haben unseren Föderalismus in unserer Bundesverfassung verankert. Gott sei Dank. Denn das gibt uns die Möglichkeit, die Lebensrealitäten auch in den Ländern, in den Regionen politisch umzusetzen. Das Herzstück unserer Autonomie sind wir, der Landtag. Wir machen für bestimmte Bereiche eigene gesetzliche Rahmenbedingungen. Wir haben ein Budget, über das wir bestimmen können und so auch Dinge realisieren können, die nicht überall gleich sind, die Lebensrealitäten der Menschen hier in Salzburg abbilden können. Da müssen wir auch selbstbewusst uns immer wieder zu Wort melden, wir haben auch im Zusammenhang mit unserem Nationalstaat, aber auch der EU unseren Rahmen unserer Einsatzmöglichkeiten, auch das haben wir fest verankert in unserer Bundesverfassung. Der Art. 23 f und g in der Bundesverfassung.

In der Landesverfassung haben wir die Mitwirkungsrechte in der Europäischen Union in dem Art. 50a folgendermaßen festgelegt. Ja wir feiern auch diese 70 Jahre Demokratie und demokratische Verfasstheit unseres Landes. Da sind wir aufgerufen, wir im Landtag, auch hier Stellung zu nehmen, nicht in das Lamento einzustimmen und immer auf die nächste Ebene zu

schimpfen. Wir haben Forderungen, die müssen wir auch im Bund anmelden und durchsetzen. Daher sind auch manche belächelnde Briefträgeranträge wichtig, weil wir auch hier unsere Möglichkeiten ausnutzen, Forderungen zu deponieren und immer wieder in Verhandlungen umzusetzen.

So ist es auch mit der EU. Föderalismus ist vereinbar mit der Europäischen Union. Er passt sogar sehr gut. Denn schauen wir zurück. Die Gründerväter hatten ein regionales Europa vor Augen. Es war die Ansage ein Kampf gegen diesen überhobenen Nationalismus. Deswegen gibt es die Europäische Union. Wir sind gefragt, Subsidiarität zu kontrollieren. Wir sind gefragt, auch mit den anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Oberösterreich wurde schon genannt. Man muss aber auch sagen, dass wir auch dann unsere Ansprüche und unsere Forderungen erheben müssen, wenn es darum geht, dass wir auch Ressourcen brauchen, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Auch in diesen europäischen Themen. Da dürfen wir auch nicht sagen wir haben ja keine Kapazität. Wir müssen sie schaffen, nicht nur Grünbücher, nicht nur Weißbücher, Mitteilungen, die Kooperation mit den anderen Bundesländern ist zu schließen, vor allem haben wir ja hier auch die Möglichkeit, auch den Bund an die Stellungnahme der Länder zu binden. Es ist uns an uns, es mit Leben zu erfüllen und da lade ich alle ein. So wie wir Bürgerbeteiligung gemeinsam und gut beraten haben, näher zum Bürger hin wollten, mit Bürgerräten, mit der Enquetekommission, das auch in Sachen EU gemeinsam zu tun. Stellen wir uns gemeinsam der Aufgabe, nehmen wir uns auch gemeinsam alle dem Thema Europa vermehrt an. Danke. (Beifall der ÖVP-, Grünen- und TSS-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Als Nächster am Wort ist der Herr Klubvorsitzende Walter Steidl.

**Klubvorsitzender Abg. Steidl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn es um das Thema Föderalismus und Subsidiarität in der politischen Debatte geht, geht es dabei auch immer wieder um die Prüfung und um die Überprüfung der einmal getroffenen und entschiedenen Spielregeln unseres gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenlebens. Das Fundament einer Demokratie ist nicht die Existenz einer Regierung. Das Fundament der Demokratie ist und bleibt das Parlament, sowohl im Verfassungsbogen als auch in der politischen Realität. Zu einer starken und gut verankerten Rolle des Parlaments gehört das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die inhaltliche genauso wie in die sachliche Kompetenz der Abgeordneten und dem erkennbaren Einsatz für gerechte Entscheidungen und Entwicklungen auf der gerechten und sozialen Ebene in Balance. Dazu braucht es auch gute und moderne Arbeitsbedingungen.

Ehrlich gesagt unsere Arbeitsbedingungen hier im Salzburger Landtag für die 36 Abgeordneten sind mehr als bescheiden. Sie sind stark verbesserungswürdig und jeder Verzicht auf eine Verbesserung stärkt nicht, sondern schwächt unser Selbstbewusstsein. Auf alle Fälle braucht ein Parlament als Kontrolle der Regierung im Wechselspiel zwischen Föderalismus

und Subsidiarität selbständige und unabhängige Kompetenzen in rechtlichen und finanziellen Beratungen. Wir haben im Dezember 2013 dazu auch einen Antrag eingebracht als SPÖ, der einstimmig von allen 36 Abgeordneten in diesem Hause auch beschlossen wurde, nämlich einen Legislativ-Verfassungsdienst, aber insbesondere einen Budgetdienst einzurichten und wir sind ehrlich gesagt im Bemühen der Umsetzung ein bisschen schaumgebremst unterwegs, weil die Regierung immer wieder so viel Unterstützung braucht im Entstehen der Gesetze und vielleicht so ein bisschen auch ein Dorn im Auge der Regierung ist, wenn mit diesen zusätzlichen Instrumenten auf der Ebene des Landtages unter Umständen der Landtag doch auf Augenhöhe der Regierung zu kommen scheint.

Veränderungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren in den letzten 70 Jahren immer wieder aufs Neue eine Herausforderung für die Mitglieder dieses Hohen Hauses und die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und der Bürger dabei war immer, die Veränderungen dem Prinzip der Gerechtigkeit folgen zu müssen. Gerechtigkeit ist aktuell ein wichtiges und großes Thema. Gerechtigkeit ist nach meinem persönlichen Empfinden aktuell eines der wichtigsten Themen überhaupt in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs, Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 noch immer nicht überwunden, und zusätzlich bestimmt durch die momentane Flüchtlingskrise. Viele Bürgerinnen sehen die Gerechtigkeit in ihren Lebensverhältnissen und ihren Entwicklungschancen bedroht und wir haben als regionales Parlament im Zusammenspiel zwischen den föderalen und subsidiären Prinzipien unseren Teil der Verantwortung wahrzunehmen und so der Erwartungshaltung der Bürgerinnen gerecht zu werden. Tun wir das nicht, werden wir nicht nur Sympathie, sondern auch Vertrauen verlieren.

Wenn es um die Erfüllung von Erwartungshaltungen geht, dann soll der politisch inhaltliche Streit nicht verteufelt werden, wie das in der jüngsten Vergangenheit hier im Hohen Hause mehrmals passiert ist. Ich bin der tiefen Überzeugung, der politische Streit als Teil politischer Kultur zur Veränderung ist im Ringen um die beste Lösung unverzichtbar. Diffamierungen, Beleidigungen und Streit wegen persönlicher Eitelkeiten und Empfindlichkeiten wer wo was sein darf, mögen in Zukunft dieses Hohe Haus verschonen.

Ein Hut macht noch lange nicht und taugt noch lange nicht für eine gute Politik. Die Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen unser Land, unsere Republik, die Europäische Union stehen, setzt gerade angesichts vielfältiger weitreichender und oft entscheidender Veränderungen von vertrauten und gewohnten Lebensbedingungen setzt eines voraus. Vertrauen und Integrität in die politischen Institutionen und in die politischen Akteurinnen und Akteure. In den 70 Jahren seit 1945 wurde unsere Demokratie getragen durch das immer wieder aufs Neue erarbeitete gegenseitige Vertrauen gestärkt und durch eine solidarische marktwirtschaftliche Ordnung gefestigt. Ich wurde so wie alle hier nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, damit meine ich die Abgeordneten, und ich habe in meinen persönlichen Lebensbedingungen von jenen Frauen und Männern profitiert, die in diesem gegenseitigen Vertrauen vor 70 Jahren an der Wiege dieser Republik, an der Wiege dieses Landes gestanden sind und diese Solidargesellschaft und diese Wertegemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben.

Ich möchte daher heute die Gelegenheit nutzen, um meinen ausdrücklichen Respekt gegenüber der Gründergeneration zum Ausdruck bringen, die unter bescheidenen Bedingungen das Fundament für das gelegt haben, was viele für heute als ganz selbstverständlich erachten. Was können wir aus diesen 70 Jahren und den aktuellen Entwicklungen wie Finanzkrise, Arbeitslosigkeit, Flüchtlingskrise und Klimawandel lernen? Ich bin schon am Schlusssatz, Frau Präsidentin.

Vielleicht sollten wir in unseren politischen Ankündigungen etwas bescheidener, dafür als regionales Parlament selbstbewusster im Fordern von Kompetenzen im föderalen Wechselspiel zwischen Bund und Ländern sein. Was meine ich damit? Vielleicht auch die Steuerhoheit und die Finanzentflechtung endlich anzugehen, anspruchsvoller in unseren Zielen zu sein und mutiger in unseren Entscheidungen zu werden, vielleicht da und dort als Parlamente regional, national, aber auch auf der europäischen Ebene gegenüber den Exekutiven ein bisschen mehr Ungehorsam an den Tag zu legen. Das ist das, was ich mir wünsche. (Beifall der SPÖ-Abgeordneten und des Abgeordneten Konrad)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Deine Überziehung mit einer Minute 20, die den anderen wieder abgeht. Ich ersuche wirklich um bestmögliche Einhaltung der fünf Minuten. Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Hofbauer.

**Abg. Hofbauer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte meine Rede unter das Motto Betroffene zu Beteiligten machen, das ja an diesen Ausspruch von Robert Jung anknüpft. Ich möchte mich inhaltlich auch etwas orientieren an den Reden von Cyriak Schwaighofer und Daniela Gutschi.

Es wurde schon leicht gestreift das Wort Subsidiarität. Woher kommt es? Was bedeutet es? Es kommt vom lateinischen Subsidium, "Hilfe, Reserve" in der Bedeutung und folgt der Maxime der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung. Politisch heißt das, die jeweils größere Einheit soll nur dann entscheiden, wenn dazu die kleinere nicht in der Lage ist. Übersetzt könnte man sagen, Entscheidungen sollen möglichst nahe bei den Betroffenen getroffen werden und die Betroffenen möglichst beteiligt werden.

Die Frage ist, brauchen wir unter dieser Prämisse einen Landtag in Salzburg oder in den Bundesländern? Die Forderung nach Abschaffung der Landtage kommt immer wieder. Die kam von Grünen, die wurde letzte Woche vom Chef der Neos erneuert und es wird wieder diskutiert, ist das denn noch zeitgemäß? Ist das zielführend? Ist das sinnvoll? Die Frage ist, was wäre denn die Alternative? Schaffen wir die Landtage ab, wohin verlagern wir dann diese Entscheidungen, diese Debatten? Verlagern wir sie dann Richtung der Gemeinden? Ich glaube das wäre wahrscheinlich nicht der Fall, viel eher würden sie wahrscheinlich auf Bundesebene verlagert und da glaube ich kann man schon mit einiger Berechtigung die Frage stellen, ob das dann näher bei den Menschen, näher bei der Bevölkerung ist. Ich wage das zu bezweifeln.

Was sollten wir also tun, um unsere Rolle, um unsere Relevanz als Landtag, als Gesetzgebungskörper zu behalten? Ich glaube es sind zwei Dinge, die dafür ganz zentral und wesentlich sind. Erstens es muss der Fokus auf unsere Zuständigkeit gewahrt bleiben und zweitens wir müssen mehr Beteiligung schaffen. Zum ersten Punkt möchte ich sagen ich bin der Überzeugung, dass der Landtag nicht das Postamt für Briefe an die Bundesregierung ist. Wir reden oft sehr gerne und sehr lange und sehr ausführlich über Gott und die Welt und wir haben manchmal zu wenig Zeit, tatsächlich über die Dinge zu reden, die wir regeln können. Ich weiß, das muss man auch selbstkritisch sehen. Es ist hin und wieder sinnvoll, auch über bundesweite Themen zu reden, aber nicht in einer Exzessivität, wie wir es hier oft betrieben.

Es ist auch wichtig, und das wurde angesprochen, setzen wir uns dafür ein, den Kompetenzdschungel zu lichten, Finanzströme zu entflechten. Der neue Finanzausgleich ist vielleicht eine Gelegenheit dazu, Kompetenzen zu klären und einfach zu gestalten.

Der zweite Punkt, den ich vorher angesprochen habe, ist Beteiligung zu schaffen. Ich glaube wir haben erste Schritte in diese Richtung getan. Es gab eine Enquetekommission, die sich genau mit diesem Thema befasst hat. Wir werden hier noch konkret initiativ werden und Beschlüsse dazu fassen und weitere Schritte gehen. Es wurde ein Bürgerinnenrat abgehalten und das soll nicht der letzte gewesen sein. Dazu haben sich schon alle Landtagsparteien bekannt. Wir wollen dieses Instrument regelmäßig einsetzen und es wurde von Regierungsmitgliedern mittlerweile auch schon zweimal eingesetzt. Ich denke das ist ein ganz, ganz wichtiges Instrument, um Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen.

Wir haben einen Unterausschuss zum Thema Kinderbetreuung gemacht, wo wir mit ganz vielen Beteiligten, mit ganz vielen Stakeholdern auf Augenhöhe diskutiert haben. Auch solche Instrumente sollten wir, glaube ich, intensiver anwenden und um genau über diese Themen, wo wir Gesetze, wo wir Regelungen machen können, intensiv um die besten Lösungen zu ringen.

Ich glaube wir müssen insgesamt auch neue Formate entwickeln. Wir haben angedacht im Rahmen der Enquetekommission gemeinsame Sprechstunden zu machen, gemeinsam auch mit verschiedenen Abgeordneten verschiedener Parteien raus ins Land zu fahren, zur Bevölkerung zu gehen und dort Debatten zu führen. Ich denke das sind gute Ansätze, gute Ideen und die müssen wir weiter vorantreiben. Das ist unsere Aufgabe und damit behalten wir auch die Relevanz in einem föderalen Gefüge. Damit sind wir die Scharnierfunktion zur Bevölkerung vor Ort in den Regionen und damit laufen wir auch nicht Gefahr, die Kompetenzen in die Bundeshauptstadt abzugeben, wo sie dann tatsächlich nicht ganz nahe an der Bevölkerung wahrgenommen werden. In diesem Sinne appelliere ich, machen wir die Betroffenen zu Beteiligten! Vielen Dank! (Beifall der ÖVP- und Grünen-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Als Nächster am Wort Herr Klubvorsitzender Schnell.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Hohes Haus!**

Der Sheriff von Nottingham, ah von Seekirchen hat sich beschwert, dass er heute nicht über die 380-kV-Leitung reden kann. Genau die 380-kV-Leitung ist ein typisches Beispiel dafür, dass die Politik in Salzburg nichts mehr zu sagen hat. Land, Stadt Salzburg, alle Gemeinden, alle Fraktionen haben hier im Hohen Haus bei zig Sitzungen immer bekundet, dass sie gegen die 380-kV-Leitung sind und diese nicht wollen. Trotzdem ist sie gekommen. Soviel zu der Entscheidungskraft, der Herr Kollege Hofbauer hat uns das lateinische Wort erklärt, wenn die unten nicht entscheiden können, entscheiden die oben. Ober sticht Unter.

Aber Herr Helmut Naderer hat nicht dazu gesagt, warum er eigentlich das Thema gar nicht ansprechen will. Weil er bis dato ja in der Regierung gesessen ist und diese Regierung, und das wissen viele in der Bevölkerung nicht, ein Einstimmigkeitsprinzip hat. Das heißt in dieser Regierung werden alle Dinge, die koalitionär abgesprochen werden, einstimmig gefasst. Da hätte er zustimmen müssen. Jetzt, wo er natürlich aus der Regierung ausgeschieden ist, jetzt ist er wieder dagegen. Soviel zur 380-kV-Leitung. Aber die 380-kV-Leitung und das Durchgriffsrecht aus Wien sind zwei typische Beispiele, dass Salzburg, die Politik entmacht wird.

Noch einmal zurück zur EU, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man hat die Neutralität letztendlich, etwas ganz Wichtiges, das wirklich gescheite Politikervorfahren von uns hier eingeführt haben, hat man außer Kraft gesetzt mit der EU-Verfassung, zumindestens abgeschwächt. Schauen wir uns an was jetzt beim Flüchtlingstsunami los ist. Ist ja kein Flüchtlingstsunami. Man hat das Asylgesetz außer Kraft gesetzt und ein Zuwanderungsgesetz daraus gemacht. Das ist ja das Übel an der ganzen Geschichte und niemand wehrt sich, alle stimmen zu, alle halten den Mund und alle schwimmen mit. Genau das ist das Problem. Nein im Gegenteil. In Salzburg hat sogar die Regierung noch eine eigene Integrationscharta beschlossen, wo man das Asylgesetz, wo also genau die rechtlichen Bestimmungen wer hat Asylrecht, was hat auch der Asylberechtigte einzuhalten an Gesetzen, geregelt ist, hat man außer Kraft gesetzt, noch dazu mit der Begründung, die demographische Entwicklung und den Fachkräftemangel zu beseitigen in Salzburg, befürwortet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da frage ich mich schon was ist das für eine Politik, wenn heute, wir wissen, dass 80 % der Zuwanderer, 80 % junge Männer sind. Wie sollen die die niedrige Geburtenrate verbessern? Sind sie Zwitter? Oder sollen wir ihnen unsere Frauen zur Verfügung stellen? Oder wie geht das, liebe Regierung? Genau das ist das, wo man über die Köpfe der Bevölkerung entscheidet. Neutralität abschwächen, Neutralität ...

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc (unterbricht):** Lieber Herr Klubvorsitzender, ich bitte wirklich, also die Wortwahl zu berücksichtigen. Unsere Frauen, Entschuldigung, es ist ein Ordnungsruf.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell** (setzt fort): Frau Präsidentin, genauso steht es im Vertrag und ich lasse mir von Dir das Wort nicht verbieten, das ist so, wenn sie die demographische Entwicklung verbessern wollen, bei 80 % der Männer müssen sie ...

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc** (unterbricht): Ich verbiete Dir das Wort nicht, ich spreche von unseren Frauen. Ich spreche von dieser Wortwahl.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell** (setzt fort): Erklären Sie mir es. Redeverbot gibt es noch keines, Frau Präsidentin im Hohen Haus.

Das wäre es ja. Die, die die Wahrheit sagen, denen verbieten wir noch den Mund, Frau Präsidentin, oder wie geht das? So wird das sicher nicht gehen.

Genauso auch die Zahlungsleistungen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind de facto pleite. Selbst wenn alle Flüchtlinge sich an die Gesetze halten, wenn sie uns dankbar sind, dass sie zu uns kommen durften, wenn sie auch unsere Traditionen wirklich beachten, meine sehr geehrten Damen und Herren, ...

(Zwischenruf Abg. Riezler: Thema verfehlt!)

... wir schaffen es finanziell nicht mehr. Wir schaffen uns ab und das Problem ist ja, dass nicht nur Brüssel und Wien über uns anschaffen mit dem Durchgriffsrecht, das Problem, dass in Wirklichkeit unser Chef der Herr Obama ist. Das ist es ja letztendlich, was uns hier stutzig macht, dass Europa keine eigene Wirtschafts- und politische Macht darstellt, sondern dass wir eigentlich das ganze Problem den Amerikanern zu verdanken haben. Das ist es.

Wenn wir uns nicht selbst auf die Füße stellen, wenn es uns nicht gelingt, hier selbst Politik zu machen, nicht alles aus Wien und Brüssel einfach ungeprüft entgegenzunehmen, dann werden wir mit dieser Europäischen Union untergehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nur wenn wir es schaffen, selbständig auch nicht alles anzunehmen, nur dann werden wir eine Berechtigung als Landtag haben und unsere Bevölkerung vor vielen Dingen beschützen können. Danke. (Beifall der FPÖ-Abgeordneten)

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Klubvorsitzender! Das war keine Unterbindung Deiner Wortmeldung, sondern ich möchte noch einmal darauf aufmerksam ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Tatsache!)

... machen, dass wir hier im Hohen Haus eine Wortwahl haben, die nicht schwer diskriminierend sein darf. ...

(Zwischenruf Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Wen haben wir denn diskriminiert? Die Regierung?)

... Wir werden dann weiter diskutieren, da bin ich mir sicher. Danke vielmals.

Als nächstes am Wort ist das Team Stronach. Verzichtet auf die Wortmeldung. Somit ist der Tagesordnungspunkt vier geschlossen.

Wir kommen zu

### **Punkt 5: Mündliche Anfragen (Fragestunde)**

Eingebracht wurden insgesamt zehn mündliche Anfragen. Nach der Fragestellung hat das befragte Mitglied der Landesregierung fünf Minuten Zeit, eine Antwort zu geben, der Anfragesteller kann dann noch zwei Minuten replizieren.

Ich rufe auf die erste

#### **5.1 Mündliche Anfrage der Abg. Fürhapter an Landesrat Dr. Schellhorn betreffend Kosten und Rahmenbedingungen der „Museumskarte“**

Bitteschön Frau Abgeordnete!

**Abg. Fürhapter:** Danke Frau Präsidentin! Herr Landesrat Schellhorn! Der Salzburger Museumsverein ist mit mehr als 10.000 Mitgliedern einer der mitgliederstärksten Vereine im Bundesland, die Mitglieder haben durch die Mitgliedschaft bis jetzt gewisse Vorteile, leisten mit ihrem jährlichen Mitgliedsbeitrag aber auch einen großen Förderanteil, um Schulkindern aus allen Teilen des Bundeslandes einen Museumsbesuch zu ermöglichen. Die von Ihnen im Oktober diesen Jahres vorgestellte „Museumskarte“ würde nicht nur diesen Förderanteil deutlich reduzieren, sondern ist auch noch mit drastischen Kostenerhöhungen bei den Jahresmitgliedschaften der Mitglieder des Museumsvereins, mit Einschränkungen der - bei freiem Eintritt - zu besuchenden Anzahl an Museen sowie mit der Einführung eines bürokratischen und kostenintensiven neuen Abrechnungssystems verbunden.

Daher stelle ich folgende mündliche Anfrage an Sie: 1. Welche Kosten für Geräte, Karten, Abrechnung, Personal, usw. sind mit der Implementierung einer „Museumskarte“ im Einführungsjahr verbunden und wie hoch werden jährlich die laufenden Kosten in den Folgejahren geschätzt? Und 2. Warum wird bei Einführung einer „Museumskarte“ nicht auf das bestens bewährte, unbürokratische, leicht zu verwaltende und kostengünstige Modell des Museumsvereins zurückgegriffen und dieses allenfalls leicht adaptiert? Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Bitte Frau Landesrätin! Ah, Herr Landesrat! Entschuldigung.

**Landesrat Dr. Schellhorn:** Ich bin noch immer ein Mann! Danke schön für die Frage. Zur ersten Frage wegen der Kosten kann ich antworten, da die meisten der partizipierenden Museen über ein Lesegerät sowie das sogenannte feratelCardSystem verfügen, können die Anschaffungskosten im Einführungsjahr äußerst gering gehalten werden. Bezüglich der laufenden Kosten werden diese direkt von den einzelnen Museen getragen, diese erhalten auch die Einnahmen aus dem Verkauf der Karte bzw. einen Teil aus dem Topf, in den die Eintritte fließen. Laufenden Kosten jährlich ergeben sich durch die Software-Lizenz sowie die Herstellungskosten für die Karten. Diese Kosten werden mit ca. € 20.000,-- jährlich geschätzt. Der bürokratische Aufwand betreffend die Abrechnung ist aufgrund des bereits bestehenden Systems unerheblich.

Zur zweiten Frage, warum wird bei der Einführung einer Museumskarte nicht auf das bestens bewährte Modell des Museumsvereins zurückgegriffen, folgende Antwort: Das bestehende System der Museumskarte basiert auf einem starren Verrechnungssystem, bei dem die Nutzung der ausgegebenen Karten nicht zentral erfasst und daher auch nicht für die Abrechnung herangezogen werden kann. Daher können Verrechnungsmodelle, bei denen gerecht nach Nutzungsfrequenz abgerechnet wird, nicht abgebildet werden. Das neue Modell der Salzburger Museum Card soll genau dieses Problem lösen und eine gerechte und transparente Abrechnung zwischen den Partnern ermöglichen. Eine technisch gestützte zentrale Datenerfassung bietet gegenüber dem bisherigen System noch folgende Vorteile: 1. Sicherheit. Bei Verlust kann die Karte gesperrt werden. Das Foto des Eigentümers oder der Eigentümerin kann digital erfasst und am Zutrittspunkt angezeigt werden. Kartenmissbrauch wird dadurch erheblich schwieriger. 2. Marktdaten: Die Analyse der Kundendaten in Kombination mit den Nutzungsdaten gibt einen differenzierten Einblick in das Kundenverhalten und liefert eine gute Datenbasis auch für weitere Managemententscheidungen. 3. Distribution: Der online-Verkauf kann professionell und rasch abgewickelt werden. 4. Kooperation: Neue Kooperationsformen werden durch diese Museumscard ermöglicht, z. B. gemeinsame Produkte mit anderen Card-Systemen, wie z. B. der Salzburg Card. 5. Mobil: Die Anwendungen bei der neuen Museumscard auf Smartphones ermöglichen auch direkte Kommunikation mit dem Kunden.

Die Salzburger Museumscard ist ein einheitliches Produkt mit fairem Einnahmen-Verteilungsschlüssel für die folgenden Museen: Salzburg Museum, Domquartier Salzburg, Haus der Natur, Museum der Moderne Salzburg, Salzburger Freilichtmuseum und Keltenmuseum Hallein. Die Karte lässt sich auch auf weitere Museen im Land Salzburg dann ausdehnen. Es handelt sich um ein gemeinsames Produkt unter der Dachmarke Salzburger Museen und soll allen teilnehmenden Partnern gleichermaßen einen Vorteil bieten. Jahreskarten bzw. Jahresmitgliedschaften können unverändert weiter bestehen bleiben. Die Museumskarte ist ein zusätzliches Angebot, das die Museen den Besucherinnen und Besuchern offerieren. Das Zusatzangebot freier Eintritt in das Domquartier Salzburg und das Haus der Natur stellt auch für Mitglieder des Museumsvereins eine Bereicherung dar. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Frau Abgeordnete, hast Du noch weitere Fragen?

**Abg. Fürhapter:** Weitere Fragen nicht. Ich möchte jetzt zusammenfassend nur noch eines feststellen. Ich hoffe im Sinne des Museumsvereins und auch der Förderer und auch im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler, dass sie weiterhin diesen freien Eintritt genießen können, auch die freie kostenlose Busfahrt aus den Landgemeinden, weil ich es einfach wichtig finde, dass die Schüler und Schülerinnen auch an Museen, Kunst und Kultur herangeführt werden und ich hoffe, dass das auch jetzt für den Museumsverein eine verträgliche Lösung ist, mit dem dieser Verein auch leben kann. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Somit kommen wir zu

#### **5.2 Mündliche Anfrage der Abg. Steiner-Wieser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend der Parteienförderung der FPÖ**

Frau Abgeordnete!

**Abg. Steiner-Wieser:** Danke Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Die Parteienförderung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) - Die Freiheitlichen, Landespartei Salzburg wurde gekürzt, da fünf Abgeordnete zum Salzburger Landtag aus dieser politischen Partei ausgeschieden sind. Diesem liegt die Rechtsansicht zugrunde, dass der Steigerungsbetrag für die Parteienförderung davon abhängig ist, dass einzelne Abgeordnete auch tatsächlich der entsprechenden politischen Partei (weiter) angehören.

In der Vergangenheit sind bereits einzelne Abgeordnete aus den jeweiligen politischen Parteien ausgetreten. Es wird an die Abgeordneten Dr. Gertraud Wagner-Schöppl, Wolfgang Rainer und Helmut Naderer erinnert. Unter Berücksichtigung der von der Landesregierung vertretenen Rechtsansicht wäre auch beim Ausscheiden dieser Abgeordneten aus den jeweiligen Parteien die Parteiförderung entsprechend zu kürzen gewesen. Nach den bisher vorliegenden Unterlagen ist dies damals allerdings nicht der Fall gewesen. Ich stelle daher nach § 68 GO folgende mündliche Anfrage:

Wurde anlässlich des Ausscheidens der Abgeordneten Dr. Gertraud Wagner-Schöppl aus der ÖVP und aus dem ÖVP-Landtagsklub, anlässlich des Ausscheidens des Abgeordneten Wolfgang Rainer aus der SPÖ und dem SPÖ-Landtagsklub, anlässlich des Ausscheidens des Abgeordneten Helmut Naderer aus der FPÖ und aus dem FPÖ-Landtagsklub die Parteienförderung der jeweiligen Partei gekürzt? Zweitens, wenn, falls nein, warum nicht? Bitteschön.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Frau Abgeordnete!

Vorweg darf ich feststellen, dass die genannten Abgeordneten, es handelt sich um die Jahre 2000 bis 2003, damals im Gegensatz zur jetzigen Funktionsperiode tätigen FPÖ-

Abgeordneten nicht aus den Parteien ausgeschlossen wurden, sondern dass sie sozusagen den Klub nicht mehr besuchten. Niemand von ihnen hat eine neue durch Statuten hinterlegte Partei gegründet. Das ist ja jetzt auch eine andere Situation und daher ist der Vergleich etwas hinkend. Beim Ausscheiden der genannten Abgeordneten aus den jeweiligen Parteien von ÖVP, SPÖ und FPÖ kam es nach der vorhandenen Aktenlage zu keiner Neuregelung der Parteienförderung. Die Angelegenheiten der Parteienförderung lagen früher im Zuständigkeitsbereich des Budgetreferates und erst nach der Finanzcausa und Neuordnung in der Finanzabteilung kam dann dieser Zuständigkeitsbereich in das Referat 8/01, also allgemeine Finanzangelegenheiten.

Bei den Genannten - also Wagner-Schöppl, Rainer und Naderer - war die Situation so, dass die Zuständigkeit eben bei der damaligen Referatsleiterin gelegen ist und es ist uns nicht gelungen oder wir haben keine Aufzeichnungen und auch keine Aktenvermerke gefunden, warum es sozusagen damals so abgehandelt wurde. Durch die Neugründung der FPS, als fünf von sechs FPÖ-Mandaten, also ausgeschiedene Mandaten, hat sich eine neue Situation ergeben. Und im § 5 zweiter Absatz Parteienförderungs-Gesetz steht dezidiert, dass bei einer Änderung der maßgebenden Verhältnisse von Amts wegen eine Neufestsetzung der Parteienförderung zu erfolgen hat. Und damit ergibt sich für 2015 für die FPÖ die Parteienförderung von € 561.547,-- und für die FPS anteilig für das vierte Quartal eben die € 188.236,08.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Frau Abgeordnete!

**Abg. Steiner-Wieser:** Nur eine Verständnisfrage, das heißt, das hängt jetzt nur davon ab, dass eine neue Partei gegründet wurde, oder?

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Nein. Der eigentliche Unterschied zu den drei ...

**Abg. Steiner-Wieser:** Ich habe das nicht so verstanden, weil für mich gibt es keinen Unterschied.

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** ... Der Unterschied zu den drei genannten Personen war, dass die nicht aus der Partei ausgeschlossen wurden, sondern die waren halt dann freie Abgeordnete und sind halt nicht mehr im Klub tätig gewesen.

**Abg. Steiner-Wieser:** Helmut Naderer war ...

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Eine weitere Zusatzfrage. Und dann sind Ihre Möglichkeiten aus.

**Abg. Steiner-Wieser:** Ich stelle keine weitere Zusatzfrage mehr, ich bedanke mich auf jeden Fall für die Antwort. Ich meine, es ist schon zu verstehen, dass man mit allen Mitteln versucht, der FPÖ Knüppel zwischen die Beine zu werfen, doch auf diese Art und Weise,

rechtswidrig aus meiner Sicht, Versuche zu starten und finanziell also das Wasser abzugra-  
ben bzw. auch uns teilweise in der politischen Arbeit zu behindern, steht niemanden zu,  
aber es wird nicht gelingen. Und das sage ich ganz dezidiert, es wird nicht gelingen, die  
FPÖ hier in diesem Haus zu eliminieren. Ganz im Gegenteil. Wir werden sicher mehr wer-  
den und die Herzen der Menschen strömen uns zu. Und ich habe schon ein paar Mal gesagt,  
ich habe ein gutes Gedächtnis, ich werde sicherlich, wir werden uns sicherlich merken,  
wer sich anständig uns, der FPÖ gegenüber, verhalten hat und wer nicht. Dankeschön.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Damit ist diese mündliche Anfrage abgeschlos-  
sen. Und wir kommen zu

### **5.3 Mündliche Anfrage des Abg. HR Dr. Schöchl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler betreffend den Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur**

Bitteschön!

**Abg. HR Dr. Schöchl:** Danke Frau Präsidentin! Ich darf diese Anfrage zur Verkehrsdateninf-  
rastruktur an dich, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, stellen. Seit 2009 erfolgt zw-  
ischen Bund und Ländern eine Zusammenarbeit, um österreichweit ein einheitliches Ver-  
kehrsreferenzsystem für Verkehrsinformation, Verkehrsmanagement und Verkehrssteue-  
rung zu etablieren. Nun wird diese Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG vom Bund und den  
Ländern unterzeichnet. Ziel ist es, die Österreichischen Graphenintegrationsplattform als  
multimodales österreichweites Verkehrsreferenzsystem gemeinsam wahrzunehmen und im  
Bereich der Verkehrsdateninfrastruktur durch verwaltungsübergreifende Kooperation den  
dauerhaften Betrieb sowie die Weiterentwicklung der GIP zu gewährleisten. Zur Erreichung  
dieses Zieles gründeten Bund und Länder den Verein „Österreichisches Institut für Ver-  
kehrsdateninfrastruktur“. Dieser Verein hat dann wiederum die Aufgabe, den dauerhaften  
Betrieb, die Weiterentwicklung der GIP und die Weitergabe der GIP-Daten an Dritte zu  
übernehmen. Daher darf ich folgende Anfrage stellen: Welche Vorteile hat der Abschluss  
dieser 15a-Vereinbarung für das Land Salzburg? Und du gestattest, dass ich gleich die bei-  
den Unterfragen ebenfalls stelle: Welche nachhaltige Wirkung soll damit erreicht werden  
bzw. wie hoch sind die Kosten für Errichtung und Betrieb? Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Frau Landeshauptmann-  
Stellvertreterin!

**Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler:** Danke für die Frage, die ich gerne wie  
folgt beantworte: Bereits seit dem Jahr 2009 arbeiten Bund und Länder gemeinsam mit  
ASFINAG, ÖBB Infrastruktur AG, dem Österreichischen Städte- und Gemeindebund am har-  
monisierten Auf- und Ausbau eines österreichweiten einheitlichen Verkehrsreferenzsystems  
der Graphenintegrationsplattform GIP zusammen. Das ist auch der Anknüpfungspunkt für  
meine Ressortzuständigkeit aus dieser Datenverarbeitung und eben nicht über das Ver-  
kehrsressort. Auf Basis dieser erfolgreichen Zusammenarbeit wurde in der Verkehrsreferen-

tenkonferenz im März 2012 beschlossen, dass das GIP zukünftig den österreichweiten Referenzgraphen für Verkehrsinformation, Verkehrsmanagement und Verkehrssteuerung in allen Verwaltungseinheiten bilden soll. Damit wurde ein bedeutender Schritt zur Institutionalisierung der GIP Österreich sowie zur Erfüllung der europäischen und nationalen Rechtsgrundlagen gesetzt. Rechtsgrundlage dafür bilden die Richtlinien 2007/2/EG zur Schaffung einer Verkehrsdateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft, die sogenannte Inspire-Richtlinie, die Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors, das ist die sogenannte PSI-Richtlinie sowie eine weitere Richtlinie, die Richtlinie 2010/40/EU, die IVS-Richtlinie, umgesetzt durch das Bundesgesetz über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern, diese sogenannte IVS, dieses Gesetz. Damit eine harmonisierte Weiterführung und Weiterentwicklung der GIP sichergestellt werden kann, wird das Österreichische Institut für Verkehrsdateninfrastruktur in der Rechtsform eines Vereins gegründet und es werden die bis dato vorliegenden Ergebnisse und Umsetzungen aus den drei Projekten GIP.at, GIP.gv.at und das dritte ist GIP.at.Erweiterungen I und GIP.at.Erweiterungen II durch den Verein Österreichisches Institut für Verkehrsdateninfrastruktur betrieben und weiterentwickelt. Das ist auch der Grund, warum ich diese Anfragebeantwortung bedauerlicherweise lesen muss, weil ich diese vielen Begriffe und diese vielen Details nicht in freier Rede formulieren kann. Man möge mir das nachsehen.

Ich fahre fort. Die Unterfertigung der Vereinbarung gemäß Art. 15a BVG durch das Land Salzburg und der damit verbundenen Mitgliedschaft am österreichweiten Verein ÖV DAT führt dazu, dass sich das Land Salzburg unter anderem aufgrund folgender Fakten sehr hohe Budgetmittel und Ressourcen erspart. Erstens: Die erforderliche Software für die Datenerfassung und -verwaltung muss nicht extra vom Land beauftragt oder entwickelt werden, sondern wird einmal österreichweit angeschafft. Die Weiterentwicklung dieser Software kann zudem künftig zentral erfolgen und muss nicht für jedes Bundesland selbständig vorgenommen werden. Einzelne bereits vorhandene landesspezifische Entwicklungen konnten in das vereinheitlichte System bereits integriert werden.

Zu Punkt zwei: Die Datenerfassungsstruktur. Diese werden zwischen den einzelnen Bundesländern und den sonstigen Verkehrsträgern vorab gemeinsam abgestimmt. Dadurch unterbleibt eine kostenpflichtige Schnittstelle Programmierung und Schnittstellenbearbeitung zwischen den einzelnen Bundesländern, den Verkehrswegen. Das sind Bundesstraßen, Landesstraßen, Gemeindestraßen, Forst- und Fahrradwege und den verschiedenen Verkehrsträgern, das sind Bund, Länder, Gemeinden, ÖBB und ASFINAG.

Drittens: Die Länder können vereinheitlicht die Datenerfassung und -verwaltung mit ihren Bezirken, Städten und Gemeinden auf Grundlage eines vereinheitlichten Systems vornehmen. Die Software und Datenverwaltungsqualität sowie vertraglichen Vereinbarungen und die möglichen Haftungserfordernisse sind dadurch einheitlich sichergestellt. Für den künftigen Betrieb und die Weiterentwicklung der GIP über den geplanten Verein kann von weiteren hohen Einsparungspotentialen ausgegangen werden. Das heißt die prognostizierten jährlichen Beiträge und Budgetmittel des Landes Salzburg für die GIP können nur durch

eine vereinheitliche Vorgangsweise sichergestellt werden, andernfalls müsste das Land Salzburg wesentlich höhere Kosten für die Erfüllung dieser Leistungen aufwenden.

Zu Punkt 1.2: Die Kosten für die Betrieb belaufen sich für das Jahr 2016 auf € 16.371,-- netto, die Kosten für die Weiterentwicklung wurden für das Jahr 2016 mit € 20.697,-- netto budgetiert. Eine komplexe Anfragebeantwortung.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke für diese komplexe Beantwortung. Herr Abgeordneter bitte!

**Abg. HR Dr. Schöch!** Ich danke Dir für diese sehr formale und juridisch sicher ganz richtige Beantwortung. Ich bitte Dich vielleicht auch, dass Du mir Dein Konzept zur Verfügung stellen könntest, weil mitzuschreiben war jetzt in der Kürze der Zeit nicht möglich, erspare mir sozusagen die Nachfrage an Dich über diese nachhaltige Wirkung und werde mir eine Formulierung einfallen lassen, dass ich den Herrn Verkehrslandesrat damit nächstes Mal peinigen kann. Dankeschön.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Nächste

#### **5.4 Mündliche Anfrage des Klubvorsitzenden Abg. Steidl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend Auszahlung bedarfsorientierte Mindestsicherung**

Herr Klubvorsitzender!

**Klubvorsitzender Abg. Steidl:** Aufgrund der Vorfälle zum Thema Auszahlung bzw. Nichtauszahlung der bedarfsorientierten Mindestsicherung in der vergangenen Woche und der damit einhergehenden Medienberichterstattung sowie der unterschiedlichen Aussagen von Ihnen und Landesrat Schellhorn stelle ich dazu folgende mündliche Anfrage:

An welchem Tag genau ist der Antrag der Sozialabteilung um Aufstockung der Mittel für die bedarfsorientierte Mindestsicherung in der Finanzabteilung eingelangt?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Herr Klubvorsitzender!

Nach dem § 10 Abs. 3 Allgemeines Haushaltsgesetz ist jeder Abteilungsleiter, jede Abteilungsleiterin verpflichtet, im eigenen Wirkungsbereich sozusagen der Dienststelle den Haushaltsansatz, die Haushaltsansätze ordnungsgemäß zu bewirtschaften und sollte es voraussehbar sein, dass überplanmäßige Ausgaben notwendig sind, so hat die Abteilung 8 immer wieder an alle Abteilungen kommuniziert, dass es eines Vorlaufs von etwa sechs bis acht Wochen bedarf. Durch die dynamische Entwicklung in der Mindestsicherung ist es heuer so, dass im Jahr 2015 die budgetierten Mittel nicht ausreichen und es daher zu Kreditüberschreitungen kommen muss.

Auf die konkrete Frage: Das E-Mail ist eingegangen am 27. November um 11:58 Uhr im Postfach der Abteilung und da dürfte offensichtlich ein Kommunikationsfehler insofern auch passiert sein, dass es keinen Hinweis auf die Dringlichkeit sozusagen gegeben hat. Daraufhin wurde aber ein Besprechungstermin vereinbart, wie das wenn es um größere Summen im Zuge von Kreditüberschreitungen geht allgemein der Fall ist, und dieser Besprechungstermin hat dann, am 2. Dezember wurde der Besprechungstermin vereinbart für den 9. Dezember. Es war dann der Feiertag dazwischen und für 9. Dezember hat es einen Besprechungstermin gegeben. Ich habe am selben Tag noch, nachdem beim Besprechungstermin sich die Dringlichkeit herausgestellt hat, habe ich am selben Tag noch den Regierungsantrag unterschrieben und am nächsten Tag, am 10. Dezember, haben wir eine Ausschusssitzung in der Regierung gehabt und da hat jedes Regierungsmitglied sofort unterschrieben. Daher war es möglich, am 11. Dezember wieder die Mindestsicherung voll und ganz auszubezahlen.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Klubvorsitzender!

**Klubvorsitzender Abg. Steidl:** Das heißt es liegt ein Versäumnis vor. Jetzt ist die Frage von wem wurde dieses Versäumnis verursacht aus Deiner Warte gesehen?

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Ich möchte nicht sagen, dass ein Versäumnis vorliegt. Es ist von der Abteilung 3 die Meldung an die Abteilung 8 gekommen und es wurde dann im Grunde genommen ein Termin vereinbart, ein Besprechungstermin und dann wurde sofort gehandelt.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Klubvorsitzender!

**Klubvorsitzender Abg. Steidl:** Keine weitere Unterfrage mehr, nur eine Zusammenfassung. Es bleibt so in der öffentlichen Darstellung natürlich ein schaler Nachgeschmack und das Gefühl übrig, dass im Sozialressort für die Hilfe der Ärmsten nicht die notwendige Sorgfalt gewährleistet worden ist.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. So kommen wir zur

**5.5 Mündliche Anfrage des Abg. Scheinast an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Finanzierung des Gesundheitswesens in Salzburg**

Bitte!

**Abg. Scheinast:** Geschätzter Herr Gesundheitslandesrat Christian Stöckl!

Folgende Anfrage: Die Entwicklung der Anteile an den Gesundheitskosten im Rahmen des SAGES zeichnen ein eindeutiges Bild. Während die Anteile von Sozialversicherung, Bund und Gemeinden an den Gesamtkosten prozentuell entweder leicht stiegen oder sogar sinken, steigt der Anteil des Landes massiv. Von 1997 bis 2013 sank der Prozentanteil der So-

zialversicherungen von 56 % auf 48 %, der des Bundes von 13 % auf 10 %, jener der Gemeinden von 11 % auf 9 %. Hingegen stieg der Anteil des Landes von 18 % auf 31 %.

Diese Ausfallhaftung für das Land beruht auf einer für 5 Jahre getroffenen Vereinbarung, die seither aber nie adaptiert wurde. Bei steigenden Gesundheitskosten bzw. Abgängen soll eine solidarische Aufteilung dieser Mehrbelastung greifen, weil ja auch die ständig steigenden Gesundheitsausgaben allen BürgerInnen zugutekommen. In anderen Bundesländern gibt es Regelungen, die Gemeinden und Land gerechter am Abgang beteiligen. In Tirol übernehmen Land und Gemeinden die Fondseinzahlung zu gleichen Teilen, in Oberösterreich im Verhältnis 60 zu 40.

In diesem Zusammenhang folgende Frage an Dich. Erstens: Welche Argumente gibt es für eine Neuordnung der Kostenbeteiligung an der SAGES-Finanzierung zwischen Land und Gemeinden? Gleich die Unterfrage: Wie kann eine faire Kostenaufteilung zwischen Land und Gemeinden sichergestellt werden?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Danke, Herr Abgeordneter, für die Frage, die gibt mir die Möglichkeit, wieder einmal darauf hinzuweisen, wie die Situation bei der Finanzierung unserer Spitäler aus den Angeln gelaufen ist, sozusagen aus dem Ruder gelaufen ist.

1996 wurde ein neues Gesetz geschaffen, nämlich das SAGES-Gesetz. Das ist der Übergang der Spitalsfinanzierung von KRAZAF zum SAGES. In diesen Verhandlungen wurde eben, wie schon in der Anfrage angesprochen, ein Kostenschlüssel oder ein Finanzierungsschlüssel sozusagen ausverhandelt und damals wurde ganz klar in den Verhandlungen immer wieder argumentiert. Momentan ist der finanzielle Topf des SAGES so ausgestaltet, vom Übergang KRAZAF auf SAGES, dass in etwa fünf Jahre lang dieser Finanzierungstopf genug Geld beinhaltet und man hat damals schon gewusst, dass ab dem 5. Jahr es dann zu finanziellen Schwierigkeiten kommen wird, denn die finanzielle Entwicklung ist im Gesundheitsbereich wesentlich dynamischer als in allen anderen Bereichen.

Es ist aber dann leider so gewesen, und ich habe in der Gesundheitsplattform immer wieder jedes Jahr bei der Budgetierung darauf hingewiesen, dass es eine völlig ungerechte Verteilung gibt und diese Verteilung von Jahr zu Jahr sozusagen schlimmer wird. Nämlich zwei Dinge muss man da beachten. Einerseits sind die Entwicklungen in den Spitälern verschieden verlaufen, daher ist es zur Schiefelage bei der Bezahlung unterhalb und innerhalb der Gemeinden gekommen und andererseits ist es zu Benachteiligungen oder Vorteilen sozusagen für bestimmte Krankenhäuser gekommen.

Das Gesetz wurde aber nie geändert und deshalb habe ich darauf gedrängt, dass wir endlich das anpassen, nämlich ab 2016, und der Landtag wird ja das hoffentlich heute noch

beschließen, wird es dann so sein, dass immer die letzten fünf Jahre herangezogen werden für die Berechnung der Basis der Aufteilung des SAGES-Finanzien auf die einzelnen Spitäler. Ich hätte mir gewünscht, dass auch die Finanzierung zwischen Land und Gemeinden auf eine fairere Basis gestellt wird und hätte in diesem SAGES-Gesetz gerne auch eine fairere Aufteilung gehabt.

Ich habe drei Gespräche geführt mit Städtebund und Gemeindeverband. Leider sind die Gespräche nicht positiv sozusagen verlaufen bzw. beendet worden. Städtebund und Gemeindeverband haben sich strikt geweigert, auch nur einen Euro mehr für die Finanzierung der Spitäler zu bezahlen, obwohl ich darauf hinweisen möchte, dass es gerade die Gemeinden sind, die immer wieder fordern, dass sämtliche Angebote unserer Spitäler auch in der Region erhalten bleiben. Das wäre mein Ansatz gewesen, dass man auch über die Finanzierung und über eine faire Aufteilung nachdenkt.

Weil es jetzt praktisch schon über zehn Jahre dieses veraltete System gibt, gibt es mittlerweile eine Aufteilung oder eine Belastung der Abgänge bei den Krankenhäusern, die so aussieht, dass seit 1997, seit es SAGES gibt, das Land über 300 % der gesamten Abgänge bezahlen muss und bei den Gemeinden hat es nur eine Steigerung von 70 % gegeben. Ich habe dann einen Vergleich angestellt in den Verhandlungen zu anderen Bundesländern und da ist es tatsächlich so, dass hier Salzburg, das Land Salzburg extrem benachteiligt ist. Es gibt nur ein Land, nämlich Steiermark, wo die Gemeinden ganz anders, wo die Aufteilung ganz anders verläuft bzw. ausgehandelt ist, das kann man aber nicht vergleichen, weil in der Steiermark andere Ströme, andere Finanzströme wieder die Gemeinden viel stärker belasten als z.B. in Salzburg.

Wir haben jetzt das SAGES-Gesetz so in den Landtag, in die Regierung und in den Landtag gebracht, dass es diese Auswirkung oder diese Änderung oder Mehrkosten für die Gemeinden es nicht geben wird. Ich werde aber die Verhandlungen weiterführen und speziell während bzw. im Zuge der Verhandlungen zum Finanzausgleich 2017 werde ich extrem darauf drängen, dass es hier zu einer faireren Aufteilung der Kosten kommt.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Herr Abgeordneter, hast Du eine weitere Frage?

**Abg. Scheinast:** Es wäre nur die Frage, ich nehme an, Du hast heuer auch sehr darauf gedrängt, dass es zu einer fairen Aufteilung der Kosten kommt. Auf welche Art und Weise könntest Du mehr Druck im nächsten Jahr ausüben? Wie kannst Du Dir vorstellen, dass eine Verteilung dieser Kosten zwischen Ländern und Gemeinden tatsächlich dann vereinbart werden kann? Gibt es Druckmittel oder wie soll das gehen, wenn es bis jetzt nicht gegangen ist?

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Die Verhandlungen sind gar nicht so einfach, weil es z.B. der Städtebund überhaupt dann im Endeffekt abgelehnt hat, zu einem Termin zu kommen. Ich habe dann darauf hingewiesen, wir müssen für 2017 österreichweit einen

neuen Finanzausgleich verhandeln und in diesem Zuge sind wir ohnehin gezwungen, miteinander zu reden und ich hoffe, dass auch der Städtebund dann an den Verhandlungstisch zurückkehrt und vernünftige Verhandlungen auch führt, denn es kann ja nicht so sein, dass die Gemeinden immer wieder auf das Land, wir sitzen ja im gleichen Boot, und es wird sicherlich Situationen geben, wo Städtebund und Gemeindebund wieder vom Land sozusagen etwas braucht und einen Wunsch an uns heranträgt und dann werden wir das in einem Paket verhandeln.

Ich denke wir haben viele Dinge zu verhandeln, ob das der Kindergartenbereich ist, ob das das Soziale ist, die Mindestsicherung bis hin zur Krankenhausfinanzierung. Ich werde schon immer wieder auf die Verpflichtung auch der Regionen hinweisen, auch etwas dazu beizutragen, denn es ist ja so, dass die Spitäler mittlerweile viele Aufgaben übernehmen müssen, die sie früher nicht gehabt haben, z.B. die notärztliche Versorgung. Ob das im Lungau ist, ob das im Pinzgau oder im Pongau ist, weil wir im niedergelassenen Bereich zu wenig, mittlerweile zu wenig Notärzte, Notärztinnen haben, daher müssen Krankenhäuser mittlerweile das auch mitabdecken. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere regionalen Krankenhäuser auch erhalten. Da stehen wir alle dazu, das wissen wir alle, aber wir müssen uns die Kosten, so denke ich, schon fair aufteilen.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter!

**Abg. Scheinast:** Ich fasse zusammen. Es gilt auch hier wieder einmal ein bisschen das Florianiprinzip. Zuerst sorgt man dafür, dass das Land die Spitäler alle übernimmt und wenn dann das Land die Spitäler übernommen hat, dann sind alle Kosten von den Gemeinden weg. Ich wünsche mir auch bei den Gemeinden ein Bewusstsein dafür, dass eine gute Versorgung der Region allen nützt und dass auch alle dazu beitragen sollten. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Damit kommen wir zur

#### **5.6 Mündliche Anfrage des Abg. Wiedermann an Landesrat Mayr betreffend die Hausdurchsuchung beim Salzburger Verkehrsverbund**

Bitteschön!

**Abg. Wiedermann:** Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landesrat!

Anfang dieses Monats fand eine Hausdurchsuchung beim Salzburger Verkehrsverbund statt. Hauptvorwurf, der zur Hausdurchsuchung geführt haben soll, soll der Umstand sein, dass neue Anbieter im Nahverkehr in den ersten vier Jahren nichts von den gemeinschaftlichen Einnahmen, die vom Salzburger Verkehrsverbund verteilt werden, erhalten. Diese Regelung haben Sie gegenüber einer Salzburger Tageszeitung als eine eigenartige Vereinbarung bezeichnet, die den Markteintritt für einen neuen Verkehrsanbieter erschwere. Eine Änderung dieser Regelung schließen Sie zum jetzigen Zeitpunkt aber aus. Diese Regelung wurde auch von der privaten Bahngesellschaft Westbahn GmbH kritisiert, die die Nichtbezahlung

in den ersten vier Jahren als Grund für ihren Ausstieg aus dem Salzburger Verkehrsverbund im Jahr 2013 angab. Sie haben bereits angekündigt, Vorsorge treffen zu wollen, sollte der Verkehrsverbund nachträglich Zahlungen an die Westbahn GmbH leisten müssen.

Ich stelle deshalb an Sie gemäß § 78 folgende mündliche Anfrage. Erstens: In welcher Höhe werden Sie Vorsorge treffen, sollten Zahlungen an die Westbahn GmbH fällig werden? 1.1 Sollten Zahlungen fällig werden, warum werden diese nicht vom Salzburger Verkehrsverbund sowie der im Verbund befindlichen Verkehrsanbieter übernommen, da diese ja das Geld erhalten haben, die die Westbahn GmbH einst eingefordert hatte? 1.2 Warum werden Sie sich nicht umgehend dafür einsetzen, dass die Regelung zur Verteilung der gemeinschaftlichen Einnahmen geändert wird, da diese Regelung den Anschein einer Wettbewerbsverzerrung aufkommen lässt?

Ich ersuche um Beantwortung der Fragen. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!**

**Landesrat Mayr: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!**

Momentan sind wir noch im Umstand der Vermutungen. Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass wir den genauen Gegenstand der Untersuchungen noch immer nicht kennen, der wurde uns von den Prüfern und auch von der EU noch nicht mitgeteilt oder bestätigt. Aus diesem Grund ist auch die Abschätzung der Konsequenzen sehr schwer zu vermitteln oder zu ermitteln.

Auf Basis der Empfehlung der vom Salzburger Verkehrsverbund beauftragten Rechtsvertretung und auch im Sinne der kaufmännischen Sorgfaltspflicht werden im Budget 2016 entsprechende Rücklagen gebildet, das zur Beantwortung der ersten Frage.

Zweite Frage: Es werden nur für jene Handlungen Rücklagen gebildet, die der Salzburger Verkehrsverbund als koordinierende Stelle zuzurechnen sind. Ob allfällige Busgelder an die am Salzburger Verkehrsverbund beteiligten Verkehrsunternehmen weiterverrechnet werden können oder ob gegen einzelne Verkehrsunternehmen ebenfalls busgeldrelevante Nachprüfungsverfahren eingeleitet werden, kann aufgrund des derzeitigen Verfahrensstandes nicht beurteilt werden.

Zur dritten Frage: Die betreffenden vertraglichen Regelungen werden zurzeit durch die in der Causa beauftragten Anwälte eingehend geprüft. Die Salzburger Verkehrsverbund GmbH wird auch auf Basis dieses Prüfungsergebnisses Empfehlungen zur Vertragsveränderung an die beteiligten Verkehrsunternehmen dann aussprechen.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Abgeordneter!**

**Abg. Wiedermann:** Danke Herr Landesrat. Eine ergänzende Frage noch: Haben Sie Kenntnis vom Inhalt der Anordnung für die Hausdurchsuchung, weil ich kann mir ehrlich gesagt schwer vorstellen, dass aufgrund einer bloßen Vermutung hier Organe einschreiten und beim Verkehrsverbund eine Hausdurchsuchung machen. Das ist doch eine Maßnahme, die einerseits nicht alltäglich ist und gerade für ein Unternehmen, das 50 : 50 Stadt und Land gehört, glaube ich als verantwortlich zuständiges Regierungsmitglied, dass Sie sich die Rechtslage einerseits anschauen und andererseits auch Kenntnis davon nehmen, was denn in diesem Hausdurchsuchungsbefehl - nennen wir ihn so - oder in dieser Anordnung für die Durchsuchung drinnen gestanden ist.

**Landesrat Mayr:** Herr Abgeordneter, ich habe leider keine konkrete Kenntnis. Wir sind auch nicht der einzige Verkehrsverbund, der geprüft worden sind, es sind mehrere Verkehrsverbände in Österreich geprüft worden. Wir können nur vermuten und haben bis dato weder einen Zwischenbericht bekommen noch sonst irgendetwas.

Vielleicht eine Berichtigung. Verkehrsverbund gehört zu 100 % dem Land Salzburg und nicht zu 50 %.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Herr Abgeordneter!

**Abg. Wiedermann:** Zusammenfassung oder zusammenfassend, Herr Landesrat, ich nehme zur Kenntnis, dass es für Sie nicht so relevant ist und war und was der Grund für die Hausdurchsuchung ist. Als Ressortverantwortlicher würde ich z.B. oder wenn ich Betroffener bin, würde ich mehr sehr wohl anschauen, was sind die Gründe dafür oder was waren die Gründe dafür, dass hier eine Behörde in diesen, in - unter Anführungszeichen - „meinen Räumlichkeiten“ eine Durchsuchung vornimmt, das zum einen.

Zum Zweiten: Es ist und bleibt einfach der fade Beigeschmack da, dass hier wahrscheinlich aufgrund der Verdachtsmomente, ohne Präjustiz zu üben, dass hier wahrscheinlich ausreichend Gründe da waren, um eben diese Maßnahme durchzuführen und ich halte es doch für mehr als bedenklich, wenn eine Einrichtung wie der Verkehrsverbund zumindest auch nur in den Verdacht gerät, hier wettbewerbsverzerrend zu agieren, und das ist genau das, was ich vorher beim dringlichen Antrag schon gemeint habe, Antrag der Sozialdemokraten, machen unsere Hausaufgaben und zu diesen Hausaufgaben zählt sehr wohl auch die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Das trifft auch hier zu.

Ich ersuche Sie, so rasch als möglich sich näher dafür zu informieren oder darüber zu informieren, was die Gründe dafür waren und dem Landtag, allen Fraktionen schriftlich darüber zu berichten. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Somit kommen wir zur

## 5.7 Mündliche Anfrage des Abg. Mag. Mayer an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl betreffend die Vergabe von landeseigenen Wohnungen

Bitteschön!

**Abg. Mag. Mayer:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Die Vergabe von landeseigenen Wohnungen wurde ursprünglich von der Landesregierung direkt wahrgenommen, dann aber aus pragmatischen Gründen an ein Wohnungsvergabe-Beamtenkomitee, dem sogenannten Wohnungsbeirat oder -ausschuss delegiert, an dessen Entscheidungen die Personalvertretung mitwirkte. Nach dem weitestgehenden Verkauf der Landeswohnungen wurde die Verwaltungsaufgabe der Mitwirkung an der Wohnungsvergabe eingespart und Anfang 2007 der gswb die zentrale Verwaltung der Einweisungsrechte vertraglich übertragen. Die Vergabeentscheidung wurde dem Land vorbehalten und die Personalvertretung der Landesbediensteten bzw. der Vorsitzende des Sozialausschusses wurde als Vergabestelle nominiert. Wohnungsinteressenten wurden von der gswb registriert und anhand verschiedener Indikatoren mit Punkten bewertet. Wurde eine Wohnung frei, wurde sie anhand einer Reihung der Punktwertung von der Personalvertretung der Landesbediensteten vergeben.

Nun wurde dieses System dadurch ergänzt, dass ein dringendes Wohnbedürfnis analog den gesetzlichen Vorgaben der Wohnbauförderung zum Zeitpunkt der Errichtung des Mietvertrages als zusätzliches zwingendes Vergabekriterium in die vertragliche Verwaltung der Einweisungsrechte des Landes Salzburg aufgenommen wurde.

Ich stelle daher gemäß § 78 a der Geschäftsordnung des Landtages folgende mündliche Anfrage. Warum wurde das Vergabesystem geändert? Vielleicht gleich zwei Unterfragen: Wie sehen die neuen Vergabemodalitäten aus? Welche Folgen haben die neuen Vergabemodalitäten für die Bewerberinnen und Bewerber?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

**Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl:** Danke. Herr Abgeordneter, es ist schon von Dir angeschnitten worden, dass die landeseigenen Wohnungen vom Sozial- und Wohnungsausschuss der Personalvertretung vergeben werden. Verwaltet werden sie von der gswb. Mir ist als zuständiges Regierungsmitglied und ressortzuständiges Mitglied der Regierung im September ein Fall berichtet worden, der sich folgendermaßen dargestellt hat, dass eine Wohnung an eine Landesbedienstete vergeben wurde, obwohl kein dringlicher Wohnbedarf vorgelegen ist. Das heißt in unmittelbarer Nähe hat die Bedienstete eine Eigentumswohnung oder besitzt die Bedienstete eine Eigentumswohnung und die Wohnung wurde dann mit dem Argument an sie vergeben oder mit den Argumenten, dass erstens niemand anderer für diese Wohnung zur Verfügung stand oder es keine andere Bewerbung gegeben hat bzw. die Kriterien nicht erfüllt waren. Und zweitens sonst wäre diese Wohnung leer geblieben.

Ich habe dann mit der Personalvertretung Kontakt aufgenommen und habe ganz klipp und klar gesagt, dass es das nicht sein kann. Bei einer derartigen Wohnungsnot in der Landeshauptstadt kann man nicht eine landeseigene Wohnung an jemanden vergeben, die innerhalb von ein paar hundert Metern Luftlinie eine Eigentumswohnung besitzt. Es ist dann geantwortet worden der Ausschuss hat das schon genehmigt und daher wollen sie das nicht zurückziehen.

Ich habe dann die Vergabe gestoppt und die Regierung informiert und wir haben dann in der Regierung natürlich Handlungsbedarf gesehen und haben für die Zukunft eine relativ einfache Richtlinie noch ergänzt für die Vergabe, nämlich die, dass ein dringendes Wohnbedürfnis nachgewiesen werden muss. Wenn jetzt das Argument, das zweite Argument angesprochen wird, dass dann die Wohnung womöglich leer steht, wenn niemand zur Verfügung steht, das gilt deshalb nicht, weil wir genügend Bewerberinnen und Bewerber bei der gswb haben, die sehr froh sind, eine solche Wohnung zu bekommen. Deshalb ist jetzt geregelt, dass wenn kein Landesbediensteter, keine Landesbedienstete für eine zu vergebende Wohnung in Frage kommt, dann wird diese Wohnung vorübergehend seitens der gswb vergeben. Dadurch wird in Zukunft verhindert, dass Wohnungen an Personen vergeben werden, die kein dringendes Wohnbedürfnis haben und auch wird in Zukunft dafür Sorge getragen, dass es zu keinen Leerstellungen kommt. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Herr Abgeordneter!

**Abg. Mag. Mayer:** Vielen Dank Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich darf zusammenfassend feststellen, dass die Änderung der Vergabemodalitäten aus unserer Sicht sehr zu begrüßen ist und ich darf mich bedanken, dass diese Unverhältnismäßigkeit beendet worden ist, die geradezu zu absurden Situationen führt und halte das Erfordernis eines dringenden Wohnbedürfnisses als unabdingbar. Vielen Dank für die Adaptierung der Vergaberichtlinien.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Wir kommen jetzt zur nächsten mündlichen Anfrage, die gleichlautend ist wie die des Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Schellhorn betreffend die Auszahlung bedarfsorientierter Mindestsicherung. Dieses Mal von der Abgeordneten Riezler.

#### **5.8 Mündliche Anfrage der Abg. Riezler an Landesrat Schellhorn betreffend Auszahlung bedarfsorientierte Mindestsicherung**

Bitteschön!

**Abg. Riezler:** Danke Frau Vorsitzende! Herr Landesrat!

Ich komme gleich zu den Fragen. Wann wurdest Du von der Sozialabteilung informiert und wann wurde der Antrag an die Finanzabteilung gestellt bezüglich Nachtrag Mindestsicherung? Die zweite und ganz wichtige Frage: An wie viele Bezieher der bedarfsorientierten

Mindestsicherung konnten vom 7. Dezember bis zum 11. Dezember keine Leistungen für Lebensunterhalt und Wohnbedarf ohne die Soforthilfe ausbezahlt werden. Ich bitte um Zahlen pro Bezirk.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landesrat!

**Landesrat Dr. Schellhorn:** Sehr gerne. Die erste Frage habe ich so verstanden, die Kenntnisnahme, weil die ist ein bisschen undeutlich formuliert, die Kenntnisnahme von mir von den Kreditüberschreitungen oder meinst Du ab dem Zeitpunkt, wo ich Kenntnis hatte von den Problemen bei der Auszahlung? Welchen Zeitpunkt meinst Du?

**Abg. Riezler:** Kenntnisnahme, wann die Sozialabteilung festgestellt hat, wann ein Mehrbedarf an Mitteln ist.

**Landesrat Dr. Schellhorn:** Dazu kann ich mich beziehen auf die Auskunft von Dr. Stöckl. Ich habe cc das Schreiben der Sozialabteilung an die Finanzabteilung, das datiert ist mit 24. November, am 27. November ist es an die Finanzabteilung gegangen und ich habe das cc bekommen, also zur Kenntnis bekommen.

Zur zweiten Frage wie viele Bezieher. Da haben wir gestern eine Umfrage bei den Sozialamtsleiterinnen in den einzelnen Bezirken gemacht. Vom Magistrat Salzburg kam folgende Auskunft. Laut Auskunft der Sozialamtsleiterin hatten ca. 300 Personen in diesem Zeitraum Termine beim Sozialamt zur Bearbeitung der Mindestsicherungsanträge (Neuanträge und Neuberechnungen von bereits laufenden Leistungen). Wie vielen davon tatsächlich eine Leistung bewilligt bzw. aufgestockt wurde und nicht ausbezahlt werden konnte, ist allerdings dort nicht bekannt.

Zum Bezirk Hallein: Laut Auskunft der Sozialamtsleiterin haben am Montag, 7. Dezember, und Mittwoch, 9. Dezember, ca. 69 Personen einen Termin zur Neuberechnung der Mindestsicherung bzw. aufgrund eines Neuantrages gehabt. Wie vielen davon eine Leistung bewilligt wurde und nicht sofort ausbezahlt werden konnte, ist auch dort nicht bekannt. Alle bewilligten Anträge am Donnerstag konnten laut Auskunft der Sozialamtsleiterin noch am späten Nachmittag auch angewiesen werden.

Zu Salzburg-Umgebung: Laut Auskunft des Sozialamtsleiters konnte drei Personen bewilligte Leistungen nicht ausbezahlt werden. Diesen wurde zur Überbrückung Mittel aus der Landeshilfe gewährt. Zusätzlich wurden ca. 52 Termine wahrgenommen. Dort ist auch nicht bekannt, ob da jetzt etwas nicht ausbezahlt werden konnte oder nicht.

Zum Bezirk Pongau: Laut Auskunft des Sozialamtsleiters von St. Johann waren ca. 15 Personen davon betroffen, wobei in fünf Fällen eine Überbrückung aus der Salzburger Landeshilfe sofort ausbezahlt wurde.

Bezirk Zell am See: Laut Auskunft des Sozialamtsleiters waren rund 20 bis 30 Personen betroffen, die aufgrund einer Neuberechnung der BMS eine Aufstockung erhalten haben. Das ist dort so zitiert.

Bezirk Tamsweg: Laut Auskunft der Sozialamtsleiterin waren ca. vier Personen von der späteren Auszahlung betroffen.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Frau Abgeordnete!

**Abg. Riezler:** Herr Landesrat, ich danke für die Beantwortung der Anfrage und möchte schon feststellen, dass natürlich auch für die Mindestsicherungsbezieher Weihnachten vor der Tür steht und dass natürlich alle betroffenen Personen keine Rücklagen mehr haben, um irgendwie noch Rechnungen oder etwas bezahlen zu können. Ich sehe das nicht als Panikmache, wenn man so einen Missstand aufzeigt.

Ich habe mir schwer getan mit der Aussage, dass es eh niemand in aktueller Not getroffen hätte und das Geld wäre eh in einigen Tagen gekommen. Das ist für mich enttäuschend, so eine Aussage. Es waren also Menschen betroffen und es ist mir ganz wichtig, es ist nicht notwendig, dass das passiert. Ich habe auch jetzt bei den Daten, wann das Ansuchen jeweils angekommen ist, andere Zahlen bekommen, wie ich sie in den Medien gelesen habe. Von dem her mein dringlicher Appell, es ist ganz notwendig, dass das ordnungsgemäß abläuft und dass so etwas auf keinen Fall wieder vorkommt.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Die nächste

#### **5.9 Mündliche Anfrage der Abg. DI<sup>in</sup> Lindner an Landesrat Mayr betreffend Mobilitätsberatungen für Betriebe im Bundesland Salzburg**

Bitteschön Frau Abgeordnete!

**Abg. DI<sup>in</sup> Lindner:** Sehr geehrter Herr Landesrat Hans Mayr, lieber Hans!

Täglich pendeln zahlreiche SalzburgerInnen aus allen Bezirken des Landes in die zentralen Orte und in die Stadt Salzburg, um ihrer Arbeit, ihrem Studium, Erledigungen und auch Freizeitaktivitäten nachzugehen. Viele dieser PendlerInnen nutzen natürlich öffentliche Verkehrsmittel, jedoch greift ein hoher Prozentanteil immer noch auf ihren eigenen PKW zurück. Dabei befinden sich viele davon ohne BeifahrerInnen im PKW. Die Folge sind hohe Auslastungen der Straßen, Staus und überfüllte Parkplätze. Hinzu kommt eine hohe Belastung der Umwelt durch CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Diesen Konsequenzen kann durch Mobilitätsberatungen in Betrieben, Informationen über die Nutzung des öffentlichen Verkehrs und die Schaffung von Fahrgemeinschaften Abhilfe geleistet werden. Studien haben bewiesen, dass LenkerInnen durch zusätzliche Mitfahren-

de weniger risikobereit sind und auch entspannter in Stresssituationen reagieren. Zusätzlich werden Kosten geteilt und die Umwelt geschont.

Ich stelle daher an Dich folgende mündliche Anfrage. Hauptfrage: Welche Mobilitätsberatungen gibt es für Betriebe, Schulen und Gemeinden? Unterfrage: Welche Maßnahmen verfolgst Du bzw. das Land, um die Bildung von Fahrgemeinschaften zu forcieren?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc: Herr Landesrat!**

**Landesrat Mayr: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, liebe Angela!**

Mit dem E5-Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden gibt es bereits jetzt ein breites Angebot an Mobilitätsberatung und sie deckt sehr viele der Mobilitätsthemen ab. Von der Beratung zur innerbetrieblichen Mobilität der Gemeindeverwaltung über innovative Mobilitätskonzepte wie Begegnungszonen bis hin zur gesamten Förderlandschaft. Mobilitätsberatung für Schulen ist integrierter Bestandteil des Angebotes. Das komplette Beratungsangebot ist detailliert über die Internetseite von E5 abrufbar.

Ebenso bietet die Plattform Umweltservice Salzburg vom Lebensministerium, Land Salzburg Wirtschaftskammer und Salzburg AG Mobilitätsberatungen an. Auch hier ist das Angebot sehr umfassend sowohl für die Gemeinden als auch für Betriebe und es empfiehlt sich, für Einzelheiten Deiner Abfrage per Internet vorzunehmen.

Auch das Klimabündnis Österreich bietet Mobilitätsberatung für Gemeinden, Betriebe und Schulen an. Allerdings in der Regel auf weniger konkretem Niveau, sondern vielmehr auf veranstaltungs- und bewusstseinsbildende Aktionen. Hervorheben möchte ich den letztjährigen vom Klimabündnis Österreichs getragenen Lehrgang für kommunale Mobilitätsbeauftragte, welcher ja erstmals für Kärnten und Salzburg stattfand. Für 2016 ist die Weiterführung dieser Ausbildung in Salzburg geplant. Was ich auch erwähnen möchte, beim neuen Landesmobilitätskonzept Salzburg Mobil 2025 ist vorgesehen, dass Gemeindeverantwortliche für die Belange um die Mobilität ausgebildet werden. Diese Ausbildung wird das Land Salzburg auch unterstützen. Ziel der Maßnahme wird es sein, durch verbesserte Information der Bevölkerung eine höhere Akzeptanz der öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen.

Zu erwähnen ist auch, dass die Verkehrsexpertinnen und -experten der Landesbaudirektion in ihrer Zusammenarbeit mit den Gemeinden vielerlei an Mobilitätsberatung jetzt schon leisten. Darüber hinaus liefert das Land mit dem Verkehrssicherheitsprogramm „Gibt Acht“ Informationen und Aktionen vom Charakter einer Mobilitätsberatung beispielsweise betreffend das Schulumfeld anhand der Radverkehrsaktionen.

Die Unterfrage: Die Förderung von Fahrgemeinschaften dient die laufende und landesweite Erweiterung des Angebotes an Park & Ride und Park & Drive Parkplätzen und da haben wir einiges in den nächsten Jahren vor. Hervorheben möchte ich z.B. dass ein ganz neuer sehr großzügiger Park & Drive Parkplatz in Eben im Pongau entstehen wird.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke. Frau Abgeordnete!

**Abg. DI<sup>in</sup> Lindner:** Danke Herr Landesrat. Ich möchte bereits zusammenfassen. Danke für Deinen Einsatz für guten öffentlichen Verkehr. Es wird hier noch zahlreicher Verbesserungen bedürfen. Auch alle Mitarbeiter des Landes sind hier gefragt, als Vorbild zu wirken. In Zeiten des Klimawandels und der massiven Auswirkungen, die wir auch hier in den Alpen und in Salzburg bereits massiv zu spüren bekommen, brauchen wir mehr Anreize und Unterstützungen für Fahrgemeinschaften und neue Mobilitätsformen. Danke für Deine Beantwortung.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Somit kommen wir zur letzten

#### **5.10 Mündliche Anfrage des Abg. Essl an Landeshauptmann Dr. Haslauer betreffend den Besuch einer Salzburger Delegation im Iran**

Bitteschön!

**Abg. Essl:** Danke Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann!

Sie waren im November mit einer 60-köpfigen Salzburger Delegation im Iran. Ich stelle deshalb die mündliche Anfrage an Sie.

Welche Ergebnisse brachte die Iranreise für die Salzburger Wirtschaft? Welche Geschäftsabschlüsse konnten schon getätigt werden? Welche Vorstöße im Bereich des Salzburger Tourismus wurden gesetzt?

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Landeshauptmann!

**Landeshauptmann Dr. Haslauer:** Danke für die Anfrage. Dieser Besuch im Iran geht zurück auf einen Besuch des iranischen Botschafters im Herbst 2013. Ich habe damals spontan zugesagt, dass wir eine Wirtschaftsdelegation in den Iran veranstalten werden, dieser hat dann tatsächlich zwei Jahre später stattgefunden, nach langer, langer Vorbereitungszeit, einem dreiviertel Jahr Vorbereitungszeit. Wir haben dabei das Glück oder den Riecher, das kann man sich aussuchen, gehabt, dass sich politisch sehr viel getan hat, dass die Wirtschaftssanktionen aufgeweicht wurden und dass zu erwarten ist, dass diese Wirtschaftssanktionen in wesentlichen Teilen zur Gänze weggefallen.

Warum ist der Iran so interessant für uns? Der Iran hat 80 Millionen Einwohner, Teheran allein 14 Millionen Einwohner, und ist kein arabisches Land, das habe ich in dem Ausmaß auch nicht gewusst, sondern eine völlig andere eigene Kultur. Man spricht dort auch nicht arabisch, sondern Farsi. Die Infrastruktur ist veraltet, ungefähr 20 bis 30 Jahre würde ich sagen. Das Land hat eine Reihe von erheblichen Rückschlägen erstaunlich verkraftet. Erstens den Krieg mit dem Irak, in dem eine Million iranische Soldaten gefallen ist. Dazu kam Anfang der 80er Jahre ein achtjähriger Krieg, dann die Wirtschaftssanktionen jetzt. Sie

haben ihre Wirtschaft umgestellt auf ein mehr oder weniger autonomes Wirtschaften. Die Ölproduktion wurde von vier Millionen Barrel auf eine Million zurückgefahren.

Natürlich muss man diesem System auch kritisch gegenüberstehen. Es gibt an die 300 Hinrichtungen im Jahr, die aber - soweit ich mitbekommen habe - weniger politisch als vielmehr durch eine extrem harte Linie gegen Drogenhandel geprägt sind. Es werden auch minderjährige Straftäter hingerichtet. Also da gibt es sicherlich einiges auszusetzen.

Für uns ist der Iran dennoch wirtschaftlich ein hochinteressantes Land, weil ein Land, das solange abgeschieden war, natürlich einen enormen Nachholbedarf an Konsumgütern, an Investitionen, an Tourismus hat. Im Land selber, ein Drittel des riesigen Landesgebietes Wüste ist, daher auch das Thema Wasser ein großes Thema. Sieben Jahre Dürre haben sie dort bereits. Es gibt Schiareale. Direkt bei Teheran ist ein 4.000 m hohes Schigebiet und all diese Umstände haben uns bewogen, diese Reise zu machen.

Dort ist eine Aufbruchstimmung. Extrem freundlich. Österreich hat einen sehr, sehr positiven Stellenwert. Wir haben ungefähr 500 Jahre Handelsbeziehungen dort hin. 150 Jahre diplomatische Beziehungen. Man hat uns nicht vergessen, dass Anfang der 80er Jahre Österreich das erste und eine Zeitlang auch das einzige Land war, das Giftgasopfer aus diesem Krieg gegen den Irak - Hussein hat ja Giftgas eingesetzt - aufgenommen hat und in großer Anzahl behandelt hat. Da wurden wir mehrfach darauf angesprochen. Zuletzt war vor drei Monaten eine große Delegation des Bundespräsidenten mit 300 Teilnehmern dort, die auch den Boden sehr gut aufbereitet haben.

Das Interesse aus Österreich ist stark. Es kommen jetzt nächstes Jahr die Steirer auch, die Oberösterreicher. Es gibt eine weitere Delegation zum Thema Bildung. Und was kommt dabei konkret heraus? Ja, das ist immer so eine Sache. Es hat natürlich mehrere Funktionen. Eine Türöffnerfunktion, eine Kontaktherstellungsfunktion und auch eine Erfahrungsfunktion, ein Gefühl zu bekommen, was dort geht. Aber immerhin wir haben einige konkrete Maßnahmen schon festmachen können.

Erstens haben wir ein Memorandum of Understanding mit der Provinz Isfahan, vier Millionen Einwohner, abgeschlossen in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Sport, Kultur, Ausbildung, Straßenbewirtschaftung und Zutrittssystemen. Wir haben dabei auch unser Interesse deponiert, was in den Bereichen Wasseraufbereitung, Forstwirtschaft, ist natürlich ein riesen Thema auch für dieses trockene Land, Abfallwirtschaft und Energieeffizient einzubringen. Zwischen der Wirtschaftskammer Salzburg und der Wirtschaftskammer Teheran wurde ebenfalls ein Memorandum of Understanding und eine vertiefte Zusammenarbeit vereinbart.

Ferner wurde eine Reihe von direkten Gesprächen und Verhandlungen zwischen Unternehmen und mitreisenden Institutionen geführt, auch zum Teil bereits zum Abschluss gebracht. Ein Salzburger Planungsbüro, ein sehr großes Planungsbüro hat den Auftrag bekommen, die Projektierung für eine 500 km lange Eisenbahnstrecke durchzuführen. Natur-

lich hat bei diesen Wirtschaftsreisen, wo staatliche Stellen wichtig sind, die Politik eine gewisse Türöffnerfunktion, wie ich schon gesagt habe.

Es wurde im Holzbereich einiges gemacht. Im Kunststoffbereich gab es direkte Abschlüsse, im Bereich Tankstellen-, Reservierungs- und Verrechnungssysteme. Die Universitäten haben direkte Abschlüsse geschlossen, das Mozarteum, die SMBS und die Tourismusfachschule. Im Bereich des Tourismus geht es vor allem darum, dass wir ihnen helfen, dort eine vernünftige Tourismusschule aufzuziehen mit Lehrenden und wenn wir die Lehrenden haben, dann haben wir auch die unmittelbare Information was tut sich dort an Investitionen und dann können wir mit unseren Betrieben und unserem Know-how dort direkt einsteigen.

Wir haben 250 direkte Unternehmergespräche gehabt. 160 interessierte Incomingbüros aus Teheran kamen zu einer Veranstaltung der Salzburg Land Tourismus Gesellschaft. Insgesamt war diese Reise extrem anstrengend, aber in Summe eine sehr, sehr positive intensive Erfahrung. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Herr Abgeordneter!

**Abg. Essl:** Ich möchte zusammenfassen. Ich glaube, dass der Westen ein völlig falsches Bild über gewisse Länder hat und bei diesen Ländern ist auch der Iran. Du hast selbst, Herr Landeshauptmann, das angesprochen, die Beziehungen zu Persien, zum Iran haben in Österreich eine sehr, sehr lange Tradition und Österreich ist in diesem Weltteil auch hoch geschätzt und anerkannt. Das möchte ich auch betonen. Gerade der Iran hat zwar, sage ich einmal, starke Verhandler, aber sie sind sehr seriöse Geschäftsleute. Das heißt was vereinbart worden ist, eine hohe Zahlungsmoral, wird auch umgesetzt.

Wichtig ist auch, dass sich auch die politischen Beziehungen zu diesem Land verbessern. Da wäre es auch angebracht, dass auch Parlamentsmitglieder bei so Delegationen ebenfalls vor Ort sich ein Bild machen können. Du hast selbst angesprochen die Menschenrechtssituation, aber Du hast es auch richtig gesagt, man geht sehr gezielt auch gegen die Drogenproblematik vor, weil was auch sehr viele nicht wissen, ist der Iran auch als sehr großes Anbaugebiet für gewisse Pflanzen, aus denen dann die Drogen erzeugt werden.

Ich glaube, dass es für Österreich eine große Chance ist, gerade in bestimmten Industriefeldern wie z.B. Wasseraufbereitung, Wasserversorgung, Maschinenbau usw. hier zu investieren, hier Geschäfte zu machen und die alte lange Tradition wieder anzuknüpfen und deshalb bedarf es auch einer österreichischen Strategie auf diesem Markt der 80 Millionen Iraner, wo allein 4 % Wirtschaftswachstum ein Größenvolumen von 80 Mio. Euro hat, hier dementsprechend aufzutreten und hier Geschäfte abzuschließen. Danke.

**Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc:** Danke vielmals. Keine Erwiderung. Es tut mir leid. Das sind unsere Geschäftsordnungen. Ich darf Ihnen auch einmal etwas verbieten.

In diesem Sinne schlage ich vor, wir haben jetzt die mündlichen Anfragen abgeschlossen, wir haben keine dringlichen Anfragen. Ich schlage vor, dass wir in die Mittagspause gehen. Wir haben heute noch einen langen Tag vor uns. Mahlzeit!

**(Unterbrechung der Sitzung: 12:07 - 19:50 Uhr)**

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf** (nimmt die unterbrochene Sitzung wieder auf): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir setzen unsere Sitzung fort. Ich rufe auf

### **Punkt 7: Berichte und Anträge der Ausschüsse**

Ich stelle fest, dass wir 33 anwesende Abgeordnete haben. Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten, weil ich beginne jetzt mit der Verlesung. Ich werde wie immer die einstimmig verabschiedeten Anträge der Ausschüsse zusammenziehen und diese zur Abstimmung bringen. Sollte noch eine Debatte gewünscht sein, so bitte ich das jetzt anzumerken oder mit der Hand hinzuweisen. Keine Debatte. Also werde ich alle einstimmigen Erledigungen zusammenziehen und auf einmal abstimmen lassen.

Einstimmig verabschiedet wurden die Top

**7.2 Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Vergabekontrollgesetz 2007 geändert wird (Nr. 136 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

**7.3 Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Ortstaxengesetz 2012, das Kurtaxengesetz 1993 und das Salzburger Tourismusgesetz 2003 geändert werden (Nr. 137 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

**7.4 Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Rogatsch, Klubvorsitzenden Steidl, Klubobmann Schwaighofer, Klubobmann Dr. Schnell und Klubobmann Naderer betreffend die Novelle des Salzburger Kinderbetreuungsgesetzes 2007 (Nr. 138 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz)

Einstimmig. Debatte Grüne.

**Klubobmann Abg. Schwaighofer:** Nein, zurückgezogen.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Einstimmig 7.4.

7.5 **Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Mag. Mayer, Ing. Schnitzhofer und Ing. Sampl betreffend die Bewilligung von Garten- und Gerätehäuschen

(Nr. 139 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)

7.7 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Landeslehrerpensionen

(Nr. 141 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Schmidlechner)

7.10 **Bericht** des Sozial- und Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Schneglberger betreffend das Projekt „Papageno“ Palliative Care und Hospizbegleitung für Kinder und Jugendliche

(Nr. 144 der Beilagen - Berichterstatter: Klubvorsitzender Abg. Steidl)

7.11 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Möglichkeit des Sponsorings für Militärmusik

(Nr. 145 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Essl)

7.12 **Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Scheinast und Klubobmann Schwaighofer betreffend die Unterstützung von wirtschaftlichen Aktivitäten mit starkem Wertschöpfungsanteil in Salzburg

(Nr. 146 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

7.13 **Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Mag. Schmidlechner betreffend Salzburg als Musterregion für politische Bildung

(Nr. 147 der Beilagen - Berichterstatterin: Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc)

7.14 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Obermoser, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer betreffend die finanzielle Behandlung von Räumungsaufgaben bei Wildbachsperrern

(Nr. 148 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Obermoser)

7.15 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2012

(Nr. 149 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.16 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Rechnungshofes betreffend EU-Finanzbericht 2013

(Nr. 150 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

7.17 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Kunstförderung 2012-2014

(Nr. 151 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Hofbauer)

7.18 **Bericht** des Finanzüberwachungsausschusses zum Bericht des Landrechnungshofes betreffend Übernahme und Betrieb der Pinzgauer Lokalbahn

(Nr. 152 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Fürhapter)

7.20 **Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Übernahme des Krankenhauses Tamsweg durch die SALK

(Nr. 179 der Beilagen- Berichterstatter: Abg. Ing. Sampl)

7.22 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Katastrophenhilfegesetz und das Salzburger Raumordnungsgesetz 2009 geändert werden (Seveso-III-Anpassungsgesetz)

(Nr. 181 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Fuchs)

7.23 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Magistrats-Bedienstetengesetz und das Magistrats-Personalvertretungsgesetz geändert werden

(Nr. 182 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

7.24 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Kinderbetreuungsgesetz 2007 geändert wird

(Nr. 183 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth)

7.25 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird

(Nr. 184 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

7.26 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert wird

(Nr. 185 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

7.28 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und Klubobmann Schwaighofer betreffend eine Änderung des Landesbediensteten-Gehaltsgesetzes

(Nr. 187 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. HR Dr. SchöchI)

7.30 **Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum dringlichen Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend die Umsetzung von EU-Richtlinien bzw. Verordnungen in innerstaatliches Recht unter

größtmöglicher Ausnutzung von vorgegebenen Ermessensspielräumen  
(Nr. 189 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Steiner BA MA)

Also ich wiederhole. Einstimmig 7.2, 7.3, 7.4, 7.5, 7.7, 7.10, 7.11, 7.12, 7.13, 7.14, 7.15, 7.16, 7.17, 7.18, 7.20, 7.22, 7.23, 7.24, 7.25, 7.26, 7.28 und 7.30. Wer mit der Verabschiedung dieser aufgezählten Punkte einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe! Danke. Damit stelle ich die einstimmige Annahme der aufgerufenen Ausschussberichte fest.

Ich rufe nunmehr auf Top

**7.1 Bericht** des Finanzausschusses und Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung über den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2016 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2016, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2017 bis 2020 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2016 - LHG 2016) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz geändert wird

(Nr. 135 der Beilagen- Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Im Ausschuss abgestimmt ÖVP, Grüne, Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme des Ausschussberichtes ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Team Stronach, Otto Konrad und Grüne. Gegenstimmen? Gegen die Stimmen von SPÖ, Klub FPÖ, Steiner-Wieser. Danke. Somit ist dieser Ausschussbericht mehrheitlich angenommen.

Ich rufe nunmehr auf Top

**7.6 Bericht** des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Ing. Mag. Meisl und Schneglberger betreffend Begrenzung der Bauten in Kleingartengebieten

(Nr. 140 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Scheinast)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, Team Stronach gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme dieses Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, Team Stronach, Otto Konrad. Danke. Gegenstimmen? Gegen Klub FPÖ und SPÖ und Steiner-Wieser.

Damit komme ich zu Top

**7.8 Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Schwaighofer und Hofbauer betreffend die Bestellung von SchulleiterInnen an Klein- und Kleinstschulen

(Nr. 142 der Beilagen - Berichterstatter: Klubobmann Abg. Schwaighofer)

Ausschussabstimmungsverhalten ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ und Team Stronach gegen die Stimme von Steiner-Wieser. Wer für die Annahme dieses Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Team Stronach, Otto Konrad, FPÖ, SPÖ. Danke. Gegenstimmen? Gegen die Stimme von Steiner-Wieser. Damit gleiches Abstimmungsverhalten.

Ich rufe auf Top

**7.9 Bericht** des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA betreffend die Verwendung von tierschutzgerechten Signalpistolen bei Segelregatten auf Salzburgs Seen  
(Nr. 143 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Konrad MBA)

Im Ausschuss einstimmig abgestimmt. Wer ist dafür, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Doch einstimmig. Gut. Danke. Damit ist dieser Ausschussbericht einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zu

**7.19 Bericht** des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend die Zustimmung zum Vergleich des Landes Salzburg und der xy-Bank im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des sogenannten Finanzskandals  
(Nr. 178 der Beilagen - Berichterstatter: Abg. Mag. Scharfetter)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Team Stronach gegen FPÖ. Wer für die Annahme dieses Berichtes ist, ein Zeichen mit der Hand bitte. ÖVP, Team Stronach, Otto Konrad, Grüne, SPÖ. Gegenstimmen? FPÖ und Steiner-Wieser.

Danke. Ich rufe nunmehr auf Top

**7.21 Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über den Salzburger Gesundheitsfonds (Salzburger Gesundheitsfondsgesetz - SAGES-Gesetz 2016)  
(Nr. 180 der Beilagen - Berichterstatterin: Abg. Bartel)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, und Abgeordneter Konrad gegen SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme dieses Ausschussberichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Grüne, ÖVP, Team Stronach, Otto Konrad. Gegenstimmen? Gegen SPÖ und FPÖ und Steiner-Wieser.

Danke. Damit komme ich zu Punkt

**7.27 Bericht** des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Bezügegesetz 1998 geändert wird  
(Nr. 186 der Beilagen - Berichterstatterin: Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutsch)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, SPÖ, Grüne und Otto Konrad gegen die Stimme der FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Grüne, SPÖ, ÖVP, Team Stronach, Otto Konrad. Gegenstimmen? FPÖ und Steiner-Wieser.

**7.29 Bericht** des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum dringlichen Antrag der Abg. Klubvorsitzenden Steidl, Hirschbichler MBA und Ing. Mag. Meisl betreffend Wirtschaft, Arbeit und Raumordnung  
(Nr. 188 der Beilagen- Berichterstatte(r)in: Abg. Hirschbichler MBA)

Abstimmungsverhalten im Ausschuss ÖVP, Grüne, und Otto Konrad gegen die Stimmen von SPÖ und FPÖ. Wer für die Annahme des Berichtes ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Grüne, ÖVP, Team Stronach, Otto Konrad. Gegenstimmen? SPÖ und FPÖ und Steiner-Wieser.

Danke. Damit haben wir Top 7 abgeschlossen. Ich rufe nunmehr auf

#### **Punkt 8: Beantwortung schriftlicher Anfragen**

Hier hat zu Top 8 die FPÖ Debatte angemeldet.

**Klubobmann Abg. Dr. Schnell:** Zurückgezogen Frau Präsidentin.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Zu

**8.9 Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 44-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl - betreffend die Förderung aus Mitteln des Landes Salzburg für ein niemals errichtetes Bad am Wallersee  
(Nr. 44-BEA der Beilagen)

ÖVP angemeldet.

**Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi:** Zurückgezogen.

**Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf:** Zu

**8.19 Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Hirschbichler MBA an die Landesregierung (Nr. 54-ANF der Beilagen) – ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler, Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrat Mayr, Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA, Landesrat DI Dr. Schwaiger und Landesrat Dr. Schellhorn - betreffend „Impulspaket 2015“  
(Nr. 54-BEA der Beilagen)

ÖVP angemeldet.

Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Gutschi: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf: Zu

8.21 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 60-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler - betreffend die Standortverordnung für die Möbelfirma XXX-Lutz in St. Johann im Pongau (Nr. 60-BEA der Beilagen)

FPÖ.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell: Zurückgezogen.

Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf: Danke. Damit haben wir auch hier diesen Tagesordnungspunkt beendet.

8.1 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 34-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 31. August 2015 (Nr. 34-BEA der Beilagen)

8.2 **Anfrage** der Abg. Brand und Mag. Schmidlechner an Landesrat Mayr (Nr. 35-ANF der Beilagen) betreffend GROHAG (Nr. 35-BEA der Beilagen)

8.3 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi, Bartel und Jöbstl an die Landesregierung (Nr. 38-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend Schwimmunterricht an Schulen (Nr. 38-BEA der Beilagen)

8.4 **Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Mag. Schmidlechner an die Landesregierung (Nr. 39-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend Nachbesetzung der Position des Landesamtsdirektors (Nr. 39-BEA der Beilagen)

8.5 **Anfrage** der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an die Landesregierung (Nr. 40-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl und Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA - betreffend Wettbewerb zu familienfreundlichen Unternehmen (Nr. 40-BEA der Beilagen)

8.6 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 41-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer - betreffend die Gegenstände der Regierungssitzungen und der Regierungsumläufe zwischen dem 1. und 30. September 2015 (Nr. 41-BEA der Beilagen)

8.7 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 42-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landeshauptmann Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl, Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA und Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Verteilung der Broschüre „Die wilden Vier - Wolf, Bär, Luchs und Wildnis in Europa“ in Schulen (Nr. 42-BEA der Beilagen)

8.8 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an die Landesregierung (Nr. 43-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler - betreffend die Mülldeponie auf dem Firmenareal Leube in Golling (Nr. 43-BEA der Beilagen)

8.10 **Anfrage** der Abg. HR Dr. Schöchli, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.<sup>in</sup> Rössler (Nr. 45-ANF der Beilagen) betreffend die Biotopkartierung im Bundesland Salzburg (Nr. 45-BEA der Beilagen)

8.11 **Anfrage** der Abg. Mag.<sup>a</sup> Sieberth und Abg. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Humer-Vogl an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 46-ANF der Beilagen) betreffend die Geburtshilfe im Land Salzburg (Nr. 46-BEA der Beilagen)

8.12 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi und HR Dr. Schöchli an Landesrat Mayr (Nr. 47-ANF der Beilagen) betreffend den Ausbau der Autobahnabfahrt Wallersee (Nr. 47-BEA der Beilagen)

8.13 **Anfrage** der Abg. Klubobfrau Mag.<sup>a</sup> Gutschi, HR Dr. Schöchli und Jöbstl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 48-ANF der Beilagen) betreffend die Finanzierung der Organisation RAINBOWS Salzburg (Nr. 48-BEA der Beilagen)

8.14 **Anfrage** der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Riezler an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 49-ANF der Beilagen) betreffend Online-MitarbeiterInnenbefragung (Nr. 49-BEA der Beilagen)

8.15 **Anfrage** der Abg. Dr.<sup>in</sup> Solarz und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA (Nr. 50-ANF der Beilagen) betreffend Ferienbetreuung 2015 (Nr. 50-BEA der Beilagen)

8.16 **Anfrage** der Abg. Schneglberger und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 51-ANF der Beilagen) betreffend Vertröstungen zum Energiemasterplan (Nr. 51-BEA der Beilagen)

8.17 **Anfrage** der Zweiten Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat Dr. Schellhorn (Nr. 52-ANF der Beilagen) betreffend Depot des Salzburg Museums (Nr. 52-BEA der Beilagen)

8.18 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landesrat Mayr (Nr. 53-ANF der Beilagen) betreffend eine Entlastungsstraße im Bereich der B 168 (Nr. 53-BEA der Beilagen)

8.20 **Dringliche Anfrage** der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl an Landesrat DI Dr. Schwaiger (Nr. 55-ANF der Beilagen) betreffend besondere Vorfälle und Regelungen im Personalressort (Nr. 55-BEA der Beilagen)

8.22 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an die Landesregierung (Nr. 63-ANF der Beilagen) - ressortzuständige Beantwortung durch Landesrat DI Dr. Schwaiger - betreffend die Lehrlingsausbildung durch das Land Salzburg (Nr. 63-BEA der Beilagen)

8.23 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 66-ANF der Beilagen) betreffend das angestrebte Nulldefizit (Nr. 66-BEA der Beilagen)

8.24 **Anfrage** der Anfrage der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 67-ANF der Beilagen) betreffend Übernahmen von Derivativen der Stadt Salzburg mit negativen Barwerten (Nr. 67-BEA der Beilagen)

8.25 **Anfrage** der Abg. Klubobmann Naderer, Fürhapter und Konrad MBA an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Stöckl (Nr. 68-ANF der Beilagen) betreffend die Kosten der aktuellen Werbekampagne der Salzburg AG und den daraus erwarteten Nutzen für das Unternehmen bzw. das Land Salzburg als Mehrheitseigentümer (Nr. 68-BEA der Beilagen)

8.26 **Dringliche Anfrage** der Abg. Klubvorsitzenden Steidl und Brand an Landesrat Mayr (Nr. 75-ANF der Beilagen) betreffend Gitzentunnel (Nr. 75-BEA der Beilagen)

Dann kommen wir zu

**Punkt 9: Berichte der Landesregierung, um deren Vorlage der Landtag ersucht hat**

9.1 **Bericht** der Landesregierung zum Beschluss des Salzburger Landtages vom 26. März 2014 (Nr. 429 der Beilagen d.2.S.d.15.GP) betreffend die Erhebung von Datenbeständen in Zusammenhang mit der Erfüllung von Bildungsstandards durch Salzburger Kinder und Jugendliche (Nr. 153 der Beilagen)

Gibt es hierzu noch Wortmeldungen? Es sind keine angemeldet. Danke. Damit haben wir auch diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet und erledigt.

Ich wünsche allen ein gesegnetes Weihnachtsfest, einige ruhige Stunden, Erholung, mit viel Kraft und Freude einen guten Schritt ins Neue Jahr und ich berufe die nächste Sitzung ein für Mittwoch, 3. Februar 2016, um 9:00 Uhr. Danke. Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall)

**(Ende der Sitzung: 20:01 Uhr)**

- . . . . . -

Dieses Protokoll wurde  
am **3. Februar 2016**  
in der Sitzung des Salzburger Landtages  
**genehmigt.**

Landtagspräsidentin:

Schriftführer/in:

